

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikkultur.de

In dieser Ausgabe:

Monika Grütters
Barbara Helwing
Franziska Kersten
Sebastian Krumbiegel
Eckart von Hirschhausen
und viele andere

Kulturgutschutz

Kulturgüter leisten einen wichtigen Beitrag zur nationalen Identität eines Landes. Ihr Schutz ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. [Seite 3](#)

100 Jahre GEDOK

Die Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfördernden feiert Geburtstag. Ein Blick in die Geschichte des Netzwerks. [Seite 6](#)

Erinnerung

Institutionelles Erinnern: Die Technische Universität Clausthal beschäftigt sich mit der Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit. [Seite 8](#)

Auszeichnung

Der Film GELBE BRIEFE gewann auf der Berlinale 2026 den Goldenen Bären. Ein Interview mit Regisseur İlker Çatak. [Seite 8](#)

Verbote

Von WhatsApp habe ich mich schon abgemeldet, nicht weil dieser Dienst der Schlimmste unter den sogenannten sozialen Netzwerken ist, sondern weil ich es nicht wirklich brauchte. Auf X und auf Instagram bin ich ab und an. Damit gehöre ich zu den wenig Nutzern von Sozialen Netzwerken, ich komme sogar noch mit der alten Kulturtechnik des Telefonierens und sogar des Briefeschreibens zurecht.

Aber ich gehöre damit eindeutig zu einer aussterbenden Spezies. Die Jüngeren, also alle unter vierzig, sind mit dem Internet groß geworden und nutzen die Sozialen Netzwerke intensiv und in allen Lebenslagen. Je jünger, desto mehr digitale Dienste, könnte die Faustformel sein.

Nun hat die SPD eine Diskussion losgetreten und Vertreter der Partei fordern ein vollständiges Verbot der Nutzung von Social-Media-Plattformen für Kinder unter 14 Jahren. Jugendliche bis 16 Jahre sollten nur noch auf einer speziellen Jugendversion der Plattformen surfen dürfen. Jugendliche ab 16 Jahren und Erwachsene sollen einen sicheren Altersnachweis erbringen müssen, bevor sie die Angebote in ihrer Gesamtheit benutzen dürfen. Die Union hat sich auf ihrem Parteitag im Grundsatz dieser Idee angeschlossen.

Doch was ist nun genau gemeint? Geht es im Kern um Plattformen wie Tik-Tok, Facebook, X, Snapchat, Reddit oder Instagram? Oder ist die Regelungsnotwendigkeit nicht noch deutlich größer?

Kerstin Claus, die Bundesbeauftragte gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, hält es für geboten, auch Online-Spiele zu berücksichtigen. Die Chat-Funktionen auf den Gaming-Plattformen bergen dieselben Gefahren wie soziale Medien, meint sie. Richtig, aber was bedeutet das, wo ist die Grenze der Verbote?

Können wir wirklich einfach die wichtigsten Kontaktbörsen für Kinder und Jugendliche abstellen oder stark einschränken, ohne neue Schäden in Kauf zu nehmen? Wir Alten können ohne sie leben, können die Jungen das auch?

Sind wir ehrlich, die Diskussion ist auch ein Eingeständnis des politischen Scheiterns. Die Politik ist nicht in der Lage, die großen Tech-Unternehmen zu regulieren. Sie sind die Täter, die den Schund in den Sozialen Netzwerken bewusst wuchern lassen, nur aus einem einzigen Grund: dem Profit. Weil die Politik dieses asoziale Verhalten nicht in den Griff bekommt, sollen nun die Kinder und Jugendlichen den Zugang zu ihren wichtigsten sozialen Kontakträumen verlieren. Die Befürworter der Einschränkungen sagen, ja, so machen wir es beim Alkohol und bei Nikotin doch auch. Richtig, aber sehr erfolgreich sind wir damit ja nicht.

Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer
des Deutschen
Kulturrates und
Herausgeber von
Politik & Kultur



Erinnerungsorte Deutsche Teilung

Seiten 1, 15 bis 27

Sieg der Freiheit

Das Grüne Band und seine Rolle in Berlin

KAI WEGNER

Berlin ist die Stadt der Freiheit. Nirgendwo auf der Welt gehört die Sehnsucht nach Freiheit, nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit so sehr zum Selbstverständnis einer Stadt wie in der deutschen Hauptstadt. Die Geschichte mit ihren hellen und dunklen Seiten, mit dem Streben nach Freiheit hat Berlin und die Menschen, die in der Metropole leben, über Jahrzehnte zutiefst geprägt.

Die Grenze, die Deutschland von den frühen 1950er Jahren bis zum November 1989 teilte, war eine Wunde, die Berlin und Europa zerschnitt

Geschichte ist überall in Berlin präsent – sei es die Zeit Preußens, die der Weimarer Republik, die schrecklichen Jahre der Nazi-Diktatur oder die Jahre des DDR-Regimes, aber auch die Zeit der Westalliierten und natürlich die Aufbruchjahre nach dem Mauerfall 1989, die Berlin ein besonderes Gesicht, vor allem in der Stadtmitte gegeben haben. In Museen und Erinnerungsstätten, an Gedenkort, in der Architektur bis hin zur Verkehrsführung – an vielen Orten in Berlin werden die Berlinerinnen und Berliner, aber auch die Touristen aus aller Welt mit der Geschichte unserer Stadt konfrontiert. Und damit mit dem Streben nach Veränderung, nach Freiheit und Demokratie.

Auch heute, im 37. Jahr nach dem Mauerfall, ist die Transformation, die damals mit der Friedlichen Revolution 1989 begann, überaus präsent. Auch heute noch setzen sich die Berlinerinnen und Berliner mit vielen Fragen, die mit dem Zusammenbruch der DDR und dem Sieg der Bürger- und Menschenrechtler über das SED-Regime verbunden sind, auseinander.

Zu dieser, zu unserer Geschichte zählt auch der »Natur- und Kulturraum Grünes Band«, der auf 1.378 Kilometer durch Deutschland führt und Berlin

dabei einbindet. Es zeigt uns, wie aus einem Todesstreifen neues Leben entstehen kann, wie aus Trennung Verbindung und aus Unfreiheit Demokratie wird. Dieses »Grüne Band« ist das Zeugnis einer Transformation, die bis heute andauert.

Wie hat die ehemalige deutsch-deutsche Grenze seit jener historischen Nacht im November 1989 ihr Gesicht verändert? Wer die Geschichte der Teilung kennt, erinnert sich an die Bilder von Stacheldraht, Wachtürmen, Minenfeldern – also an die Bilder einer todbringenden Grenze, die sich quer durch Deutschland und mitten durch unsere Stadt zog. Die Grenze, die Deutschland von den frühen 1950er Jahren bis zum November 1989 teilte, war eine Wunde, die Berlin und Europa zerschnitt. Und es war ein Grenzstreifen der Angst, in dem jede Bewegung kontrolliert und jede Sehnsucht nach dem »Drüben« lebensgefährlich war.

Doch die Natur hat sich diesen Grenzstreifen mit einer beeindruckenden Kraft zurückgeholt. Er hat sich zu einem einzigartigen Refugium entwickelt. Wo früher Panzerpatrouillen fuhrten, blühen heute seltene Pflanzen; wo Grenzsoldaten Wache hielten, finden viele Tiere – auch bedrohte Tierarten – ihren Lebensraum und damit auch einen Schutzraum.

Das Grau des Betons ist dem Grün der Freiheit gewichen. Aus dem Grenzstreifen, der Deutschland viele Jahre lang in Ost und West teilte, ist eine Lebensader geworden – und das auf mehr als tausend Kilometern. Und diese sollten wir hegen, pflegen und bewahren.

Auch in Berlin haben sich Mensch und Natur den ehemaligen Todesstreifen zurückgeholt. Der Mauerweg, der dem ehemaligen Grenzverlauf um das damalige West-Berlin folgt, ist eines der bedeutendsten Projekte der Berliner Erinnerungskultur und Stadtentwicklung. Auf einer Länge von rund 160 Kilometern können die Berlinerinnen und Berliner und natürlich auch die Besucherinnen und Besucher unserer Stadt dem Mauerweg folgen – mit dem Rad oder zu Fuß. 2001 beschloss das Abgeordnetenhaus, diesen besonderen Ort zu erhalten, für die Berliner und Touristen nutzbar zu machen – und damit auch als Erinnerungsort zu bewahren. Schon nach wenigen Jahren, zum 45. Jahrestag des Mauerbaus im August 2006, wurde der Mauerweg offiziell vollendet – mit

einer Beschilderung, die die Geschichte und die Bedeutung erklären.

Für die Berlinerinnen und Berliner und auch für die Besucherinnen und Besucher aus aller Welt ist der Mauerweg heute kein Ort des Schreckens mehr, sondern ein Ort der Begegnung und der Erholung. Es ist beeindruckend, wie viele Radfahrerinnen und Radfahrer auf dem ehemaligen Todesstreifen die Stadt erkunden, wie Läuferinnen und Läufer sich dort messen – etwa beim 100-Meilenlauf, einem Ultramarathon, der seit 2011 rund um den Tag des Mauerbaus am 13. August stattfindet und mit dem auch an die Opfer des Mauerbaus erinnert wird.

Das zeigt: Die Berlinerinnen und Berliner haben sich die Stadt zurückgeholt. Wir haben uns mit dem Mauerweg einen Ort der Erinnerung und des Lebens geschaffen.

Aus dem Grenzstreifen, der Deutschland viele Jahre lang in Ost und West teilte, ist eine Lebensader geworden

Aber wir spüren in Berlin auch jeden Tag: Die Transformation ist auch 37 Jahre nach dem Mauerfall nicht abgeschlossen. Viele Menschen setzen sich bewusst mit ihrer Geschichte und der ihrer Familie auseinander. Viele Frauen und Männer, gerade aus dem Osten Deutschlands, stellen sich die Frage nach ihrer Identität, nach ihrer Vergangenheit, nach ihrem Leben im Heute und vor allem, was aus ihnen in Zukunft werden wird.

Gerade in diesen herausfordernden Zeiten – mit globalen Krisen, einer tiefgreifenden Transformation der Wirtschaft oder dem Krieg in der Ukraine – dürfen

Nr. 03/26
ISSN 1619-4217
B 58 662



EDITORIAL

Verbote	
Olaf Zimmermann	01

LEITARTIKEL

Sieg der Freiheit	
Kai Wegner	01

SEITE 2

Kulturmensch: Sandra Hüller	02
------------------------------------	----

AKTUELLES

Schutz des materiellen und des digitalen Kulturgutes: Generationenaufgabe	
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	03

INLAND

Kulturpolitik der Resilienz	
Markus Hilgert	04

Szenarienanalysen im Kulturbereich: Ein Anfang vom Ende?	
Justus Duhnkrack	05

GEDOK: 100 Jahre Engagement für Frauen in der Kultur	
Gerlinde Förster	06

Indie-Spiel »Tiny Bookshop«: Mit Games in die Welt des Buchhandels eintauchen	
Yvonne de Andrés	07

Auf den Spuren Bildender Künstlerinnen	
María Linares und Cornelia Rösler	07

Aufarbeitung der NS-Vergangenheit an der TU Clausthal: Erinnerung als kulturelle Aufgabe	
Joachim Schachtner	08

»Gelbe Briefe«: Berlin ist Ankara	
İlker Çatak im Gespräch	08

Die SPK und die Welt (4): Das marokkanische Museumswunder	
Marion Ackermann	09

Von Ost nach West	
Johann Michael Möller	09

INTERNATIONALES

Ausstellung »Gebaute Gemeinschaft«: Zusammenarbeit in Kultur und Wissenschaft	
Barbara Helwing	10

Keine Verzweigung der Deutschen Welle! Der weltweit tätige Auslandssender muss gestärkt werden	
Christian Höppner	11

MEDIEN

Neuer Gesetzentwurf für die Filmproduktion: Kinoreifer Kompromiss	
Helmut Hartung	12

TV im Transformationsmodus	
Çiğdem Uzunoglu	12

KULTURELLES LEBEN

Felix Klein im Porträt: Diplomat mit klarer Ansage	
Andreas Kolb	13

Claussens Kulturkanzel: Schlechte Texte – Das Feindbild der AfD sind Kultur und Kirchen	
Johann Hinrich Claussen	13

Personen & Rezensionen	14
-----------------------------------	----

ERINNERUNGSORTE DEUTSCHE TEILUNG

Der Natur- und Kulturraum Grünes Band: Symbol der friedlichen Revolution	
Olaf Zimmermann	15

Vier Kulturminister antworten auf unsere Frage zum Kulturraum Grünes Band: Bundesländer an der ehemaligen Grenze	
Manja Schüle, Falko Mohrs, Rainer Robra und Ansgar Lorenz, Dorit Stenke	16

Erinnerungskultur: Vom Schießbefehl zum Kulturraum	
Monika Grütters	17

Herausforderungen und Chancen für das »Grüne Band«: Der UNESCO-Welterbestatus	
Hermann Parzinger	18

Identifikationsort in einer geteilten Region	
Franziska Kersten	19

Erinnerungen an den ehemaligen Todesstreifen: Kein Ziel von Spaziergängen	
Katrin Budde	19

Gartenkunst, Naturschutz und Geschichtsort	
Katharina Matheja und Christoph Martin Vogtherr	20

»Mit Rechten reden, aber klare rote Linie ziehen«	
Sebastian Krumbiegel im Gespräch	21

Der Wert des Artenreichtums: Was hat der Ziegenmelker je für mich getan?	
Eckart von Hirschhausen	22

Das Grüne Band Europa: Grenzen trennen – Natur verbindet	
Liana Geidezis	22

Lernen am authentischen Ort	
Beate Ziehres	23

Grenzmuseen: Erinnerungskultur am historischen Ort	
Christian Stöber	23

Von der Grenzübergangsstelle zur Gedenkstätte: Erinnerung an einen Sonderfall	
Felix Ludwig	24

Denkmalschutz: Spurensuche	
Manfred Nawroth	25

Soll die Berliner Mauer Welterbe werden? Nachhaltige Faszination	
Leo Schmidt	25

Das Zonenrandgebiet: Entlegen und verschlafen	
Astrid M. Eckert	26

Ein immer noch geteilter Himmel?	
Carolin Leutloff-Grandits, Laure de Verdalle und Béatrice von Hirschhausen	27

Zu den Bildern	27
-----------------------	----

DAS LETZTE

Kurz-Schluss	
Theo Geißler	28

Lawrows Träume	28
-----------------------	----

Karikatur	28
------------------	----

Impressum	28
------------------	----

DER AUSBLICK

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. April 2026.	
Im Fokus steht das Thema »Die Revolution des Sehens«.	

Fortsetzung von Seite 1

wir nicht den Fehler begehen, die Freiheit als einen statischen Zustand zu betrachten, den man einmal erreicht und dann für immer besitzt.

37 Jahre nach dem Mauerfall müssen wir schmerzlich feststellen: Demokratie und Freiheit werden heute weltweit wieder massiv bedroht. Wir erleben eine Zeit, in der autokratische Systeme an Boden gewinnen, in der Desinformation die Fundamente unserer Debattenkultur untergräbt und in der populistische Kräfte versuchen, die Gesellschaft zu spalten und neue Mauern zu errichten.

37 Jahre nach dem Mauerfall müssen wir schmerzlich feststellen: Demokratie und Freiheit werden heute weltweit wieder massiv bedroht

Sagen wir es so: Das »Grüne Band«, dieser einmalige Kultur- und Naturraum, mahnt uns, dass Freiheit ein fragiles Gut ist. Es ist sicher kein Zufall, dass gerade in Zeiten politischer Instabilität solche Orte an Bedeutung gewinnen. Das »Grüne Band« steht für das Scheitern des DDR-Regimes, für Ideologen, die Menschen eingesperrt haben und ihnen die Freiheit nahmen. Wenn wir derzeit erleben, dass im Osten Europas wieder Grenzen gewaltsam verschoben werden und Menschen erneut für

ihre Freiheit sterben müssen, dann bekommt das »Grüne Band« eine neue, beklemmende Aktualität.

Berlin hat als Stadt der Freiheit eine besondere Verpflichtung. Wir müssen die Stimme derer sein, die unterdrückt und verfolgt werden. Wir müssen unsere Demokratie und Freiheit verteidigen – gegen die Feinde von innen und außen. Und wir müssen und werden deutlich machen, dass Dialog, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit die einzigen tragfähigen Brücken in die Zukunft sind.

Viele Menschen engagieren sich auch vor diesem Hintergrund für die Aufnahme des Natur- und Kulturraums Grünes Band in das UNESCO-Welterbe. Dies wäre ein Signal von weltweiter Strahlkraft. Denn das »Grüne Band« ist weltweit einzigartig. Es ist das einzige Denkmal, das gleichzeitig für eine ökologisch außergewöhnliche Entwicklung steht und für die Überwindung von Unfreiheit und Unterdrückung. Eine Anerkennung als Welterbe würde unterstreichen, dass wir beides – Natur und Erinnerungskultur – dauerhaft schützen wollen. Es geht nicht nur um den Schutz von Biotopen, es geht um den Schutz unserer kollektiven Erinnerung.

UNESCO-Welterbe zu sein bedeutet, eine Verantwortung zu übernehmen und unser Erbe lebendig zu halten. Das »Grüne Band« erzählt die Geschichte des 20. Jahrhunderts – von der menschenverachtenden deutsch-deutschen Teilung bis zur Deutschen Einheit. In einer Zeit, in der internationale Abkommen und multilaterale Zusammenarbeit von manchen infrage gestellt werden, wäre diese Auszeichnung ein Bekenntnis zu gemeinsamen Werten. Es würde auch zeigen, dass die Deutschen sich mit ihrer Geschichte auseinandersetzen



FOTO: © YVES SUCKSDORFF

und sie als Mahnung für Freiheit und Frieden begreifen.

Ich bin deshalb überzeugt: Der Schutz des Natur- und Kulturraums Grünes Band ist nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern ein hochpolitischer Akt. Indem wir das »Grüne Band« pflegen und bewahren, verteidigen wir das Erbe der Friedlichen Revolution von 1989. Wir setzen ein Zeichen gegen jene, die heute wieder von Abschottung und Nationalismus träumen. Wer auf dem »Grünen Band« unterwegs ist, soll erleben, dass eine Grenze, die trennt, immer eine Niederlage der Menschlichkeit ist. Eine Grenze, die verbindet – so wie das »Grüne Band« heute – ist hingegen ein Sieg der Menschlichkeit über die Unmenschlichkeit. Und ein Sieg der Freiheit.

Kai Wegner ist Regierender Bürgermeister von Berlin

Kulturmensch Sandra Hüller



FOTO: © RICHARD HUBNER | BERLINALE 2026



Der Silberne Bär der diesjährigen Berlinale ist ein weiterer Höhepunkt in Sandra Hüllers bereits von Preisen und Auszeichnungen begleiteter Schauspiel-Karriere. Sie erhielt ihn für ihre Rolle der Rose im gleichnamigen Film (Regie: Markus Schleizer). 1978 im Thüringer Suhl geboren, begann Hüller schon als Schülerin, Theater zu spielen, besuchte dann die Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch in Berlin. Es folgten Engagements an renommierten Häusern wie dem Schauspiel Leipzig, dem Theater Basel, den Münchner Kammerspielen oder dem Schauspielhaus Bochum, daneben übernahm sie zahlreiche Gast-Engagements. In der Spielzeit 2024/2025 führte sie mit der

Inszenierung von »Penthesilea:s« am Neuen Theater in Halle erstmals Regie. Bereits für ihre erste Filmrolle in »Requiem« (Regie: Hans-Christian Schmid) wurde sie mit dem Silbernen Bären der Berlinale 2006 ausgezeichnet. Es folgten u. a. Nominierungen für den Deutschen Filmpreis, die Goldene Palme des Filmfestivals von Cannes, den Europäischen Filmpreis, die British Academy Film Awards und für einen Oscar, letzteres für ihre Hauptrolle in »Anatomie eines Falles«, ein Film, in dem sie eine erfolgreiche Schriftstellerin spielt, deren Mann zu Tode kommt. Bis zum Schluss wird nicht klar, ob sie hier »mitgeholfen« hat. Im gleichen Jahr spielte sie Hedwig Höß, die Frau des Auschwitz-Kommandanten,

die in unmittelbarer Nachbarschaft zum Ort der Massenvernichtung lebt, dessen Geräusche, Schreie, Schüsse, Hundegebell sie zwar täglich hört, aber scheinbar nicht wahrnimmt, sondern ihr beschauliches Familienleben und ihren Garten pflegt. 2016 spielte sie an der Seite von Peter Simonischek dessen gestresste Management-Tochter in »Toni Erdmann«.

Die kleine Filmografie-Auswahl zeigt bereits die großartige und fast grenzenlose Wandelbarkeit dieser Schauspielerin, die immer wieder in besonders herausfordernde und höchst unterschiedliche Rollen steigt und diese auf buchstäblich unnachahmliche Weise ausfüllt. Wir gratulieren zum Berliner Bären 2026.

Generationenaufgabe

Schutz des materiellen und des digitalen Kulturgutes

OLAF ZIMMERMANN & GABRIELE SCHULZ

Es ist eine Binse, dass Deutschland über ein reiches kulturelles Erbe verfügt. Das Kulturgut wird in Museen, in Archiven und in Bibliotheken bewahrt, erforscht, gepflegt und zugänglich gemacht. Was beispielsweise in den vielen Museen tagtäglich zu bewundern ist, bildet nur einen Bruchteil des vorhandenen Kulturguts ab. Der weitaus größte Teil befindet sich in den Depots und ist für das Publikum nicht zu sehen. Gleichwohl ist es nicht einfach »weg«, sondern selbstverständlich Gegenstand von Wissenschaft und Forschung. Ähnliches gilt

Sprache und materielles Kulturgut können als Instrumente der Unterdrückung und des Raubs von Identität eingesetzt werden

für Archivgut. Ausstellungen werden sorgfältig kuratiert und ausgewählt, was zu sehen ist. Der Forschung sind weitaus größere Bestände zugänglich. Was morgen Gegenstand von Präsentationen in Kultureinrichtungen oder von Forschungsvorhaben ist, wissen wir zum Glück nicht. Es drängen sich immer wieder neue Fragestellungen und Zusammenhänge auf, oder aktuelle Bezüge entstehen – oder wer hätte bis 1914 gedacht, dass die Kolonialakten des Deutschen Reiches eine wichtige Quelle über Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten sind, und wer hätte gemeint, dass die Entrechtungsakten aus der Zeit des Nationalsozialismus als Beleg für deutsche Herkunft herangezogen werden, wenn jüdische Menschen, deren Vorfahren in Deutschland entrechtet wurden, die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen.

Die Expertise und die Verantwortung der Verantwortlichen in Kulturgut bewahrenden Einrichtungen besteht darin, auszuwählen, was aufbewahrt wird. Sie entscheiden nicht nach Gutdünken oder nach ihrem persönlichen Geschmack, sondern nach Kriterien. Diese Kriterien müssen stetig auf den Prüfstand und fachlich zur Diskussion gestellt werden.

Kulturelle Identität

Die Bewahrung von Kulturgut heißt, sich mit der kulturellen Identität, mit den Bezügen zur Umwelt, zu anderen Ländern und dem vergangenen sowie gegenwärtigen gesellschaftlichen und Kunstdiskurs auseinanderzusetzen. Die Diskussion ist weder statisch noch je abgeschlossen.

Welche Bedeutung Kulturgut für kulturelle Identität hat, war an den Kriegen in den letzten Jahrzehnten zu sehen: die Zerstörung von Palmyra durch den sogenannten Islamischen Staat, die Bombardierung des UNESCO-Welterbes in Aleppo oder in der jüngeren Vergangenheit die Zerstörung von Kulturgut im Ukrainekrieg. Sie dienten auch dazu, kulturelle Identität zu unterdrücken oder gar zu zerstören und damit historische Wurzeln zu kappen. Sprache und materielles Kulturgut können als Instrumente der Unterdrückung und des Raubs von Identität eingesetzt werden.

Aber nicht nur kriegerische Auseinandersetzungen bedrohen Kulturgut. Der Klimawandel und Naturkatastrophen machen erforderlich, dass Schutzkonzepte entwickelt werden müssen. Einzelne Einrichtungen sind damit oftmals überfordert. Auf regionaler und Landesebene wurden Notfallverbünde gebildet. Doch reichen die bisherigen Aktivitäten, die oftmals bottom up getrieben sind, nicht aus. Es bedarf einer großen nationalen Anstrengung, die die Bundesländer mit ihrer spezifischen Zuständigkeit einbezieht.

Die Bewahrung und der Schutz des Kulturguts können ein hervorragendes Beispiel des kooperativen Kulturföderalismus sein.

Welche positiven Ergebnisse dies zeitigen kann, zeigt die Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK), ein Bund-Länder-Vorhaben, das im letzten Jahr sein 15-jähriges Jubiläum feiern konnte.

Es wächst

Kulturgut bedeutet aber nicht nur Vergangenheit. In der Natur der Sache liegt, dass die Bestände stetig wachsen. Deutschland versteht sich als Kulturnation. Künstlerinnen und Künstler schöpfen stetig weiter, herausragende Werke werden angekauft, Sammlungen ergänzt und der »Nachschub« an Archivgut nimmt nicht ab.

Oder um es unmissverständlich zu sagen: Es müssen auch in Zukunft weitere Kapazitäten zur sachgemäßen Lagerung, Bewahrung und Erforschung von materiellem Kulturgut geschaffen werden. Sicherlich wird die digitale Speicherung von Archivgut in den nächsten Jahren und Jahrzehnten an Bedeutung gewinnen. Doch handelt es sich hierbei keineswegs um eine triviale Aufgabe. Es muss sichergestellt werden, dass das mit heutigem technischem Standard gespeicherte Archivgut auch in zehn, 100, 1000 Jahren lesbar ist. So wie heute mittelalterliche Urkunden und Verzeichnisse bedeutende Quellen für die Mediävistik sind, muss jetzt sichergestellt werden, dass die Zeugnisse der Gegenwart in 1000 Jahren noch authentisch verfügbar und lesbar sind.

Hinzukommt, dass Digitalisate allzu schnell gefälscht oder durch KI verändert werden können. Es entstehen hieraus ganz neue Herausforderungen, Authentizität zu gewährleisten. Solange ein materielles Original vorhanden ist, kann das digitale Gegenstück damit abgeglichen werden. Aber was ist, wenn es kein materielles Gegenstück gibt? Entweder weil es vernichtet wurde oder weil es nie eines gab. Hier werden sich vielleicht ganz neue Herausforderungen für Geisteswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler

mit tiefem technischen Verständnis ergeben, die ähnlich den Expertinnen und Experten für Handschriften diese Digitalisate vergleichen, prüfen welche »verderbt« sind und sich so einem möglichen Original nähern – altes Fachwissen wird gefragt sein.

Wer Kulturgut bewahrt bzw. hierfür politisch Verantwortung trägt, braucht einen weiten Blick und ein tiefes Verständnis für die Relevanz des Sammlungsgutes heute, morgen und übermorgen.

Die Digitalisierung von Kulturgut, wie es – auch wieder ein Bund-Länder-Vorhaben – die Deutsche Digitale Bibliothek und die ihr zuliefernden Gedächtniseinrichtungen gewährleisten, ist ein Baustein zur Zugänglichmachung von Kulturgut. Sie sind ein Schaufenster für den Reichtum des kulturellen Erbes, in Vermittlungsvorhaben wird der Zugang erleichtert und was nicht vergessen werden darf: Die Zugänglichmachung eines Digitalisats kann das Original schonen. Das gilt insbesondere für empfindliches schriftliches Kulturgut. Dennoch, den

Die Bewahrung und der Schutz von Kulturgut sind eine immense Aufgabe. Sie zu vernachlässigen, wäre sträflich

Zauber und die Aura des Originals kann das Digitalisat nicht ersetzen. Die Digitalisierung von Kulturgut ist daher kein Lösungsweg, um dem stetig wachsenden Schatz an kulturellem Erbe zu begegnen. Sie ist vielmehr eine Ergänzung, die zusätzlicher Ressourcen und Expertise bedarf.

Im Bereich der Bildenden Kunst stellt sich bereits seit mehr als einem Jahrzehnt die Herausforderung, dass

die frühen Videokunstwerke kaum mehr abspielbar sind. Es ergeben sich hieraus neue Herausforderungen in der Restaurierung von technikbasiertem Kulturgut. Umso wichtiger wird es, Restauratorinnen und Restauratoren zu qualifizieren, die dieses Kulturgut bewahren. Ähnliches lässt sich für Computerspiele sagen. In beiden Fällen muss nicht nur das Werk als solches erhalten werden, sondern ebenso das Abspielgerät.

Zusammendenken

Die Bewahrung und der Schutz von Kulturgut sind eine immense Aufgabe. Sie zu vernachlässigen, wäre sträflich.

Es gilt über Grenzen hinaus und Aufgaben zusammenzudenken. Stadt- und Landschaftsplanung, Zivilschutz und Bundeswehr, die Bewahrung des materiellen Erbes und der Ausbau der Digitalisierung, Gedächtniseinrichtungen und die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen, um nur einige beispielhaft zu nennen, sie sind alle gefragt, gemeinsame Konzepte zu entwickeln, wie der Schutz des wachsenden kulturellen Erbes für die Zukunft gewährleistet werden kann.

Dabei sollte an bestehende Strukturen angeknüpft werden. Das Rad muss nicht ständig neu erfunden werden. Es gilt vielmehr, vorhandene Strukturen auszubauen und zu stärken. Das trifft auf die Kulturgut bewahrenden Einrichtungen ebenso zu wie auf bereits bestehende Institutionen, die Kulturgut digital bereitstellen, wie die Deutsche Digitale Bibliothek.

Versäumnisse und Nachlässigkeiten, die jetzt begangen werden, werden sich in einigen Jahrzehnten bitter rächen. Der Schutz von Kulturgut ist eine Generationenaufgabe. Es darf keinen Abriss geben.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

EINE CURRYWURST MIT BÄRBEL BAS?

ODER EINE CELLOSTUNDE MIT CHRISTIAN HÖPPNER?

Tombola-Preise zu gewinnen!

JETZT EINE AKTION PLANEN UND GEWINNEN!

@iki_integration
#zusammenhaltinvielfalt

www.aktionstag-zusammenhalt-in-vielfalt.de

Erster Aktionstag
ZUSAMMENHALT
IN VIELFALT
21. Mai 2026

Kulturpolitik der Resilienz

Plädoyer für einen programmatischen Aufbruch

MARKUS HILGERT

Im Jahr 2026 begeht die Kulturpolitische Gesellschaft (KuPoGe) ihr 50-jähriges Bestehen. Ein solches Jubiläum ist mehr als ein Anlass zur Würdigung der eigenen Geschichte. Es fordert vielmehr zur kritischen Bilanz auf: Welche programmatischen Annahmen haben sich bestätigt? Welche kulturpolitischen Ziele wurden erreicht – und welche bleiben unerfüllt? Und vor allem: Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die zukünftige Agenda der Kulturpolitik in Deutschland?

Das Grundsatzpapier der KuPoGe von 1976 verstand Kultur nicht als dekorativen »Überbau«, sondern als »Methode des menschlichen Zusammenlebens« und als produktives Element gesellschaftlicher Zustände. Dieses Verständnis ist bis heute prägend. Zugleich zeigt die historische Rückschau, dass viele der damals benannten Defizite fortbestehen: die Marginalisierung kulturpolitischer Fragen im parteipolitischen Diskurs, die unzureichende Verzahnung von Kulturpolitik mit anderen Politikfeldern, die mangelnde strategische Koordination zwischen kommunaler, Landes- und Bundesebene sowie das wiederkehrende Spannungsverhältnis zwischen programmatischem Anspruch und praktischer Umsetzung.

Trotz kontinuierlich gestiegener Haushaltsmittel hat Kulturpolitik in Deutschland nicht jene strukturelle Zentralität erreicht, die ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entspräche. Marginalität und Vulnerabilität prägen den Kultursektor bis heute – häufig verbunden mit institutioneller Unsicherheit und prekärer Arbeitsrealität. Aus dieser Diagnose ergibt sich für mich die Notwendigkeit eines programmatischen Aufbruchs. Sein Ausgangspunkt ist die Annahme einer zweifachen Vulnerabilität.

Erstens ist der Kultursektor selbst strukturell verletzlich. Projektlogiken, kurzfristige Förderzyklen, fehlende Verstetigung und unzureichende Evaluation führen zu Instabilität, selbst dort, wo finanzielle Mittel gewachsen sind. Es mangelt weniger an

theoretischem Wissen über kulturpolitische Herausforderungen als an konsequenter Umsetzung, strategischer Koordination und langfristiger Absicherung.

Zweitens erleben wir eine zunehmende Vulnerabilität des Gemeinwesens insgesamt. Spätestens seit der Covid-19-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist die Fragilität gesellschaftlicher Ordnungen ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Hinzu treten ökonomische Unsicherheiten, Vertrauensverluste in demokratische Institutionen, Polarisierungstendenzen und globale Transformationsprozesse. Diese gesamtgesellschaftlichen Krisendynamiken wirken unmittelbar auf den Kultursektor zurück – finanziell, institutionell und normativ.

Die Kultur steht damit unter doppeltem Druck: Sie ist selbst verletzlich und zugleich von einer vulnerablen Gesellschaft umgeben. Gerade aus dieser doppelten Konstellation ergibt sich jedoch ihre besondere Bedeutung als Raum der Reflexion, der Verständigung und der kollektiven Selbstvergewisserung.

Begründung und Ziel einer Kulturpolitik der Resilienz

Die angemessene politische Antwort auf diese zweifache Vulnerabilität nenne ich »Kulturpolitik der Resilienz«. Ihr Ziel ist es, die strukturelle Marginalität kultureller Ökosysteme zu überwinden, ihre Stabilität und Adaptivität zu erhöhen und damit zugleich einen Beitrag zur gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit insgesamt zu leisten. Resilienz meint dabei mehr als bloße Krisenfestigkeit. Sie umfasst Lernfähigkeit, Anpassungsfähigkeit und Diskursfähigkeit – also die Fähigkeit, auf Veränderungen nicht nur zu reagieren, sondern sie produktiv zu verarbeiten.

Kulturelle Praxis schafft Räume, in denen Konflikte ausgehalten, Narrative verhandelt, Zukünfte entworfen und Vertrauen gestiftet werden können. Eine resiliente Demokratie ist auf solche Räume angewiesen. Kulturpolitik der Resilienz erkennt diese gesellschaftliche Funktion an, ohne Kunst zu instrumentalisieren. Sie schützt die Freiheit kulturellen Handelns, indem sie dessen strukturelle Voraussetzungen stabilisiert. Resilienz entsteht nicht

durch inhaltliche Steuerung, sondern durch verlässliche Möglichkeitsräume. Daraus folgt eine Verschiebung kulturpolitischer Prioritäten. Noch immer dominiert vielerorts eine projektfixierte, innovations- und eventorientierte Förderlogik. Eine Kulturpolitik der Resilienz setzt dem eine stärkere Orientierung an Nachhaltigkeit, Vielfalt, Redundanz, Kompetenzaufbau sowie institutioneller Stabilität entgegen. Sie versteht Kulturinfrastruktur als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge – vergleichbar mit Bildung, Gesundheit oder sozialer Sicherung.

Indem sie kulturelle Ökosysteme stabilisiert, stärkt sie zugleich die Resilienz der Gesellschaft insgesamt und trägt damit auch zur langfristigen Sicherung demokratischer Handlungsfähigkeit bei.

Historisch-empirische Erfolgsfaktoren

Der Ansatz einer Kulturpolitik der Resilienz ist nicht rein normativ, sondern historisch informiert. Die Analyse kultureller Praxis in Krisen- und Transformationsphasen zeigt wiederkehrende Faktoren, die zur Stabilisierung und Erneuerung gesellschaftlicher Ordnungen beigetragen haben.

Erstens erweist sich Kulturinfrastruktur als öffentliche Daseinsvorsorge als zentral. In Wiederaufbauphasen nach Kriegen oder politischen Umbrüchen fungierten Theater, Museen, Bibliotheken und Bildungsinstitutionen als sichtbare Zeichen institutioneller Kontinuität und gesellschaftlicher Normalität.

Zweitens ist Partizipation entscheidend. Resilienz ist kein administrativer Zustand, sondern ein sozialer Prozess. Kulturelle Programme entfalten nachhaltige Wirkung insbesondere dann, wenn sie Teilhabe ermöglichen und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen als aktive Mitgestalterinnen und -gestalter einbeziehen.

Drittens spielt symbolische Reparatur und Erinnerung eine wesentliche Rolle. Erinnerungs- und Gedenkpolitiken leisten Integrationsarbeit, die weder rechtlich noch ökonomisch substituierbar ist. Unbearbeitete symbolische Brüche wirken langfristig destabilisierend.

Viertens erhöhen Dezentralität und institutionelle Redundanz die Robustheit kultureller Systeme. Polyzentral

organisierte Strukturen reagieren flexibler auf Schocks als monozentrische Abhängigkeiten.

Fünftens ist Langfristigkeit eine Schlüsselressource. Mehrjährige Förderstrukturen ermöglichen institutionelles Lernen und nachhaltige Entwicklung, während kurzfristige Projektlogiken Volatilität verstärken.

Sechstens potenziert sich kulturelle Wirkung durch sektorübergreifende Koordination. Kultur entfaltet besondere gesellschaftliche Relevanz dort, wo sie mit Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- oder Stadtentwicklungspolitik verzahnt ist.

Siebtens fungiert Kultur in Transformationsphasen als Experimentier- und Innovationsraum, in dem neue Formen von Öffentlichkeit und Wertschöpfung entstehen.

Achtens schließlich besitzt kulturelle Praxis eine psychosoziale Dimension. Gesellschaftliche Resilienz scheitert häufig weniger an materiellen Ressourcen als an kollektiven Traumata, Vertrauensverlust und Überforderung. Kulturelle Ausdrucksformen können hier stabilisierend und verarbeitend wirken.

Leitprinzipien und Umsetzungsebenen

Eine Kulturpolitik der Resilienz orientiert sich an klaren Leitprinzipien: Infrastruktur und Zugang als Daseinsvorsorge; Partizipation; Pflege des kulturellen Gedächtnisses; Dezentralität; langfristige Stabilität; sektorübergreifende Vernetzung; Anerkennung der Transformationskraft von Kultur; sowie die Berücksichtigung psychosozialer Funktionen. Als vertiefende Resilienzdimensionen sind außerdem Nachhaltigkeit als strukturelle und ökologische Resilienz, kulturelle Bildung als Resilienz-Kompetenz sowie Diversität als adaptive Kapazität zu berücksichtigen.

Die Umsetzung dieser Leitprinzipien erfordert Maßnahmen auf mehreren Ebenen.

Auf der Ebene von Governance und Institutionen bedarf es einer föderalen Strategie für kulturelle Resilienz, eines nationalen Kultur-Resilienzrats sowie regionaler Koordinatorinnen und Koordinatoren mit interministerieller Schnittstellenfunktion.

Im Bereich Finanzierung und Rechtsrahmen ist ein nationaler Resilienzfonds

erforderlich, der Prävention, Wiederaufbau und Transformationsprojekte absichert und strategische Planung ermöglicht.

Auf der Ebene von Infrastruktur und Zugänglichkeit sind mobile Formate, digitale Souveränität, hybride Angebote und barrierefreie Räume auszubauen.

Im Handlungsfeld soziale Kohäsion und Teilhabe sind Community-Initiativen, interkulturelle Vermittlungsprogramme sowie verbindliche Kooperationen mit Bildung, Pflege und Gesundheitswesen zu stärken.

Schließlich braucht es im Bereich Monitoring, Forschung und Lernen geeignete Indikatoren, regelmäßige Evaluationen und einen systematischen Austausch von Good Practices.

Strategische Perspektive

Die zweifache Vulnerabilität des Kultursektors ist kein temporäres Phänomen, sondern Ausdruck struktureller Bedingungen. Eine Kulturpolitik der Resilienz ist daher keine Ergänzung bestehender Förderinstrumente, sondern eine strategische Neujustierung der Kulturpolitik. Sie zielt darauf, kulturelle Infrastruktur dauerhaft zu stabilisieren, institutionelles Lernen zu ermöglichen und Freiheit in ihren strukturellen Voraussetzungen zu sichern. Damit stärkt sie nicht nur den Kultursektor, sondern die demokratische Handlungsfähigkeit insgesamt.

Die zentrale Frage lautet daher nicht, ob wir uns eine Kulturpolitik der Resilienz leisten können, sondern ob wir es uns leisten können, auf sie zu verzichten – gerade in Zeiten wachsender Unsicherheiten und multipler Krisen.

Markus Hilgert ist Präsident der Universität der Künste Berlin und Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft (KuPoGe). Von 2018 bis 2025 war er Vorstand und Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder

Der Text ist die gekürzte Version eines Grundsatzreferats, das Markus Hilgert beim 71. Loccumer Kulturpolitischen Kolloquium in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft »Bilanz ziehen – Kurs setzen: Grundzüge einer Kulturpolitik der Resilienz« im Februar 2026 gehalten hat.

Warum sind Games Kultur? Was haben Computerspiele mit bildender Kunst, Theater, Musik, Literatur und Film zu tun? Sind Games immer gewalthaltig? Darf man Erinnerungskultur spielen? Was haben Spiele mit Sport zu tun? Macht die Gamesbranche wirklich mehr Umsatz als Hollywood?

Antworten auf diese und weitere Fragen, viele neue Beiträge sowie 80 zusätzliche Seiten erwarten Sie in der 2. Auflage!

JETZT BESTELLEN:
KULTURRAT-SHOP.DE

2. überarbeitete und erweiterte Auflage • ISBN: 978-3-947308-70-5 • 364 Seiten • 24,80 Euro



Ein Anfang vom Ende?

Szenarienanalysen im Kulturbereich

JUSTUS DUHNKRACK

Öffentliche Kulturförderung gilt als besonders rechtsunsicheres Feld. Es liegen kaum normative Anknüpfungspunkte vor, die der Kulturverwaltung Leitplanken setzen. Ebenso kann nur in geringem Umfang auf Rechtsprechung zurückgegriffen werden, aus der sich Maßgaben für die öffentliche Kulturförderung ergäben. Die gerichtliche Rechtsfortbildung scheitert schon daran, dass kaum streitige Verfahren über öffentliche Förderung geführt werden. Das ist wenig verwunderlich, denn Kulturschaffende sind immer wieder auf die

über politische Risiken geben. Das nachfolgende mit Kulturschaffenden erarbeitete Szenario illustriert diese Methodik: Nach einer Landtagswahl im fiktiven Bundesland B übernimmt die überwiegend konservative Regierung das Kulturministerium. Zunächst wird die bewährte Praxis fortgeführt, Förderentscheidungen durch Jürs mit unabhängiger Expertise zu treffen. Doch die jüngste Vergangenheit ist präsent: In der vorangegangenen Legislaturperiode hatte ein von der Opposition initiiierter Untersuchungsausschuss Teile der Kulturförderung des Landes kritisch hinterfragt. Die öffentliche Kritik ist Anlass für den neuen Kulturminister,

Im vierten Jahr sieht sich die Landesregierung einer verschärften Kritik aus dem rechten politischen Spektrum ausgesetzt, die Jürsentscheidungen seien »woke«, »links« und »staatsgefährdend«, in Zeiten multipolarer Krisen der globalen Weltordnung sei der Erhalt vereiner Werte von besonderer Bedeutung. Der Kulturminister argumentiert, Jürs stellten grundsätzlich ein Kontrollproblem dar: Sie seien nicht gewählt, ihre Entscheidungen aber haushaltswirksam. Auch um einer öffentlichen Politisierung der Kultur vorzubeugen, werden Förderrichtlinien dahingehend angepasst, dass die Hinzuziehung von Jürs im Ermessen

Angesichts veränderter politischer Mehrheiten und eines absehbaren kulturellen Wertewandels ist die Sorge vor politischer Einflussnahme auf die Entscheidungen über öffentliche Förderung unter Kulturschaffenden groß

Betrachterin ab. Verwaltungsmitarbeitende mögen im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf bewährte Verfahren verweisen und können von Meldestellen Gebrauch machen, wenn rechtswidriges Handeln erkannt wird (Hinweisgeberschutzgesetz). Kulturschaffende werden möglicherweise dafür werben, Verfahren gesetzlich abzusichern und beispielsweise mittels Verbänden Vertrauenspersonen in die Jürsitzungen zu entsenden, um Veränderung zu beobachten. Private Sponsoren könnten mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass transparente und fachlich fundierte Entscheidungen möglich sind. Die Zivilgesellschaft sollte trotz klammer Haushaltskassen früh ein Störgefühl gegenüber dem Narrativ einer effizienten Kulturförderung entwickeln und der irreführenden Behauptung von staatlicher Neutralität in der Kulturförderung keinen Glauben schenken.

Das Verfahren der Kulturförderung – hier die Einbeziehung von externer Expertise in die Auswahlentscheidung – illustriert die schleichende Verschiebung des demokratischen Konsenses, der Grundlage für eine politisch überwiegend unbeeinflusste Kulturförderung ist. Es ist gelebte demokratische Tradition, in den überwiegenden Fällen auf Jürs zurückzugreifen. Die Distanzierung von Auswahlentscheidung und Staat drängt sich aufgrund der Eigengesetzlichkeit der Kultur für das Spannungsfeld aus staatlicher Neutralität und staatlicher Förderung ähnlich wie in der Wissenschaft auf. Gleichwohl ist es schwer, eine »Jürspflicht« und weitere im Szenario geschilderte Aspekte, wie ihre Zusammensetzung, Entscheidungsbegründungen und Transparenz rechtsdogmatisch zu begründen. Die weitaus überwiegende Meinung dürfte sein, dass der breite kulturpolitische Ermessensspielraum es gleichermaßen erlaubt, sogar gänzlich ohne Jürs auszukommen. Insofern zeigt sich, dass – aus rechtlicher Sicht – kaum mehr als theoretische Sicherheitsnetze bestehen (Teilhaberecht), auf die man im Fortgang des Szenarios zurückgreifen könnte. Selbst wenn man in Einzelfällen aufgrund von Verfahrensfehlern bei der staatliche Entscheidung Ansprüche begründen könnte, greift die beschriebene – nachvollziehbare – Zurückhaltung der Kulturschaffenden, dagegen meist nicht vorgehen zu wollen. Abgesehen davon nimmt es Zeit und Geld in Anspruch, so dass im hier zugrundeliegenden Szenario – eine Rechtswidrigkeit unterstellt – Rechtsschutz mutmaßlich kaum spürbare Wirkung entfalten würde.

Das Szenario zeigt zudem, dass eine Gefährdung für die Freiheitlichkeit des Kulturlbens nicht zwingend erst mit einer AfD-geführten Landesregierung eintritt (dann dürften Einschnitte wesentlich erheblicher und schneller erfolgen). Schon zuvor müssen sich demokratische Parteien ihrer Verantwortung gegenüber der Kultur bewusst sein und sich schützend vor die Kulturförderung stellen. Dazu gehört auch etwas Mut, denn Kulturförderung ist immer eine Prognoseentscheidung, die mit einiger Unsicherheit über ihr Ergebnis behaftet ist. Das setzt voraus, auf der einen Seite ein gewisses Vorschussvertrauen gegenüber der Kultur zu gewähren und auf der anderen Seite die Bereitschaft, dann und wann danebenzuliegen und den daraus entstehenden Gegenwind auszuhalten. Der Schutz der Kulturförderung beginnt – wie im Szenario dargestellt – schon bei sachgerechten Verfahren, z. B. einer Jürs, die auf den ersten Blick nach vermeintlich lästiger Bürokratie aussehen mögen. Denn nicht jedem Anfang wohnt ein Zauber inne – manchmal auch ein Ende.

Justus Duhnkrack ist Rechtsanwalt und politischer Berater. Nach seiner Promotion zum Thema »Öffentliche Kunstförderung« arbeitete er unter anderem für die Kulturstiftung des Bundes und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



FOTO: PICTURE ALLIANCE / ZB | MARTIN SCHUTT

Blick in den Thüringer Landtag. Im Rahmen des Thüringen-Projekts des Verfassungsblogs wurde der Frage nachgegangen, was passiert, wenn autoritär-populistische Parteien staatliche Machtmittel in die Hand bekommen

gleiche »Hand, die sie füttert« angewiesen und deshalb – und mutmaßlich wegen des hohen Kosten- und Zeitaufwandes – wenig klagegeneigt. Eher wird anderswo ein weiterer Antrag gestellt, als sich mit fehlerhaften oder kritikwürdigen Förderentscheidungen auseinanderzusetzen. Dadurch entwickelt sich jenseits der Proteste bezüglich der bereitgestellten Haushaltsmittel kaum eine öffentliche Debatte über sachgerechte Organisation und Verfahren der Kulturförderung.

Angesichts veränderter politischer Mehrheiten und eines absehbaren kulturellen Wertewandels ist die Sorge vor politischer Einflussnahme auf die Entscheidungen über öffentliche Förderung unter Kulturschaffenden groß. Um aus Angst Mut zu machen und Handlungsmacht herzustellen, können Szenarienanalysen für die betreffenden Kulturschaffenden, Institutionen, Verbände oder Gruppen helfen. Szenarienanalysen dienen dem Versuch, einen plausiblen – nicht zwingend wahrscheinlichen – Blick in die Zukunft zu werfen. Das hat das Thüringen-Projekt des Verfassungsblogs beeindruckend vorgemacht. Szenarien sind eine geeignete Methodik, um einen Perspektivwechsel zu erzeugen, indem aus einem möglichen Zukunftssachverhalt Rückschlüsse auf die Gegenwart gezogen werden: Was muss heute geschehen, wenn verhindert werden soll, dass das Szenario morgen Wirklichkeit wird? Dabei hilft es, vom Schlimmsten auszugehen, um die »Wegmarken« der zumeist schleichenden Entwicklung nicht zu übersehen. Auch die »Treiber«, die für weitere Dynamik im Szenario sorgen – im Folgenden u. a. ein Untersuchungsausschuss und eine Zurückhaltung von öffentlichen Haushaltsmitteln – können Aufschluss

zunächst Förderprogramme einzufrieren und Verfahren auszusetzen, um – nach eigener Aussage – aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Nur wenn politische Verantwortung frühzeitig und sichtbar in den Entscheidungsverfahren verankert sei, lasse sich verhindern, dass Kulturförderung erneut zum Gegenstand parlamentarischer Auseinandersetzungen werde. Vor diesem Hintergrund beginnt der Minister im ersten Jahr der Legislatur, die Zusammensetzung der Jürs zu verändern. Zunehmend werden politische Entscheidungsträgerinnen oder ihnen nahestehende Personen berufen.

Im zweiten Jahr zeigen sich erste Folgen dieser Veränderung. Nicht-politische Jürsmitglieder äußern sich in Sitzungen zurückhaltender. Viele von ihnen sind selbst Antragstellende in anderen Förderprogrammen. Sie wissen, dass über ihre eigenen Anträge künftig Politikerinnen entscheiden könnten. Auch Antragstellende passen ihre Projektvorhaben in vorauseilendem Gehorsam den politischen Jürsmitgliedern an oder sehen von einem Antrag ab. Parallel verschärft sich der öffentliche Ton. Die Kulturszene fordert, die vorgesehenen Haushaltsmittel auch tatsächlich zum Einsatz zu bringe, denn die zurückhaltende Förderung hat zu Stillstand geführt.

Im dritten Jahr reagiert die Landesregierung von B auf Anfeindungen gegen einzelne Jürsmitglieder. Sie beschließt, die Namen der Jürsmitglieder künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Transparenz solle sich, so die Argumentation, auf Verfahren, Kriterien und Haushaltszahlen konzentrieren, nicht auf individuelle Personen. Entscheidungen werden als Ergebnis eines regelgebundenen, anonymisierten Prozesses kommuniziert.

der zuständigen Verwaltung (»kann«) liegt. Zugleich wird die Verwaltung verpflichtet, nachweisbare Ziele mit den Förderprogrammen zu verfolgen und über deren Erreichen Rechenschaft abzulegen. Dies wird als Ausdruck staatlicher Neutralität dargestellt und trage dem Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Rechnung.

Im fünften Jahr verzichten Verwaltungen unter Verweis auf die maßgeblichen verwaltungsinternen Ziele zumeist auf den Einsatz einer Jürs, um der Zielerreichung gerecht zu werden. Schließlich zieht die Landesregierung die Konsequenz, die Vorschriften »der Wirklichkeit anzupassen«. In den Förderrichtlinien wird festgeschrieben, dass Auswahlentscheidungen von besonderer Bedeutung grundsätzlich durch die politische Verwaltung zu treffen seien. Alle übrigen Entscheidungen werden nach formalen Kriterien getroffen und Förderungen breit verteilt (»Gießkanne«), das sei auch ein Zugeständnis an Teile der Opposition, die sich immer für die staatliche Neutralität der öffentlichen Kulturförderung stark gemacht habe. Damit, so die offizielle Begründung, seien Kontrolle, Verantwortung und der sparsame und effiziente Einsatz von Haushaltsmitteln gesichert.

Die Wahrscheinlichkeit, dass das Szenario exakt in der beschriebenen Weise eintritt, mag gering sein, wer kann schon die Zukunft vorhersagen. Auch ist die Wirklichkeit viel komplexer als eine kurze dystopische Fantasie. Der Nukleus ist die Frage, inwieweit sich auf Grundlage des Zukunftsszenarios die Perspektive auf Handlungskonsequenzen heute verändert. Das hängt maßgeblich vom Standpunkt des jeweiligen Betrachters oder der

100 Jahre Engagement für Frauen in der Kultur

Die GEDOK feiert Jubiläum

GERLINDE FÖRSTER

Mit Ausstellungen und Konzerten, Aufführungen, Lesungen, Live-Performances, mit allerlei Projekten zum Teilhaben, Dabeisein, Mitmachen begeht die Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfördernden – GEDOK – ihren 100. Geburtstag. Bundesweit zeigen in diesem Jahr 23 regionale Gruppen, was in ihnen steckt. Zur Geschichte zwischen 1926 und 2026 gehört auch die Entwicklung der GEDOK.

Unter dem Namen »Gemeinschaft Deutscher und Oesterreichischer Künstlerinnenvereine aller Kunstgattungen« gründete die Mäzenin und Frauenrechtlerin Ida Dehmel 1926 in Hamburg die GEDOK. Künstlerinnen der angewandten, bildenden und darstellenden Kunst, Filmemacherinnen, Fotografinnen, Literatinnen, Musikerinnen, diejenigen, die sich interdisziplinär ausdrücken oder neue Medien nutzen, finden in der GEDOK Raum für Begegnung, Austausch, Interaktion, Förderung, vor allem Öffentlichkeit und damit Sichtbarkeit. In dieser zukunftsweisenden Struktur manifestiert sich das Alleinstellungsmerkmal der GEDOK.

Erste Pläne zur Gründung eines überregionalen Künstlerinnenbundes hatte Ida Dehmel (1870-1942) bereits 1912. Sie war eine brillante Netzwerkerin, eine Anstifterin und Organisatorin. Sie pflegte Kontakte in die Gesellschaft und verstand es, ein kunstinteressiertes und zahlungskräftiges Publikum um sich zu versammeln. Ihre Persönlichkeit, ihr Charisma und auch die Tatsache, dass das Dehmelhaus in Hamburg-Blankenese Anfang des 20. Jahrhunderts zum Treffpunkt des Who's who kulturellen Lebens in Deutschland geworden war, kamen Ida Dehmels Anliegen zugute.

Aus dem Zusammenschluss bereits bestehender Künstlerinnenvereine in Deutschland entsteht mit der GEDOK ein Dachverband, der zum Netzwerk wird und sich schnell über den deutschsprachigen Raum ausbreitete. Binnen kürzester Zeit zählte der Verband rund 7.000 Mitglieder. Das Besondere war: Kunstliebende Frauen verschiedener sozialer Schichten gehörten als fördernde Mitglieder dazu. Ziel war die Einbindung von Künstlerinnen in das öffentliche Kunst- und Kulturlieben der Weimarer Republik. Es ging um die Förderung der beruflichen und wirtschaftlichen Interessen von Künstlerinnen sowie um die Erhöhung ihrer Erfolgschancen in einem männerdominierten Kunstbetrieb. Fortan wurden in öffentlichen wie privaten Räumen Ausstellungs-

und Verkaufsmöglichkeiten, Konzerte, Lesungen und Aufführungen organisiert. Förderinnen wie die Sozial- und Kulturpolitikerin Edith Mendelssohn Bartholdy oder die Kunsthistorikerin, Sammlerin und Mäzenin Rosa Schapire unterstützten mit ihren Kontakten in die Gesellschaft dieses Ziel. Bekannte Autorinnen wie Ricarda Huch oder Annette Kolb, Bildende Künstlerinnen wie Clara Rilke-Westhoff, Milly Steger, Anita Ree oder Käthe Kollwitz, die Tänzerin Mary Wigman, Komponistinnen wie Alice Samter oder Grete von Zieritz bekannten sich mit ihrer Mitgliedschaft zur GEDOK.

Nach Hitlers Wahlsieg am 30. Januar 1933, dem Erlass des Ermächtigungsgesetzes und dem ersten Boykottaufruf gegen Juden am 1. April gingen die politischen Veränderungen rasant vor sich. Für die GEDOK waren die Konsequenzen dramatisch. Am 22. April 1933 drangen SA-Leute in die Hamburger Mitgliederversammlung ein, zwangen Ida Dehmel wegen ihrer jüdischen Herkunft zum Rücktritt von allen ihren Ämtern und lösten die Versammlung mit Gummiknüppeln auf. Im September darauf wurde Elsa Bruckmann neue Präsidentin der GEDOK. Als Hitleranhängerin, Mitglied der NSDAP und der NS-Frauenschaft sowie Vorstandsmitglied im »Kampfbund für deutsche Kultur« strebte sie die Ausrichtung der ReichsGEDOK im Hinblick auf die Verbreitung und Umsetzung nationalsozialistischer Kulturpolitik an. Aufgrund der Eingliederung der GEDOK in die Reichskulturkammer und ihre Fachkammern wurde die »arische Herkunft« als Bedingung für eine Mitgliedschaft in die Satzung aufgenommen. Eilfertig passten sich viele Regionalverbände der völkischen Nazi-Ideologie an. Zugleich gab es viele Austritte vor allem jüdischer Künstlerinnen und Förderinnen. Auch einige Regionalgruppen lösten sich auf. 1935 zählte die GEDOK nur noch 2.195 Mitglieder.

Nach Kriegsende wurde mit Genehmigung der alliierten Militärregierung die GEDOK als Verband der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstfreunde e. V. 1948 in Hamburg neu gegründet. Fördermitglieder waren fortan auch Männer. Nach und nach nahmen in den alten Bundesländern regionale Gruppen ihre Arbeit wieder auf oder gründeten sich neu, um entsprechend dem Gründungsziel das künstlerische Talent von Frauen unter besonderer Berücksichtigung ihrer Lebens- und Arbeitssituation zu fördern. Nach dem Ende der DDR und dem Ende umfangreicher Kunst- und Kulturförderung schlossen sich diesem Anliegen in den neuen Bundesländern Gruppen in Brandenburg,

Mecklenburg-Vorpommern und Mitteldeutschland an. Nahezu 3.000 Mitglieder gehören gegenwärtig zu diesem europaweit einzigartigen, alle künstlerischen Disziplinen einschließenden Künstlerinnenverband.

Dass in der Bundesrepublik die berufliche Gleichstellung der Frau ab 1977 – ungeachtet der tatsächlichen Verhältnisse – als allgemein erreicht dargestellt wird, hat mit den durch die westdeutsche Frauenbewegung erkämpften Rechten zu tun. Die Schaffung von Verlagen, Zeitschriften, Bühnen und Galerien speziell für Frauen stärkte das Selbstbewusstsein von Künstlerinnen. Teil dieser Bewegung war die GEDOK, insbesondere durch ihre Arbeit auf kultur- und frauenpolitischer Ebene. Als Gründungsmitglied der 1972 neu strukturierten IGBK (Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste) setzt sie sich ein für die Förderung internationaler Kooperationen. Die GEDOK wird 1980 Gründungsmitglied des Kunstfonds e. V. und 1983 des Deutschen Kunstrats. Seitdem gehört sie zum Deutschen Kulturrat, ist in verschiedenen seiner Fachausschüsse sowie im Deutschen Musikrat und in der Deutschen Literaturkonferenz aktiv. Ebenso vertritt sie die Interessen ihrer Mitglieder in der VG-Bildkunst, der Künstlersozialkasse und im Deutschen Frauenrat.

In den letzten Jahrzehnten ist zwar viel erreicht worden, aber Ungerechtigkeiten wie Gender-Show-Gap und Gender-Pay-Gap belegen den Mangel an wirklicher Gleichberechtigung. Ohne – ehrenamtliche! – Gremienarbeit in Kooperation mit anderen Verbänden wären weder Ausstellungsvergütungen noch hochrangige Preisvergaben an Künstlerinnen umgesetzt worden. Auch hier macht sich die GEDOK stark. Bestes Beispiel ist der immerwährende Kampf um die Vergabe des Gabriele Münter Preises. Nur in der Bündelung der Kräfte von GEDOK, dem Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) und dem Deutschen Künstlerbund konnte erreicht werden, dass nach langer Unterbrechung 2025 die 8. Vergabe des Preises in der Akademie der Künste und die Ausstellung im Museum Gunzenhauser in Chemnitz stattfand und erstmals vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) unter Beteiligung des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert wurde.

Eigene Preise vergibt die GEDOK seit 1968 für herausragendes literarisches, kompositorisches, bildkünstlerisches Schaffen sowie im angewandten Bereich. Musikwettbewerbe würdigen Interpretinnen. Autorinnen wie Hilde Domin (1968),

In den letzten Jahrzehnten ist zwar viel erreicht worden, aber Ungerechtigkeiten wie Gender-Show-Gap und Gender-Pay-Gap belegen den Mangel an wirklicher Gleichberechtigung

Elke Erb (1995), Herta Müller (1998), Jenny Erpenbeck und Kerstin Hensel (2004), Monika Maron (2017) oder Nora Gomringer (2024) waren Preisträgerinnen. Ausstellungsprojekte an repräsentativen Orten wie in der Bundeskunsthalle Bonn (»Perplex«, 2001) oder im Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg (»Künste · Frauen · Netzwerk«, 2026) verschaffen bildenden und angewandten Künstlerinnen Beachtung. Ohne Sichtbarkeit gibt es keine öffentliche Aufmerksamkeit – trotz Social Media eine Riesenaufgabe in unserer immer noch patriarchalisch geprägten Gesellschaft.

Der Weg der GEDOK durch das Jahrhundert war voller Herausforderungen, Veränderungen, dabei nicht ohne Erfolg. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht antidemokratischer Strömungen ist sich der Verband seiner Verantwortung bewusst. So heißt es im Leitbild: »Die Mitglieder der GEDOK vertreten die Freiheit des Wortes und der Kunst im Sinne des Art. 5 Grundgesetz. Sie wirken gegen jedwede Form von Hass und Gewalt, für Diversität, für eine einige Welt und eine in Frieden lebende Menschheit. Die Mitglieder der GEDOK distanzieren sich entschieden von allen, die Nationalismus, politischen und religiösen Extremismus, Antisemitismus, Homophobie, Frauen- oder Fremdenfeindlichkeit propagieren.«

Fazit: Die selbstverständliche Gleichstellung ist längst nicht erreicht. Angesichts des wachsenden gesellschaftlichen Drucks ist ein regelrechter Backlash zu beobachten. Gerade deshalb müssen Kunst und Kultur als Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft in ihren Strukturen stabilisiert werden. Der GEDOK-Bundesverband gehört dazu. Dringend ist die öffentliche Förderung einer Bundesgeschäftsstelle. Im Unterschied zu den anderen großen Künstlerverbänden fehlt diese bisher. Sie wäre sowohl Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit als auch Voraussetzung für zukünftige geschlechtergerechte Kulturarbeit.

Gerlinde Förster ist Kunstwissenschaftlerin und Kuratorin. Sie war 1994 Gründungsinitiatorin des brandenburgischen Landesverbandes der GEDOK und dessen langjährige Vorsitzende

MEHR DAZU

Festschrift – 100 Jahre GEDOK e. V. (Hg. GEDOK e. V.), erhältlich über den Bundesverband, gedok@gedok.de
Künste · Frauen · Netzwerk (Hg. GEDOK e. V.), projektverlag, Bochum/Freiburg 2025

Musik im Film – unsere Dokus und Mitschnitte für Sie kostenlos auf nmz.de

aktuell: Musikschulkongress 2025 in Dresden



Mit Games in die Welt des Buchhandels eintauchen

Das Indie-Spiel
»Tiny Bookshop«

YVONNE DE ANDRÉS

Tiny Bookshop« ist ein Simulationsspiel des Kölner Studios Neoludic Games und erschien im August 2025 auf der Plattform Steam. Das 2021 gegründete Neoludic-Team erhielt früh eine Prototyp-Förderung der Filmstiftung NRW und gewann 2023 den Ubisoft Newcomer Award beim Deutschen Entwicklerpreis. Im Zentrum steht ein mobiler Buchladen in einer idyllischen Küstenstadt. Statt auf Konkurrenzdruck setzt das Spiel auf Gemeinschaft, Atmosphäre und persönliche Begegnungen. Täglich wählen Spielerinnen und Spieler Standort und Sortiment aus über 900 Titeln. Kundinnen und Kunden haben individuelle Vorlieben – das passgenaue Empfehlen wird zur zentralen Mechanik und verweist auf die Kernkompetenz unabhängiger Buchhandlungen: Beratung und kuratierte Auswahl.

Indem Literatur und Buchhandel positiv inszeniert werden, erreicht das Spiel insbesondere jüngere Zielgruppen im digitalen Raum

Teil der »Wholesome Games«-Bewegung

»Tiny Bookshop« reiht sich in den Trend der sogenannten »Wholesome Games« ein. Seit 2019 kuratiert eine wachsende Online-Community Spiele, die bewusst auf Entschleunigung, Wärme und positive Spielerfahrungen setzen. In krisenhaften Zeiten gewinnen solche digitalen Rückzugsorte an Bedeutung.

Hier stehen Fürsorge, Dialog und eine konfliktarme Spielwelt im Vordergrund.

Sichtbarkeit für Buchhandlungen als Kulturorte

Das Spiel macht erfahrbar, was kleine Buchläden auszeichnet: individuelle Empfehlungen, sorgfältig kuratierte Sortimente, lokale Verbundenheit und Liebe zum Detail. Das Spiel übersetzt diese Qualitäten in ein emotionales, niedrigschwelliges Erlebnis. Gerade in einer Zeit, in der viele Innenstädte und Kulturorte unter Druck stehen, setzt es damit ein Zeichen für die Bedeutung solcher Orte. Buchhandlungen erscheinen nicht als reine Verkaufsflächen, sondern als soziale und kulturelle Ankerpunkte – gerade in Innenstädten, die zunehmend unter Druck stehen. Handgezeichnete Grafiken, ruhige Musik und kleine Begegnungsgeschichten schaffen eine Atmosphäre der Geborgenheit.

Experimentierfeld für neue Geschäftsmodelle

Der mobile Buchladen greift reale Entwicklungen auf: Pop-up-Formate, flexible Vertriebswege und community-orientierte Konzepte. Damit wird das Spiel zu einem Experimentierfeld für alternative Geschäftsmodelle. Es zeigt, wie Buchhandel auch jenseits fester Ladenflächen funktionieren kann – eine Perspektive, die Impulse für kulturpolitische Debatten über Nahversorgung, Infrastruktur und kulturelle Teilhabe liefert. Besonders im ländlichen Raum oder in strukturschwachen Innenstädten gewinnen solche Ideen an Relevanz.

Gamification als Bildungs- und Vermittlungsinstrument

Gleichzeitig vermittelt Tiny Bookshop betriebswirtschaftliche Abläufe spielerisch: Einkauf, Sortimentsgestaltung, Preisgestaltung und Standortwahl werden nachvollziehbar. Gamification macht komplexe Zusammenhänge

verständlich und eröffnet Potenziale für berufliche Bildung, Leseförderung und digitale Kulturvermittlung. Das Spiel zeigt, wie Games als Medium kulturelle Inhalte transportieren und Wissen niedrigschwellig zugänglich machen können.

Ansprache junger Zielgruppen und Stärkung der Bücherkultur im Digitalen

»Tiny Bookshop« zeigt, wie Games neue Zugänge zur Bücherkultur eröffnen können. Indem Literatur und Buchhandel positiv inszeniert werden, erreicht das Spiel insbesondere jüngere Zielgruppen im digitalen Raum und vermittelt ein zeitgemäßes Bild der Branche. Zugleich greift der mobile Laden reale Entwicklungen wie Pop-up-Formate und flexible Vertriebskonzepte auf.

Darüber hinaus werden betriebswirtschaftliche Grundlagen wie Einkauf, Preisgestaltung und Sortimentsplanung spielerisch erfahrbar. Gamification wird so zum Instrument kultureller und ökonomischer Bildung – und macht deutlich, dass sich Games und Buchkultur gegenseitig bereichern können.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob digitale Formate wie »Tiny Bookshop« neue Zielgruppen für Lesen und Buchhandel begeistern und Innovationsimpulse für die Branche geben können. Peter Craus von Kleff, Geschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, sieht darin grundsätzlich Chancen: »Alle Kanäle und Maßnahmen, die Lesebegeisterung vermitteln und ein Bewusstsein schaffen für Buchhandlungen als einen besonderen Einkaufs- und Kulturraum, sind begrüßenswert. Es ist wichtig, dass Menschen Büchern und Buchhandlungen dort begegnen, wo sie sich ohnehin aufhalten – also auch in digitalen Formaten. Und wenn dann noch aus digitalen Formaten heraus ein lokaler Einkauf folgt, wenn die Buchhandlung als Dritter Ort erlebt wird, dann ist der Brückenschlag zwischen Digital und Analog perfekt geglückt.«

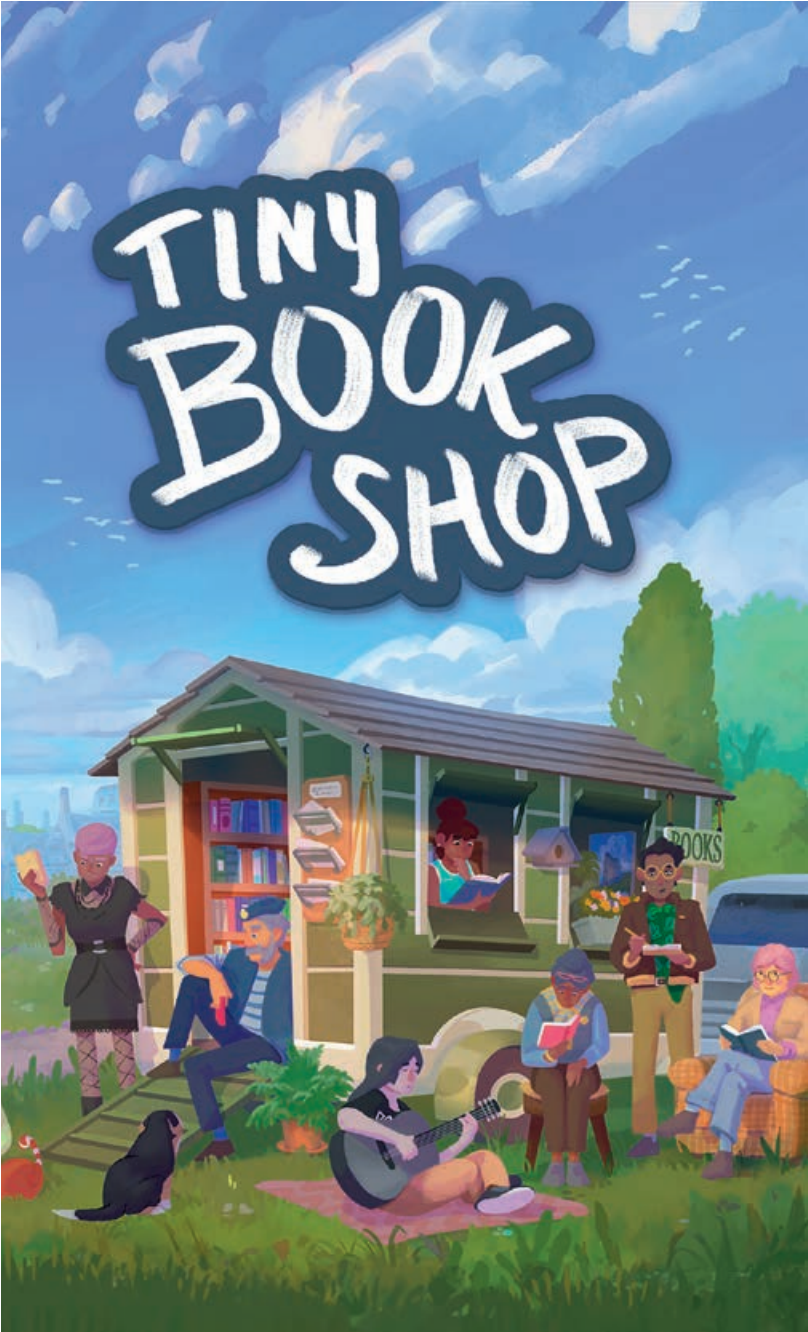


FOTO: NEOLUDIC GAMES | SKYSTONE GAMES

In dem Computerspiel führt man einen kleinen Second-Hand-Buchladen am Meer

Erlebnis statt bloßer Transaktion

Indem Literatur und Buchhandel positiv inszeniert werden, erreicht das Spiel insbesondere jüngere Zielgruppen im digitalen Raum. Besondere Einzelstücke und erzählte Buchgeschichten schaffen emotionale Bindung – ein Erlebnis, das Online-Plattformen kaum ersetzen können.

Zwar bietet »Tiny Bookshop« keine unmittelbaren Lösungen für die

strukturellen Probleme des stationären Handels. Doch es verdeutlicht, worauf es langfristig ankommt: Atmosphäre, persönliche Beratung und ein klares kulturelles Profil. So wird der virtuelle Buchladen zum Plädoyer für reale Orte der Begegnung – und für die bleibende gesellschaftliche Bedeutung des Buchs.

Yvonne de Andrés ist Kulturmanagerin und Co-Gründerin von »Power To Transform!«

Auf den Spuren Bildender Künstlerinnen

Für die Gleichstellung in der Kunstwelt

MARÍA LINARES & CORNELIA RÖSLER

Die Frage, was »gute Kunst« ist und wer in der Kunstwelt als bedeutend gilt, ist keineswegs neutral. Sie wird von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und tradierten Zuschreibungen bestimmt. Unsere Vorbilder waren fast ausschließlich Männer. Das hat unser Verständnis von Kunst maßgeblich geprägt. Wir sind alle in patriarchale Strukturen hineingeboren und hinterfragen sie oft nicht.

Ein prägnantes Beispiel hierfür ist Duchamps berühmtes »Fountain« von 1917: Das als Kunstwerk eingereichte und mit dem Namen R. Mutt signierte Urinal wurde zunächst in der First Annual Exhibition der Society of Independent Artists in New York abgelehnt, gilt heute aber als Meilenstein der Moderne. In aktuellen Untersuchungen wird diskutiert, ob nicht die Dada-Künstlerin Baroness Elsa von Freytag-Loringhoven die eigentliche Urheberin war. Wie Siri Hustvedt 2019 in The Guardian schreibt, können wir uns jedoch ziemlich sicher sein, dass dieses Werk

niemals denselben kunsthistorischen Ruhm erhalten hätte und nie als Meisterwerk gelten würde – ganz zu schweigen von monetären Wert –, wäre es von Anfang an eindeutig einer Frau zugeordnet worden.

Auch heute noch ist die Kunstwelt männlich dominiert: In den Jahren 2000 bis 2020 waren nur rund 20 Prozent der Einzelausstellungen in deutschen Museen Künstlerinnen gewidmet. Künstlerinnen verdienen im Schnitt 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Und unter den zehn lebenden Künstlern, die die höchsten Preise weltweit erzielen, findet sich keine einzige Frau. Der Gender-Show-Gap führt direkt in einen Gender-Pay-Gap. Und on Top: Das Streben nach Gleichstellung wird häufig als ein Kampf zwischen Männern und Frauen missverstanden. Dabei ist längst bekannt: Von echter Gleichstellung profitieren alle – unabhängig vom Geschlecht. Denn das patriarchale System nimmt allen Menschen wichtige Aspekte ihrer Menschlichkeit.

Unter dem Titel »Auf den Spuren Bildender Künstlerinnen« widmete sich der Deutsche Künstlerbund anlässlich

seines 75-jährigen Jubiläums der Wiedegründung nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam mit dem Kunst-Mentoring des Kulturbüros Rheinland-Pfalz mit einem zweijährigen Projekt der ungleichen Situation von Künstlerinnen seit 1950 – und damit einer bis heute wirksamen Schieflage in der Kunstwelt, um sich aktiv für mehr Diversität einzusetzen und einem rückwärtsgewandten Frauenbild entgegenzuwirken. Dabei stand im Künstlerbund die Aufarbeitung der eigenen Geschichte im Fokus, denn lange war er ein männlich dominierter Verband: 1994 lag der Anteil weiblicher Mitglieder bei nur 16 Prozent, und zwischen 1950 und 2016 wurde der Vorsitz nur einmal von einer Frau übernommen.

Ein erster Teil des Vorhabens widmete sich diesen blinden Flecken: Die Kunsthistorikerin Antonia Moldenhauer forschte zu zehn Biografien von Bildenden Künstlerinnen, die Mitglied im Deutschen Künstlerbund waren oder sind. Besonders im Fokus standen die strukturellen und biografischen Gründe, warum Künstlerinnen oft unsichtbar blieben und wie diese Mechanismen bis heute fortwirken. Darüber hinaus wurden sechs Recherchestipendien an

Bildende Künstlerinnen vergeben, um wegweisende Frauenbiografien zu erforschen, und es wurden Museen und Institutionen in Rheinland-Pfalz befragt, um exemplarisch in diesem Bundesland die Präsenz von Künstlerinnen in Sammlungen zu analysieren und Wege für mehr Sichtbarkeit aufzuzeigen.

Ein zweiter Teil des Projektes umfasste Ausstellungen, Artist Talks und Atelierbesuche deutschlandweit. Die zentrale Ausstellung »OUR VOICES. Auf den Spuren Bildender Künstlerinnen«, kuratiert von Almut Hüfler, fand im Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigshafen am Rhein statt. Das kuratorische Konzept stellte Fragen nach dem Verhältnis von Privatem und Politischem. Die Ausstellung thematisierte unter anderem Mutterschaft, Care-Arbeit, Hierarchieverhältnisse und strukturelle Gewalt, sowohl im gesellschaftlichen Kontext als auch im Geschlechterverhältnis und im Umgang mit der Natur.

Das Programm des Ausstellungsraums vom Deutschen Künstlerbund in Berlin widmet sich über einen längeren Zeitraum dem Thema Gleichstellung. Von der Ausstellung »Venus Rebellion« (2025), die sich mit Körper, Geschlecht und der Suche nach einem autonomen

Blick auf das Weibliche auseinandersetzt, bis zur aktuellen Ausstellung von Sonya Schönberger (bis zum 8. März 2026, am Frauentag von 12-18 Uhr geöffnet!), die im Rahmen ihres Projekts »Berliner Zimmer« weibliche Mitglieder des Deutschen Künstlerbundes porträtiert. Den Abschluss macht die Ausstellung »ATLANTINNEN deep dive. measuring.spirit 52°/13°« (19. März bis 2. Juli 2026), bei der anhand der Werke von Künstlerinnen mit der Figur ATLAS topografische, philosophische und gesellschaftskritische Sachverhalte erkundet werden.

Eine Publikation, die sowohl die Rechercheergebnisse des ersten Projektteils als auch die Beiträge der Veranstaltungen und der Ausstellung im Wilhelm-Hack-Museum dokumentiert, bietet einen Beitrag zur Sichtbarkeit künstlerischer Arbeit von Frauen und einen Impuls für eine gerechtere Zukunft in der Kunstwelt. Gerade in der aktuellen gesellschaftlichen Situation ist dies wichtiger denn je und ein Appell, dass wir alle weiter daran arbeiten, Gleichstellung zu der Selbstverständlichkeit zu machen, die sie längst sein sollte.

María Linares und Cornelia Röslér sind Bildende Künstlerinnen und waren von 2022 bis 2025 Vorstandssprecherinnen des Deutschen Künstlerbundes

Erinnerung als kulturelle Aufgabe

Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit an der TU Clausthal

JOACHIM SCHACHTNER

Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus setzte häufig spät ein – oft erst dann, wenn zeitliche Distanz entstanden war, Verantwortliche verstorben waren und eine neue Generation begann, Fragen zu stellen. Hochschulen bilden hier keine Ausnahme. Wenn sie heute von Verantwortung sprechen, ist meist die Zukunft gemeint: Innovation, Transfer, Nachhaltigkeit. Als Präsident der Technischen Universität Clausthal war es mir wichtig, dass institutionelles Erinnern selbst Teil kultureller Verantwortung sein muss. Bei meinem Amtsantritt in Clausthal-Zellerfeld waren die zentralen Fakten zur NS-Vergangenheit der Hochschule bekannt. Die Rektoren der NS-Zeit hatten das Regime aus Überzeugung unterstützt: Max Paschke stieg beispielsweise bis zum Leiter der Fachsparte Eisen und Stahl im Reichsforschungsrat auf, Siegfried Valentiner unterzeichnete das »Bekenntnis der deutschen Professoren zu Adolf Hitler«, Hans Grothe leitete den NS-Dozentenbund. Reden und Schriften waren publiziert, Zeitungen archiviert, Personalakten vorhanden. Doch Zeitzeugen schwiegen – mangels Nachfrage. Die Nachkriegsgeschichte der Hochschule war daher von Auslassungen geprägt: Belastete

wurden geehrt, ohne dass ihre Rolle im Nationalsozialismus thematisiert wurde.

Reden und Schriften waren publiziert, Zeitungen archiviert, Personalakten vorhanden. Doch Zeitzeugen schwiegen – mangels Nachfrage

Diesen Zustand skizzierte Georg Müller, Professor, Mineraloge und ehemaliger Rektor der TU Clausthal, 1995 als jahrzehntelangen blinden Fleck. Er hatte die Quellen ausgewertet und die NS-Vergangenheit der Bergakademie klar benannt. Die Hochschulleitung habe kaum Distanz zum Regime gehalten. Müller zitierte den Rechenschaftsbericht zum Rektoratswechsel 1933, in dem Paschke erklärte: »Unsere liebe Bergakademie, eine von wenigen Hochschulen, die von jeher nur Arier beherbergt, war stets eine fest gefügte nationale Hochburg.« Die Autarkie- und Rüstungspolitik des Regimes machte die Bergakademie zum

»kriegswichtigen Betrieb«. Paschke stellte seine metallurgische Expertise uneingeschränkt in den Dienst der NS-Aufrüstung. Vom Wissen um die Vergangenheit zum gemeinsamen Erinnern bedarf es jedoch weiterer Schritte. Von außen an die TU Clausthal gekommen, traf ich auf eine Universität im Wandel. Anlässlich der Jubiläen – 500 Jahre neuzeitlicher Bergbau und 250 Jahre Bergakademie – sollte die Vergangenheit vertieft untersucht werden: Wie wurde die Hochschule Teil der NS-Kriegswirtschaft? Welche politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen bestanden? Welche personellen und institutionellen Kontinuitäten wirkten in die Nachkriegszeit hinein? Und welchen Anteil hatten sie am fortgesetzten Schweigen? Dieses Schweigen selbst wurde so zum Gegenstand historischer Aufarbeitung. Ich habe daher eine institutionalisierte Erinnerungspraxis angeregt: eine Senatskommission, ein Forschungsprojekt mit einer Historikerin, einen wissenschaftlichen Beirat und den Ausbau des Universitätsarchivs. Dies war kein technokratisches Vorhaben, sondern kulturpolitisch motiviert – und für eine kleine Universität mit begrenzten Ressourcen ein anspruchsvolles Projekt. Im Zuge dieser Arbeit rückten bislang wenig beachtete Aspekte in den Fokus, etwa die Aula Academica, 1927 eingeweiht. Als Zentrum

eines neuen akademischen Forums errichtet, verband sie regionale Handwerkstradition mit moderner Architektur. Verantwortlich war der preußische Regierungsbaumeister Leopold Rother. Sein weiteres Schicksal blieb in Clausthal lange unbeachtet: Als Jude wurde ihm im Nationalsozialismus die Stellung entzogen, er floh ins Exil nach Kolumbien. Währenddessen wandelte sich die Aula zu einem Ort symbolischer Selbstvergewisserung, in dem sich deutschnationales Denken, akademische Repräsentation und staatliche Loyalitätsrituale verbanden. Farbgestaltungen waren früh übermalt

Institutionen können lernen – wenn sie bereit sind, Archive zu öffnen, Zitate auszuhalten und unbequeme Geschichten zu erzählen

worden, ein geschnitztes Professoren-gestühl mit NS-Symbolik dominierte den Raum. Nach 1945 wurden einzelne Symbole entfernt, ohne den Ort historisch zu kontextualisieren.

Die unter meiner Verantwortung realisierte Rekonstruktion der Aula machte diese Schichten sichtbar: Rothers Farbkonzept wurde wiederhergestellt, das Gestühl verkleinert, neu platziert und historisch erläutert. Die Aula präsentiert sich heute nicht als »unschuldiger« Raum, sondern als Ort reflektierter Erinnerung – sichtbar, erklärbar, diskutierbar. Erinnerung ist damit mehr als historische Korrektur. Sie ist kulturelle Praxis und entscheidet darüber, welche Traditionen fortgeschrieben, welche gebrochen und welche neu gelesen werden. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit an der TU Clausthal zeigt: Institutionen können lernen – wenn sie bereit sind, Archive zu öffnen, Zitate auszuhalten und unbequeme Geschichten zu erzählen. Nach meinem Wechsel im Jahr 2022 als Staatssekretär in das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur dauert die historische Forschung zu den NS-Verflechtungen der TU Clausthal durch die Historikerin Nadja Wischmeyer an. Auch im Ministerium haben wir die Auseinandersetzung mit der Geschichte des eigenen Standorts auf den Weg gebracht, aus der ein Erinnerungsort mit Hörstationen hervorging.

Joachim Schachtner ist Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur. Von 2019 bis 2022 war er Präsident der Technischen Universität Clausthal

Berlin ist Ankara

İlker Çatak im Gespräch über seinen neuen Film GELBE BRIEFE

Im Mittelpunkt steht ein Paar, das durch die Willkür eines autoritären politischen Systems unter Druck gerät und sich zwischen seinen Idealen und Anpassung entscheiden muss. GELBE BRIEFE wurde beim Wettbewerb der 76. Internationalen Filmfestspiele Berlin mit dem höchsten Preis, dem Goldenen Bären, ausgezeichnet.

Sophia Blochowicz: Der Film dreht sich um eine Familie, die über Nacht ins Visier des Staates gerät. Woher kam die Idee, diesen Film zu machen?

İlker Çatak: Im Jahr 2019 war ich für einen Film in Istanbul. Ich saß mit Kollegen, die am Theater als Schauspielende tätig waren, in einem Café. Dort haben sie mir zum ersten Mal von den Briefen erzählt. In der Türkei gab es diese sogenannten großen Säuberungen. Zwischen 2015 und 2016 wurden circa zweitausend Kunstschaffende und Akademikerinnen suspendiert und vor Gericht gestellt, weil sie eine Friedenspetition unterzeichnet hatten. Daraufhin verloren sie alle ihre Anstellung. Als ich diese Geschichte hörte, dachte ich, wow, das ist verrückt. Du wirst also entlassen, weil du im Backstagebereich eine Zigarette geraucht hast? Das gibt es doch nicht. Wir haben dann angefangen, dieses Thema zu recherchieren. Wir, das waren meine Frau, unser türkischer Koproduzent und Koautor Enis Köstepen und ich. Plötzlich hatten wir eine Fülle von Material und beschlossen, einen Film über ein Paar zu schreiben, das sich genau über den Druck, den diese neue Situation mit sich bringt, über die folgende Verhandlung ihrer Ideale entzweit.

Eine Besonderheit an dem Film ist die Kulisse. Berlin ist Ankara und Hamburg ist Istanbul. Wie sind Sie darauf gekommen?

Bei meiner Recherche zu diesem Thema konnte ich das Gefühl nicht abschütteln, ein Tourist im eigenen Drehbuch zu sein. Ich bin in Deutschland, genieße hier bestimmte Privilegien und möchte aus meiner privilegierten Situation heraus keinen Film über die Zustände dort machen. Dieses Gefühl, im eigenen Drehbuch fremd zu sein, konnte ich nicht ablegen. Dann hat mein Koautor und Koproduzent Enis Köstepen vorgeschlagen, den Film ins Exil zu schicken, da ja auch viele Türkinnen und Türken mittlerweile im Exil leben. Das hat plötzlich ganz neue Türen geöffnet. Wir haben uns gefragt, welche Geschichte Deutschland mit dem zivilen Tod hat, also dem Zustand, in den man Menschen versetzt, wenn man sie aus der Gesellschaft ausschließen will. Wir haben die Regel aufgestellt, dass wir die Türkei nicht nachstellen, sondern die Orte in Deutschland finden, an denen die Türkei real stattfindet. Sei es nun eine Moschee, ein Marktplatz oder eine Hamburger Fährre, die wirklich eins zu eins wie die Fährren in Istanbul aussieht.

Wie ging es dann weiter?

Dann haben wir uns der Geschichte genähert. Wir hatten den Wunsch, das Problem in Deutschland zu benennen, dass wir uns hier stets sehr wohl und wichtig fühlen, wenn wir die Zustände in anderen Ländern anprangern. Obwohl es genug Probleme gäbe, mit denen wir uns hierzulande auch auseinandersetzen könnten: allen voran die Gefahr von rechts. Wir wollten zeigen, dass das, was in der Türkei passiert, auch hier stattgefunden hat und – wenn wir nicht aufpassen – wieder passieren kann.



Der Goldene Bär, die wichtigste Auszeichnung der Berlinale, ging nach mehr als 20 Jahren erstmals wieder an einen deutschen Film

Was hat es mit dem Titel »GELBE BRIEFE« auf sich?

Im Film kommen die »gelben Briefe« zunächst als willkürliche Kündigungsschreiben daher. Aber später schaffen es die Figuren, aus diesen Briefen, die negativ konnotiert sind, etwas Positives zu machen: sie entwickeln ein Theaterstück mit dem gleichen Namen. Der kurdische Theaterbetreiber sagt, der Titel sei ja schön und gut, aber ob man nicht etwas anderes finden könne. Diese Diskussion hatte ich auch mit meinen Verleihern. Ich möchte, dass der Titel so bleibt, damit die Leute auch wissen, wozu es hier geht. Der Film ist eine politische Auseinandersetzung mit gewissen Themen unserer Zeit. Und es ist gleichzeitig eine Ermutigung, die Frustrationen der Welt durch Kunst in etwas anderes zu transformieren. Mit dem Titel »GELBE BRIEFE« bleiben wir der Seele dieses Films und seiner Initialzündung treu. Deswegen fände ich es schwierig, dem Film einen anderen, vielleicht blumigeren Titel zu geben.

Werden in der Türkei die Kündigungen auch mit gelben Briefen versendet?

Ja, das ist in der Türkei ähnlich. Ich hoffe auch sehr, dass der Film dort läuft. In der Türkei muss jeder Film vom Kultusministerium eine Genehmigung bekommen, um im Kino zu laufen. Diese werden wir demnächst beantragen.

Welche Rolle spielen internationale Kooperationen für das politische Kino?

Ich empfinde das als äußerst bereichernd. Bei diesem Projekt hatten wir zwei türkische Koproduzenten, zwei französische Koproduzentinnen und einen deutschen Hauptproduzenten. Ich fand es großartig, weil wir alle den gleichen Film gesehen haben. Wir konnten uns alle auf die Themen einigen, die darin verhandelt werden und uns gegenseitig um verschiedenen Blickwinkeln ergänzen, unsere Stärken bündeln. Durch unsere

Zusammenarbeit verkörpern wir auch eine europäische Identität.

Was wünschen Sie sich, dass das Publikum mitnimmt?

Ich wünsche mir, dass das Publikum darüber nachdenkt, was es bedeutet, bestimmte Freiheiten zu genießen und sie in Gefahr zu sehen. Das gilt vor allem für das deutsche Publikum, aber auch für alle anderen. Es geht darum, zu sehen, wie die öffentliche politische Auseinandersetzung die Dynamik einer Familie beeinflusst und wie wir in unseren Beziehungen damit umgehen. Über diese Reflexion können wir dann gemeinsam in die Diskussion treten. Ich wünsche mir, dass der Film nicht als Anklage verstanden wird, sondern als Einladung zum Dialog.

Vielen Dank.

İlker Çatak ist Regisseur und Drehbuchautor. Sophia Blochowicz ist Redaktionsassistentin bei Politik & Kultur

FOTO: © RICHARD HUBNER / BERLINALE 2026

Das marokkanische Museumswunder

Die SPK und die Welt (4)

MARION ACKERMANN

Es ist stets bemerkenswert, wenn Objekte aus den Sammlungen und Archiven der SPK ihre Lebendigkeit anschaulich entfalten und, ganz im Sinne der Vision der SPK, »Menschen, Zeiten und Räume« miteinander verbinden. Zuletzt wurde dies in Marokko spürbar, wo wir mit der Fondation Nationale des Musées (FNM) eine strategische Partnerschaft initiiert haben. Den Auftakt bildeten



Workshops mit dem Goethe-Institut Rabat im Rahmen von CoMuse, unserem Kollaborativen Museum, das völlig neue Wege in der transkulturellen Museumsarbeit geht. Dieses international einzigartige Projekt richtet seinen Fokus auf die Zusammenarbeit mit Partnern aus den Regionen, aus denen die Objekte stammen, die das Ethnologische Museum und Museum für Asiatische Kunst bewahren. In diesem Fall ging es um Wachszylinderaufnahmen aus dem Berliner Phonogrammarchiv, einer der weltweit bedeutendsten Sammlungen historischer Tonaufnahmen traditioneller Musik und Teil des UNESCO-Weltdokumentenerbes. Darunter befinden sich auch Aufnahmen von marokkanischer Instrumentalmusik, eingespielt von Kriegsgefangenen während des Ersten Weltkriegs. Um deutsch-marokkanische Beziehungen und transkulturelle Prozesse für verschiedene Publika zugänglich zu machen, arbeiten Teams aus Berlin und Rabat sowie anderen marokkanischen Städten zusammen – und lernen dabei viel voneinander. Themen gibt es genug.

Die Fondation Nationale des Musées ist eine noch junge Stiftung. Sie wurde 2011 gegründet und entwickelt sich rasant. Mehrere Museen befinden sich im Bau, die internationalen Kooperationen weiten sich aus. Und es gibt Parallelen zur SPK und ihren Museen: Auch zur Fondation Nationale des Musées gehören zahlreiche große Häuser mit unterschiedlichen Profilen, darunter das Musée Al Batha des Arts de l’Islam in Fès, das Dar Jamaï (Musée National de la Musique) in Meknès, das Musée Mohammed VI d’art moderne contemporaine in Rabat, das Nationale Museum für Weberei und Teppiche in Marrakech oder das Kasbah Museum der mediterranen Kulturen in Tanger. Derzeit sind 21 Museen für die Öffentlichkeit zugänglich. Zusammen betrachtet spiegeln sie die reiche Vergangenheit Marokkos mit ihren zahlreichen kulturellen und religiösen Verflechtungen und weisen in die Zukunft. Bei meinem Besuch im Januar hatte ich selbst Gelegenheit, einige von ihnen zu besuchen und war begeistert!

In der Königsstadt Fès befindet sich etwa das Musée Al Batha des Arts de l’Islam, das nach einer Restaurierung 2025 wiedereröffnet wurde. In einem prachtvollen ehemaligen Palast präsentiert es eine beeindruckende Sammlung marokkanischen Kunsthandwerks und islamischer Kunst. In Erinnerung wird mir vor allem bleiben, wie selbstverständlich das Museum dabei auch die jüdische Geschichte als integralen Bestandteil marokkanischer Identität und

Handwerkskunst begreift und würdigt. Es sind diese vielfältigen historischen Verflechtungen, die überall herausstechen, besonders auch in der Welterbestätte Chellah in der Hauptstadt Rabat. Jahrtausendlang haben sich hier unterschiedlichste Kulturen und Religionen überlagert: Von der römischen Zeit etwa zeugen Überreste von Tempeln und Thermalbädern; unter der Meriniden-Dynastie wurde Chellah zur königlichen Nekropole und zu einem Ort für die Erhaltung kulturellen und religiösen Erbes.

Marokko blickt, auch aufgrund seiner geografischen Lage, auf eine lange Geschichte als Drehscheibe zwischen Afrika, Europa und der arabischen Welt zurück. An der engsten Stelle der Straße von Gibraltar trennen Marokko und Spanien nicht einmal 15 Kilometer! Der Anspruch Marokkos, diese Rolle als Brückenbauer in Gegenwart und Zukunft noch auszubauen, ist deutlich spürbar.

Sichtbar wird das auch in einem neuen, ambitionierten Großprojekt der Fondation Nationale des Musées. In unmittelbarer Nähe des Musée Mohammed VI d’art moderne et contemporain – eines herausragenden Museums der modernen und zeitgenössischen marokkanischen Kunst – entsteht das ganz neue Musée du Continent, Museum des Kontinents. Es ist ein beeindruckendes Projekt, das in der Neupositionierung Marokkos als Kunstzentrum auf dem afrikanischen Kontinent eine zentrale

Marokko blickt auf eine lange Geschichte als Drehscheibe zwischen Afrika, Europa und der arabischen Welt zurück

Rolle einnehmen könnte. Als Knotenpunkt für Forschung, Restaurierung und Konservierung soll es künftig weit über Rabat hinauswirken. In seinem Anspruch ähnelt es damit dem rund 3.400 Kilometer südöstlich gelegenen Museum of West African Art in Benin City, auf der anderen Seite der Sahara, mit dem die SPK ebenfalls freundschaftliche Beziehungen pflegt. Als Teil dieser Netzwerke nehmen wir nicht nur an globalen Diskursen teil, sondern vertiefen auch unsere Verbindungen zu Kolleginnen und Kollegen weltweit – Beziehungen, die selbst politisch angespannte Situationen überdauern können.

Wie schon gesagt, gibt es zahlreiche Themen für die Zusammenarbeit mit den marokkanischen Museen: Dazu zählen gemeinsame Ausstellungsprojekte, etwa im Bereich der modernen Kunst, ebenso wie ein systematischer Fachaustausch unserer Expertinnen und Experten in verschiedenen Disziplinen. Als erstes Feld drängt sich ein Thema geradezu auf: die vielen museumsspezifischen Herausforderungen in baulichen Fragen an der Schnittstelle von Architektur, Materialwissenschaft und der nachhaltigen Erhaltung von Kunst und Kulturgut. Nicht zuletzt ist mit der aufwendigen Renovierung des Pergamonmuseums auf der Museumsinsel und dem Neubau von berlin modern am Kulturforum auch die SPK eine visionäre Bauherrin.

Marion Ackermann ist Präsidentin der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Von Ost nach West

Eine Verschiebung der Perspektive

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Zwischen den Deutschen in Ost und West herrscht seit der Wiedervereinigung ein merkwürdiges Wechselverhältnis von Anziehung und Abstoßung, von Bewunderung und Verachtung, von Nähe und Distanz. Wobei die Distanz in letzter Zeit wohl größer geworden ist. Nach dem jüngsten Deutschlandmonitor sehen fast 40 Prozent der Ostdeutschen vor allem Nachteile in der Einheit.

Der Theaterkritiker und Schriftsteller Simon Strauss, der in beiden Teilen unseres Landes aufgewachsen ist, stemmt sich dieser Entfremdung entgegen. Der Wunsch nach einer Annäherung an die Lebensverhältnisse und Sichtweisen im Osten war ein wichtiges Motiv für sein neues

Niedergang der Betriebe und ihre manchmal wundersame Rettung; schreibt über die bekannten Konflikte um ein Asylbewerberheim, das zweite im Ort; sieht die bürokratische Hilflosigkeit der Politik und natürlich den großen, den bedrohlichen Elefanten im Raum: die AfD und ihre wachsende Präsenz im täglichen Leben.

Häufig unterscheidet sich seine Nahperspektive gar nicht so sehr von den üblichen Ferndiagnosen. Selbst persönliche Begegnungen überraschen den Leser nicht, wenn sich die Neugier des Besuchers mit Ratlosigkeit mischt. Wie auch im Roman der jungen Schriftstellerin Elsa Koester, deren Heldin Nana sich an den äußersten Rand des Ostens begibt, dem »Land der Wölfe« wie sie es nennt, um in einem fiktiven

»Ost« wird bei Strauss zum »Code-word« des Neuen, des Rebellischen und Unorthodoxen. Er glaubt das Bedeutende im Verborgenen zu



erkennen, das Unscheinbare im Gewöhnlichen. Der Alltag in Prenzlau ist ihm eigentlich schnuppe; es geht vielmehr um eine neue Idee davon; um die »Zeichen einer verschatteten Dimension von Wirklichkeit«, die er aus den Gesten und Nebenbemerkungen der Leute liest. Seine Nahwahrnehmung ist eine romantische,



Blick auf Prenzlau in der Uckermark

Buch »In der Nähe«; wobei Nähe für ihn vor allem eine »ostdeutsche Sehnsucht« ist. Strauss beginnt seine Nahaufnahmen in einer Zeit, in der die Ferndiagnosen über den rätselhaften Osten überhandnehmen, der »Zooblick« von außen, wie er an einer Stelle seines Buches schreibt. Die nächsten Landtagswahlen stehen bevor und der Riss durch das Land könnte noch tiefer werden.

Als Westberliner, der in der Uckermark aufgewachsen ist, im Ausland studiert hat, heute für die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt, schaut er sich seine Landsleute im Osten lieber wieder von nahem an, wobei der Titel seines Buches eine subtile Botschaft enthält. Strauss will nicht »aus« der Nähe beobachten, sondern von innen, was für seine Hoffnung spricht, sich die Innenperspektive der Ostdeutschen auch tatsächlich aneignen zu können. Das ist kein ostalgisches Bedürfnis. Er traut der »Identitätskategorie Ost« viel mehr »gegenwärtige Bewusstseinskraft« zu, als gemeinhin behauptet; er spricht von »ostdeutsch« als »stolzer Selbstbeschreibung« und hört dabei einen Klang heraus, der nach Verwundung klingt, aber auch nach Können. »Könnensbewusstsein« ist ein neues, apartes Wort dafür.

Folgen wir dem Autor nach Prenzlau in die nordbrandenburgische Uckermark, seinem Laboratoriums-Ort für gemeinsame Nähe. Was er dort vorfindet, ist nicht spektakulär. Strauss beschreibt eine kleine Stadt im strukturschwachen Osten, die ihre Verwundungen und Vernarbungen im Angesicht trägt. Es sind die bekannten, oft gehörten Geschichten des Umbruchs, die er wieder erzählt; Beschreibungen einer gesellschaftlich und politischen Disruption, die viele nicht als Aufbruch erlebt haben. Er registriert den

Ort namens Grenzlititz den »rechten Oberbürgermeister« zu verhindern. Ihr Roman zeigt noch deutlicher, wie Zuordnungen und Grenzen verschwimmen, wenn man den Dingen zu nahetritt.

Trotzdem hat mich der Begriff der Nähe fasziniert. Ich hatte die kleinen Beobachtungen am Rande erwartet, die leisen Mauerblümchengeschichten; Beschreibungen vom Verschwinden oder Bewahren, weniger die politischen Fragen der Zeit. Denn die Wende hatte für den, der sie im Osten miterlebte, auch leise, melancholische Töne. Da brach ein System mit dröhnendem Krachen zusammen, aber das Flüstern seiner Bewohner, das blieb. Vielleicht ist es genau das, was den Westen jetzt so erschreckt. Dieser Osten flüstert nicht mehr. Er meldet sich plötzlich lautstark zu Wort. Es ist ein neues gemeinschaftliches Selbstbewusstsein entstanden. Von der Erfindung der Ostdeutschen spricht man jetzt überall.

Die Stimmung in den neuen Ländern ist dadurch nicht besser geworden. Wer aus dem Westen kommt, begegnet einem sehr fremdartig tickenden Land. Was umgekehrt wohl nicht anders ist. Es verhält sich häufig wie mit der bekannten Ethnologenerfahrung. Man sucht nach dem Anderen und findet am Ende sich selbst.

So geht es am Ende wohl auch dem Autor Strauss. Was ich von ihm über Prenzlau und den Osten erfahre, ist keineswegs neu und überrascht mich auch nicht. Dafür muss ich keine Gebrauchsanweisungen lesen. Beeindruckend wird das Buch aber dort, wo ich mehr über den Autor erfahre, über seine Sicht auf den Osten, wo die politische Kultur »gärt« und von wo aus sich unser Land offenbar »besser beobachten lässt als in Schwabing oder auf Sylt«.

man darf auch sagen: eskapistische Sicht auf den Osten. Aber – sie ist es eben nicht nur.

Wer weiß, schreibt Strauss, ob »Deutschlands Schicksal nicht bald unter neuen Vorzeichen steht«. Er betrachtet den dortigen Rechtsruck weniger »im apokalyptischen Licht einer zerstörungswütigen Systemfeindschaft als im Zusammenhang mit einem rachsüchtigen Willen zum Nonkonformismus«. »Famous last words«, möchte man spotten, bevor der Sturm der Entrüsteten über den Autor hereinbricht. Für einen Moment will ich einen Spalt für die Frage öffnen, ob Strauss vielleicht etwas wahrnimmt, was anderen Beobachtern verschlossen blieb. Doch wahrscheinlich ist diese Frage ziemlich vergeblich. Die Fronten sind zu verhärtet. Strauss hat sein Buch gegen einen Westen geschrieben, der partout nicht akzeptieren will, was im Osten gerade passiert.

So sehe ich die Verortung des Geschehens in Prenzlau eher als Lokalkolorit. Prenzlau wird für Strauss vielmehr zum Vermessungspunkt einer neuen Sichtachse, die von Osten nach Westen verläuft. »The savage hits back«, hieß einst ein berühmtes Buch des Kölner Ethnologen Julius Lips, der Deutschland in der Nazizeit verlassen musste. Auch aus dem Osten kommen neuerdings solche Signale. Die Ränder verschieben sich in Richtung des liberalen Kerns unserer Republik. Die Perspektive der Wiedervereinigung kehrt sich um. Unser vereintes Land könnte womöglich doch »östlicher« werden. Simon Strauss ist zum Beobachter, aber vielmehr zum Wahrsager eines schier unglaublichen Vorgangs geworden.

Johann Michael Möller ist Publizist und Ethnologe

FOTO: ADOBE STOCK | HELMUT SCHMIDT

Zusammenarbeit in Kultur und Wissenschaft

Genese der Ausstellung »Gebaute Gemeinschaft«

BARBARA HELWING

Das Vorderasiatische Museum der Staatlichen Museen zu Berlin zeigt in der James-Simon-Galerie die Ausstellung »Gebaute Gemeinschaft. Göbeklitepe, Taş Tepeler und das Leben vor 12.000 Jahren«. Sie erzählt am Beispiel einer Region im Südosten der Türkei rund um den UNESCO-Welterbeort Göbeklitepe von einer der folgenreichsten sozialen Umwälzungen der Geschichte, dem Übergang vom mobilen Leben der Jäger-Sammler-Gruppen zur Sesshaftigkeit. Bis heute bilden die damit verbundenen Innovationen und Konsequenzen die Grundlage menschlicher Zivilisationen: Bauwesen, Landwirtschaft und Viehzucht, daraus folgend Bevölkerungswachstum und Arbeitsteilung, vor allem aber eine neue soziale Ordnung, die das Miteinander unter neuen Bedingungen regelt. Ein symbolisches System schreibt diese neue Ordnung fest und fort. Sie spiegelt sich in monumentalen Bauwerken und eindrucksvollen Bildwerken, die in der Ausstellung zu sehen sind. Die jüngsten Forschungen in Göbeklitepe, vor allem aber auch in weiteren neu entdeckten Fundorten in der Region, haben unser Bild dieser Wendezeit radikal verändert und den Blick von der Art des Wirtschaftens auf das soziale Miteinander gelenkt. So steht der Gedanke der Gemeinschaft, sie zu schaffen und sie zu erhalten, im Mittelpunkt.

Was hier nun klingt wie eine »ganz normale« Ausstellung, ist weit mehr als ein museales Alltagsgeschäft. Seit mehr als einem Jahrzehnt gab es keine Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Deutschland im musealen Bereich. Daran hatte auch die 2011 erfolgte Rückgabe der zweiten Berliner Sphinx aus der hethitischen Hauptstadt Hattuscha – ihr besser erhaltenes Gegenstück war bereits 1924 nach umfangreicher Restaurierung nach Istanbul zurückgekehrt – nichts ändern können. Dass nun 89 originale Objekte aus den brandneuen Ausgrabungen nach Berlin reisen konnten, ist deshalb auch ein wichtiges kulturpolitisches Signal. Eine lang gewachsene Tradition der wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit und der damit verbundenen persönlichen Freundschaften verbindet unsere Länder und schlägt auch Brücken über gelegentliche Unterbrechungen.

Auf dem Gebiet der archäologischen Forschung haben Deutschland und die

Republik Türkei, die sich selbst heute lieber als Türkiye bezeichnet, seit über einem Jahrhundert eng kooperiert. Mit koordinierter archäologischer Forschung, dem Aufbau universitärer Institute und seit fast einem Jahrhundert auch mit der Präsenz des Deutschen Archäologischen Instituts in Istanbul bestehen heute Beziehungen und Infrastrukturen, die dauerhafte wissenschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen und befördern. Die Bedeutung dieser Zusammenarbeit für die Pflege und Festigung der binationalen Beziehungen ist nicht zu unterschätzen.

Die Geschichte forschender Zusammenarbeit

Ein Blick zurück in die Geschichte der Zusammenarbeit in der archäologischen Forschung zeigt einige grundlegende Linien auf. Nach einer ersten Phase beobachten-der und sammelnder Forschungsreisen begannen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die ersten großen Ausgrabungen der Berliner Königlich Preußischen Museen, die damals sogar eine eigene Station in Izmir, später Istanbul unterhielten. Zugleich entwickelte die Osmanische Verwaltung eigene Strukturen für die Denkmalpflege. Ein erstes Antikengesetz wurde 1883 verabschiedet und 1891 öffnete ein Museumsneubau in Istanbul. Doch trotz wachsender Infrastruktur blieb die Beschäftigung mit den Altertümern ein aus dem Westen importiertes Konzept, das höchstens bei der osmanischen Elite auf Interesse stieß.

Dies änderte sich aus zwei Gründen nach dem ersten Weltkrieg mit der Gründung der Republik Türkei 1923 durch Mustafa Kemal Atatürk. Zum einen verlangte die junge, stark nationalistisch ausgerichtete Republik nach einem neuen Herkunftsnarrativ. Atatürks großes Interesse an der Archäologie galt deshalb auch der Suche nach einer umfassenden, auf Anatolien bezogenen Herkunftserzählung. Von diesem Interesse profitierte auch die deutsche Wissenschaft, denn es erlaubte 1924 eine Wiedereröffnung der Außenstelle der Museen. Fünf Jahre später wurde diese Einrichtung zum Ausgangspunkt für die Begründung der neuen Abteilung Istanbul des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI).

Zum anderen bedurften Staatsumbau und Modernisierung einer Fachexpertise, die im Land nicht vorhanden war. Im Rahmen einer Bildungsoffensive wurden

türkische Studenten verschiedener Fächer mit Stipendien nach Europa gesandt, darunter auch die türkischen Archäologen der ersten Generation. Einer der ersten Heimkehrer war nach seiner Promotion in Berlin der klassische Archäologe Arif Müfid Mansel, der ab 1933 Direktor des Museums in Istanbul wurde. Diese erste Generation von Gelehrten blieb Deutschland lebenslang verbunden.

Ab 1933 entstanden mit einer Reform der Universitäten neue Lehrstühle und Abteilungen an der Universität Istanbul. Den Bedarf an Lehrpersonal für die wachsenden Universitäten suchte man mit Personal aus Deutschland zu decken, wo der seit der Machtergreifung der Nazis zunehmende Druck auf die jüdische Bevölkerung viele Menschen ins Exil trieb. Besetzungsvorschläge kamen von der 1933 in der Schweiz gegründeten »Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland«.

Die Mitarbeiter des deutschen Archäologischen Instituts und die exilierten Hochschullehrer hatten einen nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung der Altertumswissenschaften in der Türkei. Sie brachten den in Deutschland etablierten Methodenapparat mit und bauten ein entsprechendes Curriculum auf.

Zu diesen jungen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen gehörte in Istanbul ab 1940 die in Berlin als Tochter einer Diplomatenfamilie geborene und an der Sorbonne promovierte Halet Çambel. Sie wurde 1960 als erste Professorin für türkische Vorgeschichte an die Universität Istanbul berufen. Halet Çambel ist eine Schlüsselfigur für die Entwicklung der archäologischen Forschung in der Türkei, denn ihr Interesse ging weit über die Feldforschung hinaus. Sie setzte sich für die Ausweisung von Natur- und Kulturschutzgebieten sowie für die Bewahrung des immateriellen Kulturerbes ein und initiierte in den 1960er Jahren ein System internationaler Rettungsgrabungen in Stauseegebietten entlang des türkischen Euphrat. Seit 1968 arbeiteten dort türkische, amerikanische, britische, französische, holländische und deutsche Grabungsteams parallel. Diese langjährigen Kooperationen zwischen den internationalen Teams begründeten tragfähige wissenschaftliche Netzwerke. Daraus ging wissenschaftlicher Nachwuchs hervor, der vielfach mit Hilfe des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und anderer Stipendien eine Qualifizierungszeit in Deutschland absolvierte.

Eine lang gewachsene Tradition der wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit und der damit verbundenen persönlichen Freundschaften verbindet unsere Länder und schlägt auch Brücken über gelegentliche Unterbrechungen

Gemeinsame Forschungen zur Sesshaftwerdung

Halet Çambel erforschte zusammen mit Robert J. Braidwood aus Chicago die frühe Sesshaftigkeit, das Thema der Ausstellung »Gebaute Gemeinschaft«. Das Projekt fokussierte auf die wirtschaftlichen Grundlagen der Sesshaftwerdung und führte innovative naturwissenschaftliche Methoden ein. Das Team besuchte 1963 auch erstmals den Göbeklitepe und registrierte ihn als Fundplatz mit reichem Steingeräteinventar. Doch Forschungen begannen erst 1995, nachdem andere Orte die Existenz von monumentalen Sondergebäuden belegt hatten. Göbeklitepe prägt heute, nach dreißig Jahren Forschung und seiner Einschreibung in die UNESCO-Welterbeliste, das Bild der frühen Sesshaftigkeit in der Region. Monumentale Bauwerke, tonnenschwere T-Kopf-Steinpfeiler und Bildreliefs von wilden Tieren sind ikonisch geworden. Im Stadtbild von Şanlıurfa begegnet man T-Pfeilern in allen Größen, vom Blumentopf bis zum Kinderspielplatz, und der Kulturtourismus in der Region wächst stetig. Die Forschung hat mit der Ausweitung auf weitere Fundorte eine neue Intensität erreicht. 2021 initiierte die Generaldirektion für Kulturgüter und Museen des Ministeriums für Kultur und Tourismus das Projekt Taş Tepeler, um diese Aktivitäten zu koordinieren. In dem interdisziplinären Projekt arbeiten Wissenschaftlerinnen aus insgesamt 36 türkischen und internationalen akademischen Institutionen zusammen. Der Name steht, wörtlich übersetzt, für die »Steinhügel«, unter denen sich die Überreste jungsteinzeitlicher Siedlungen und Monumentalbauwerke verbergen.

Gemeinsam Ausstellen

Der Wunsch, die faszinierenden Erkenntnisse der laufenden Forschungen einer breiten Öffentlichkeit in Deutschland nahezubringen, ist über Jahre gewachsen. Göbeklitepe stand in der öffentlichen Wahrnehmung isoliert und Kenntnisse der Vorgängerforschungen blieben auf Fachkreise beschränkt. Dies öffnete populären esoterischen Interpretationen Tür und Tor. Wir wollten eine Ausstellung auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse konzipieren und zugleich die Menschen über die visuelle Wahrnehmung erreichen. Und all das in Berlin, Basis von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an den Universitäten, am Deutschen Archäologischen Institut und in den Museen, und zugleich Heimat zahlreicher Menschen mit Wurzeln in der Region der Taş Tepeler.

Wie aber bringt man ortsfeste Monumente ins Museum? Wir entschieden uns für eine theaterhaft anmutende Inszenierung der Bauwerke und richteten den Blick auf ihre gemeinschaftsstiftende Rolle, von der Errichtung über die Nutzung und ihr Ende – Team Building vor 12.000 Jahren. Die damalige belebte Welt begegnet uns darin in den gefährlich anmutenden Tierskulpturen.

Dass diese gemeinsam deutsch-türkisch kuratierte Ausstellung nun in Berlin zu sehen ist, ist eine Gemeinschaftsleistung. Institutionell ist sie zwischen der Generaldirektion für Kulturgüter und Museen am Ministerium für Kultur und Tourismus der Republik Türkiye, unter deren Dach das Archäologische Museum Şanlıurfa und das Projekt Taş Tepeler versammelt sind, und dem Vorderasiatischen Museum der Staatlichen Museen zu Berlin verortet. Aber getragen wird sie von den persönlichen Netzwerken der Archäologinnen und Archäologen, die seit über hundert Jahren Brücken zwischen unseren beiden Ländern bauen.

Barbara Helwing ist Direktorin des Vorderasiatischen Museums der Staatlichen Museen zu Berlin



Luftbild des neuen Fundorts Karahantepe in der Türkei

FOTO: © KARAHANTEPE AUSGRABUNGSARCHIV

Keine Verzweigung der Deutschen Welle!

Der weltweit tätige Auslandssender muss gestärkt werden

CHRISTIAN HÖPPNER

Die Deutsche Welle (DW) als Deutschlands internationale Informationsanbieterin, die weltweit journalistische Angebote verbreitet – regionalisiert, dialogisch, multimedial – und mit ihren TV-, Online- und Radioangeboten wöchentlich 337 Millionen Nutzer in 32 Sprachen erreicht, sowie zusammen mit der DW-Akademie die Entwicklung freier Medien in mehr als 50 Ländern unterstützt, erlebt eine dramatische Zäsur in ihrer Geschichte. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat ihren Zuschuss für das Jahr 2026 um 10 Millionen Euro auf insgesamt 415 Millionen Euro gekürzt. Dazu kommen fehlende Ausgleichszahlungen für moderate Tarifierhöhungen in Höhe von weiteren 11 Millionen Euro. Das Ergebnis: Ein Kürzungspaket von 21 Millionen Euro, das tief in den gesetzlich verankerten Kernauftrag der DW eingreift. Diese Entwicklung bedroht nicht nur die operative Leistungsfähigkeit des Senders, sondern auch seine grundlegende gesellschaftspolitische Funktion als Brücke zwischen Deutschland und der Welt.

In einer eigens einberufenen Krisensitzung haben der Rundfunkrat und der Verwaltungsrat den detaillierten Umsetzungsplan der Intendantin Barbara Massing einstimmig gebilligt. Der Plan ist die Konsequenz politisch erzwungener Kürzungen und mit gravierenden Einschnitten beim Personal, dem Programm und den Investitionen verbunden.

Der Stellenabbau, rechnerisch sind 160 Vollzeitäquivalente betroffen, soll sozialverträglich umgesetzt werden – ohne betriebsbedingte Kündigungen, stattdessen durch Altersteilzeit, freiwillige Abgänge und natürliche Fluktuation. Die Kürzungen lösen Existenzängste bei den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus, die als Muttersprachler mit ihrem spezialisierten Wissen und kulturellen Erfahrungsschatz wenig Chancen einer anderweitigen Beschäftigung im Medienmarkt haben. Diese soziale Härte findet bisher in der öffentlichen Debatte viel zu wenig Beachtung. Die insgesamt rund 3.700 festen und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hochmotiviert der Deutschen Welle mit Herz und Verstand verbunden sind, bilden das Fundament für den immensen Erfolg der Deutschen Welle, der sich nicht nur an Reichweite und Relevanz messen lässt.

Zu den Kürzungsmaßnahmen gehört die vollständige Einstellung des griechischsprachigen Dienstes nach mehr als 60 Jahren ununterbrochener Ausstrahlung. Dieser Dienst hatte bereits während der griechischen Militärdiktatur und in der Eurokrise als verlässlicher Kanal unabhängiger Berichterstattung gedient und die deutsch-griechischen Beziehungen nachhaltig geprägt.

Weitere Reduktionen betreffen die Budgets für das Portugiesisch-Angebot für Afrika sowie für Dari/Paschtu mit Fokus auf Afghanistan. Die spanischsprachigen TV-Nachrichten verlieren Mittel, wobei Prime-Time-Produktionen priorisiert bleiben. Komplett gestrichen werden mehrere etablierte Formate: das russischsprachige Satiremagazin »Zapovednik« als externe Produktion, das Kunst- und Kulturmagazin »Arts Unveiled«, das Debattenformat »Auf den Punkt« in allen Sprachversionen,

das Wissenschaftsmagazin »Tomorrow Today« auf Portugiesisch mit Schwerpunkt Brasilien, das Umweltmagazin »Eco Africa« auf Portugiesisch sowie das Europa-Magazin »Europeo« in sieben Sprachen. Auch das deutschsprachige journalistische Angebot wird grundlegend umstrukturiert: Es fusioniert mit den Deutschlernkursen, was das verfügbare Budget nahezu halbiert. Das neue hybride Produkt richtet sich an fortgeschrittene Lerner ab Sprachniveau

stehen im Widerspruch zu gesellschaftspolitischen Zielen wie Diversifikation, europäischer Integration und der Stärkung des kulturellen Austauschs.

Diese politisch zu verantwortenden Kürzungen schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Welle in einem global umkämpften Medienraum erheblich. In einer Zeit geopolitischer Verwerfungen und Umbrüche, in der weltweit der Autoritarismus zunimmt, Russland, China und der Iran

der Haushaltsanmeldung der Bundesregierung an das Parlament, noch in dem parlamentarischen Beratungsprozess bis hin zur Bereinigungssitzung, in dessen Verlauf Weimers Amtsvorgänger immer wieder die Gespräche mit den Abgeordneten erfolgreich suchten.

Die Vorstellungen des Kulturstaastransportministers über die Zukunft der Deutschen Welle werden von Gerüchten begleitet und im Rundfunkrat, dessen Mitglied Weimer ist, nicht beantwortet.

eine deutliche Stärkung der DW explizit vorsieht. Es handelt sich bereits um das zweite große Kürzungspaket innerhalb von nur zwei Jahren – nach einem 20-Millionen-Euro-Paket zuvor.

Es liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse unseres Landes und in der Verantwortung von Bundestag sowie Bundesregierung, die Deutsche Welle als Juwel journalistischer Unabhängigkeit und Exzellenz gerade jetzt weiter zu stärken. Dazu braucht es



Die Deutsche Welle steht vor immensen Etatkürzungen

B1/B2 außerhalb der DACH-Region und verbindet unabhängigen Journalismus mit praktischem Orientierungswissen zu Leben und Arbeiten in Deutschland und Europa.

Mehr als ein Drittel der gesamten Einsparungen – also rund sieben Millionen Euro – entfällt auf Bereiche außerhalb des Programmbetriebs: Infrastruktur, Verwaltung, Weiterbildungsmaßnahmen, Veranstaltungen, technische Ausstattung, die Weiterentwicklung digitaler Apps sowie Sanierungsprojekte für Gebäude. Die Einrichtung neuer Auslandspräsenzen wird verzögert, Produktion und Vertrieb weiter rationalisiert. Die DW plant zudem den verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Steigerung der Effizienz.

Gesellschaftlich wirken die Kürzungen tiefgreifend: Reichweite und Relevanz schrumpfen, die jahrelang betriebene Qualitätsoffensive gerät ins Stocken, dringend erforderliche Investitionen in die digitale Transformation werden in die Zukunft verschoben. In einer polarisierten Welt, geprägt von Desinformation, Fake News und hybriden Bedrohungen, verliert Deutschland so an Präsenz und Einfluss.

Die DW fördert nicht nur reine Information, sondern auch kulturelle Teilhabe, Sprachkompetenz und wertebasierte Orientierung. Die Kürzungen

ihre Propagandasender massiv ausbauen, die USA sich De-facto aus dem Auslandsrundfunk zurückziehen, Deutschland und Europa dringender denn je neue Allianzen suchen, ist dieses politische Signal der Verzweigung der »Stimme der Freiheit« kontraproduktiv und fahrlässig.

Die Deutsche Welle ist die Marke der Freiheit, steht für unabhängigen, exzellenten Journalismus, starke Präsenz und KI-Transformation

Leider hat der Beauftragte für Kultur und Medien beim Bundeskanzler, Kulturstatsminister Wolfram Weimer, seit seinem Amtsantritt kein Engagement für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Deutschen Welle erkennen lassen, sodass der Eindruck entstehen könnte, dass der größte Einzelposten im Haushalt des BKM zum Steinbruch anderweitiger Finanzierungswünsche mutiert sei. Die Prioritäten werden bei einem erfreulich gestiegenen Gesamtetat der BKM offenkundig nicht zu Gunsten der Deutschen Welle gesetzt, weder bei

In dieser Gemengelage taucht die alte Idee einer Verlagerung der Ressortzuständigkeit in das Auswärtige Amt wieder auf, die auf Sicht eine zu diskutierende Option sein könnte.

Die Deutsche Welle ist die Marke der Freiheit, steht für unabhängigen, exzellenten Journalismus, starke Präsenz und KI-Transformation. Zur DNA der Deutschen Welle gehört der Muttersprachler-Journalismus, mit dem sich ein Höchstmaß an Authentizität und Glaubwürdigkeit verbindet. Im weltweiten Medienwettbewerb muss diese unabhängige Stimme gestärkt werden. Die Deutsche Welle ist kein Instrument der Sicherheitspolitik, doch sie leistet einen essenziellen Beitrag zur Soft Power. Sie gewinnt strategische Partner, konterkariert gezielte Desinformationskampagnen und stärkt die Werte eines regelbasierten, dem Völkerrecht verpflichteten Zusammenlebens. In eigener Verantwortung hebt die Deutsche Welle bereits Synergien durch die Zusammenarbeit mit anderen Sendern. Das ist aber jeweils eine strategische und journalistische Entscheidung, die von der Intendantin und den Gremien verantwortet werden muss und nicht staatlich verordnet werden darf.

Die aktuelle Kürzung steht in direktem Widerspruch zum Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD, der

spätestens mit dem Eckwertebeschluss des Bundeskabinetts im März 2026, sowie der Positionierung der Fraktionspitzen der Regierungsparteien ein eindeutiges Signal für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Deutschen Welle. Sollten diese belastbaren Signale politischer Willensbekundung nicht erfolgen, muss mit der Umsetzung des Kürzungsplans im März begonnen werden. Die Bereinigungssitzung im November und den nachfolgenden Beschluss des Deutschen Bundestages für den Haushalt 2027 abzuwarten, würde die Problemlage unverantwortlich verschärfen.

Deshalb braucht es nicht nur die vollständige Deckung der Tarifierhöhungen ab diesem Jahr, sondern auch einen spürbaren Zuwachs für die Erhaltung der Programmvietfalt, die Weiterentwicklung digitaler Angebote und den Personalbedarf.

In Bezug auf die investierten Steuermittel erzielt die DW ein Vielfaches an Reichweite und Relevanz. Eine Verzweigung wäre geopolitisch fatal und gesellschaftlich unverantwortlich.

Christian Höppner ist Präsident des Deutschen Kulturrates, Mitglied im Rundfunkrat der Deutschen Welle, Vorsitzender des Programmausschusses und Haushaltsberichterstatter für den Rundfunkrat



Das Kinojahr 2025 war überraschend erfolgreich

Kinoreifer Kompromiss

Neuer Gesetzentwurf für die Filmproduktion

HELMUT HARTUNG

Die Auftragsrückgänge und Klagen der deutschen Filmproduzenten sowie deren Ruf nach mehr Förderung waren durchaus ein Grund, sich auch Sorge um die Kinos und den deutschen Marktanteil zu machen. Doch alles in allem ist die Entwicklung 2025 positiver verlaufen, als Mitte des Jahres befürchtet. Das jedenfalls belegen Zahlen, die die Filmförderanstalt (FFA) kurz vor der Berlinale publizierte. Mit 91,9 Millionen Euro verkauften Tickets und 924 Millionen Euro Umsatz war das Kinojahr 2025 stärker als 2024. Der deutsche Marktanteil liegt bei 27,4 Prozent und damit 6,8 Prozentpunkte über dem des Vorjahrs. Für deutsche Filme wurden 24,3 Millionen Tickets verkauft, ein Plus von 37,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. »Deutsche Filme hatten 2025 einen Marktanteil von 27,4 Prozent – der höchste Wert in den letzten 5 Jahren«, so Peter Dinges, Vorstand der FFA. »Einen großen Anteil daran hatte natürlich ›Das Kanu des Manitu‹, mit dem erstmals seit 2017 wieder eine heimische Produktion an der Spitze der Kinocharts gestanden hat. Aber mit ›Die Schule der magischen Tiere 4‹ steht ein weiterer hiesiger Titel in den Top 10, und besonders im 2. Halbjahr zeigt sich der deutsche Film unglaublich vielfältig: Fortsetzungen, Komödien, Familienfilme, BookTok-Verfilmungen und anspruchsvolle Arthouse- und Festivalerfolge haben ein breites Publikum gefunden – und 2025 zu dem Jahr gemacht, in dem deutsche Filme die Kinobilanz gerettet haben.«

Diese gute Bilanz überdeckt das Gerangel zwischen Bundesministerien, den Ländern, den Lobbyverbänden der Filmwirtschaft sowie privaten und öffentlich-rechtlichen Streamern um eine Aufstockung der Filmförderung in Deutschland. Seit 2022 gibt es Pläne für ein sogenanntes steuerliches Anreizmodell sowie Investitionsabgaben von Plattformen wie Netflix oder Amazon, RTL Plus oder der ARD-Mediathek. Doch während Bund und Länder stritten und sich an der Unterstützung für die Filmbranche nichts Grundsätzliches änderte, schufen andere Länder Fakten. Deutsche Produzenten drehten zunehmend im Ausland, darunter auch zahlreiche Auftragswerke für ARD und ZDF. Zudem waren heimische Studios und Dienstleister immer weniger gefragt. Die schwarz-rote Bundesregierung versprach, angesichts des Krisenszenarios schnell zu handeln. Der erste Schritt bestand in einer nahezu Verdoppelung der Zuschüsse aus Bundesmitteln von 130 Millionen Euro auf 250 Millionen Euro. Dafür wurde auf ein steuerliches Anreizmodell verzichtet, weil bei den Verhandlungen mit den Ländern, die einen Teil der Steuerverluste tragen sollten, kein Ende abzusehen war. Allerdings wurden die zusätzlichen 120 Millionen Euro durch das Bundesfinanzministerium so lange blockiert, bis Kulturstatsminister Wolfram Weimer ein Gesetz vorlegt, das

die Abgabepflicht für Streamingplattformen umsetzt.

Trat Weimer anfangs für ein solches Gesetz ein und sagte zu, bis zum Sommer vergangenen Jahres einen Entwurf vorzulegen, änderte er nach Gesprächen mit öffentlich-rechtlichen und privaten Streaminganbietern seine Meinung und plädierte nachdrücklich für eine Selbstverpflichtung.

In einem Konzept vom 1. Dezember 2025 heißt es zur Begründung: »Als Ergebnis einer Vielzahl an individuellen Gesprächen mit den durch ein etwaiges Investitionsverpflichtungsgesetz betroffenen Akteuren – Streaminganbieter und Sender sowie Produzentinnen und Produzenten – kann festgestellt werden, dass die wesentlichen Effekte einer gesetzlichen Investitionsverpflichtung auch durch eine freiwillige Selbstverpflichtung der Marktteilnehmer erzielt werden können – und dies schneller, effizienter und mit geringerem bürokratischem Aufwand für Verwaltung und Unternehmen. Im verfassungsrechtlichen Sinne bestünden somit ohnehin Zweifel an der Erforderlichkeit einer gesetzlichen Regelung; ein freiwilliges Bekenntnis zu Investitionen in den deutschen Markt unter Berücksichtigung leitender Kriterien ist damit gegenüber einem gesetzlichen Eingriff in den marktwirtschaftlichen Wettbewerb das deutlich verhältnismäßigere Mittel. Sämtliche potenziell von einem Gesetz betroffenen Unternehmen und Sendeanstalten haben inzwischen angeboten, ihr künftiges Engagement in entsprechenden individuellen Erklärungen gegenüber dem BKM schriftlich zu bestätigen und ihr Investitionsverhalten der nächsten Jahre einer Evaluierung durch die Filmförderungsanstalt zu öffnen.«

Insgesamt ging Weimer von freiwilligen Investitionsverpflichtungen und Investitionen in Höhe von rund 15 Milliarden Euro innerhalb von fünf Jahren aus. Auch in den vergangenen Wochen bekräftigte er freiwillige Selbstverpflichtungen anstelle eines Gesetzes, mehrfach: »Die internationalen Aufträge kommen gerade zurück. Diese positive Dynamik dürfen wir jetzt nicht kaputt machen, schon gar nicht für eine gesetzliche Regelung. Ich stelle mich gegen zusätzliche Bürokratie und neue gesetzliche Auflagen. Das schadet unserer Wirtschaft.« Mehrere Gespräche zwischen Weimer und dem Bundesfinanzministerium, zwischen CDU/CSU und SPD erbrachten keinen Kompromiss. Im Gegenteil beharrten die Sozialdemokraten auf einem Gesetz, und ihr Finanzminister gab die eingeplanten 120 Millionen Fördergelder nicht frei.

Während es Anfang Februar noch so aussah, als würde der Produzententag in diesem Jahr ohne eine Rede des für die Branche zuständigen Ministers und voller Sorgenfalten bei den Beteiligten über die Bühne gehen, nutzten zwei Bundestagsabgeordnete eine Reise in die »Hochburg des Bösen«, nach Los Angeles. Anja Weisgerber von der CSU und Wiebke Esdar von der SPD erdachten in den Tagen zwischen den Studiobesuchen einen Kompromiss, der das Wohlwollen beider Seiten fand. Der Ausbau der

Filmförderung in Deutschland wird per Gesetz geregelt, das eine moderate Abgabeverpflichtung von acht Prozent des Nettoumsatzes in Deutschland vorsehen soll. Eine Investitionsverpflichtung mit Öffnungsklauseln kann sicherstellen, dass Streamingdienstanbieter und Sender einen ihrer Marktstärke entsprechenden Beitrag zur Finanzierung deutscher und europäischer Produktionen leisten und so mehr private Mittel in den Produktionsstandort Deutschland fließen. Sollten sich Streaminganbieter zu Investitionen von mindestens 12 Prozent verpflichten, können sie sich mittels einer Opt-out-Option beim Rechterückbehalt oder auch den Quoten für verschiedene Produktionsbereiche freikaufen. Es besteht damit die Hoffnung, so die von Weimer avisierten Investitionen von rund 15 Milliarden Euro zu übertreffen. Allerdings, darauf haben mehrere Verbände hingewiesen, müssen einer solchen Branchenvereinbarung das BKM oder die Filmförderanstalt (FFA) beziehungsweise die Produzenten oder Sender zustimmen.

Der Entwurf sieht vor, dass 60 Prozent in Investitionen für die Herstellung neuer europäischer audiovisueller Werke, 80 Prozent in original deutschsprachige Werke bzw. in Werke mit deutscher kultureller Prägung und 70 Prozent in Werke unabhängiger Produzenten fließen müssen. Auch eine Quote für Kinofilme ist vorgesehen. Für Produktionen in Deutschland ist ein besonderer Anreiz geplant, wenn er europarechtlich zulässig wäre. Zu den wichtigsten Forderungen der Produzenten gehört ein Rechtevorbekalt. Auch dieser soll im Gesetz festgeschrieben werden. Die Frist orientiert sich an den Finanzierungsanteilen und liegt zwischen drei und sieben Jahren, nach denen die Produzenten ihre Werke selbst vermarkten können. Bei Nichterfüllung der Vorgaben sind keine automatischen finanziellen Sanktionen geplant. Sondern diese sollen im Ermessen von BKM in Abstimmung mit der FFA liegen und unternehmensbezogene oder übergeordnete Umstände berücksichtigen.

Bei seiner Rede zum Produzententag am 12. Februar hat der Kulturstatsminister sein Umschwenken auch mit einer Forderung an die Produzenten verbunden. Sie sollten die Chancen, die sich durch mehr Geld ergäben, auch nutzen, Kreativität entfalten und den Wettbewerb annehmen. Sie müssten jetzt »richtig« in Technologie, in Kreativität, in Produktion investieren, sagte Weimer. Wenn sie »diesen Tanz« mit den großen Plattformen bestehen wollten, sei es notwendig »neue Größenordnungen« zu schaffen.

Wann der Gesetzesentwurf vorliegt, er im Bundestag beschlossen wird und die neuen Fördermittel freigegeben werden, steht noch nicht fest. Frühestens ist wohl nach der Sommerpause des Parlaments damit zu rechnen. Ebenso ist unklar, ab wann die Streamer ihren Abgabeverpflichtungen nachkommen. Möglicherweise werden sie klagen, die öffentlich-rechtlichen Sender eingeschlossen, und das kann dauern.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

TV im Transformationsmodus

Neue Formen für das Bewegtbild

ÇİĞDEM UZUNOĞLU

Wir hatten zuletzt viel Besuch im Grimme-Institut, im Herbst und rund um die Jahreswende waren die Nominierungskommissionen zu Gast, Anfang Februar die Jurys für den Grimme-Preis. Unabhängig von Entwicklungen in einzelnen Kategorien – wie Info und Kultur, Fiktion oder Unterhaltung – waren bei den Gesprächen auf den Fluren oder beim Essen die Veränderungen in unseren Medienlandschaften ein vielfach strapaziertes, übergreifendes Thema: die Stärke des Linear-TV und gleichzeitig dessen Transformation durch das Streaming.



Grimme-Preis-prämierte Formate wie die »heute show« zeigen exemplarisch die Veränderung: Ein erheblicher Teil der Nutzung erfolgt hier inzwischen durch die Mediathek, also »on demand«, auch wenn der linear konsumierte Anteil unverzichtbar bleibt. Auch das gerade zu Ende gegangene »Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!« (IBES) gehörte zu den meistgenutzten Inhalten auf RTL+. Aber auch hier gilt: Ohne wöchentliche TV-Ausstrahlung würden viele Reality-Formate nicht die Reichweite erzielen, die sie haben – ob man sie mag oder nicht.

Aber: Erreichten große Sender – wie ARD, ZDF, RTL oder auch andere – noch vor wenigen Jahren regelmäßig über zwei Millionen der 14- bis 49-Jährigen, gelten solche Werte heute als Ausnahme und Quotenhit. Hier verändern sich die Reichweiten des einstigen Leit- und Massenmediums massiv.

Gleichzeitig gibt es Inhalte, die fast ausschließlich live funktionieren, wie etwa Sportübertragungen und große Shows. So verzeichnen Anbieter wie Sky deutliche Reichweitensteigerungen bei Fußball-Bundesliga-Übertragungen – mehrheitlich im linearen Live-TV. Auch DAZN bestätigt, dass große Sportereignisse weiterhin »Lagerfeuermomente« schaffen und sich einer starken linearen Nutzung erfreuen, weiß etwa das Medienmagazin DWDL.

Stichwort Lagerfeuer: Mit dem verkündeten Einstieg des US-Streamingdiensts Paramount+, eigentlich eher ein Spielfilm- und Serienanbieter, der für geschätzte 1,2 Milliarden Euro die TV-Rechte der Champions League erworben hat – ab 2027 für vier Jahre –, werden die Lagerfeuer im Sport vermutlich eher zu noch mehr »Lagerfeuerchen«.

Der Markt fragmentiert zusehends und Zuschauerinnen und Zuschauer

müssen immer tiefer in die Tasche greifen, wenn sie alle Wettbewerbe sehen wollen. Parallel erlebt lineares Fernsehen – im Streaming-Bereich – eine Art Renaissance durch FAST-Channels (Free Ad-Supported Streaming TV): Anbieter wie Samsung TV Plus, Pluto TV, Joyn oder auch DAZN setzen zunehmend auf lineare Streams, die rund um die Uhr kuratierte Inhalte anbieten, damit täglich Hunderttausende erreichen und immer wieder Werbeeinblendungen zeigen. Ihr Empfang ist daher kostenfrei oder zumindest kostengünstig – eine Alternative zum kosten trächtigen, weil zersplitterten Abo-Markt. FAST-Kanäle bedienen dabei sowohl Nischen als auch breite Interessen, digital ist beides möglich. Deutlich wird: Viele Menschen schalten nach wie vor gerne ein vorgegebenes Programm ein, statt ständig selbst entscheiden zu müssen, was sie sehen möchten.

Empirisch lässt sich das belegen: Innerhalb des Medienzeitbudgets 2024 bleibt Bewegtbild die beliebteste Mediennutzungsart in Deutschland. Sie umfasst hochgerechnet 5 Stunden und 25 Minuten pro Tag, wobei der Löwenanteil nach wie vor von der Fernsehnutzung mit über 3 Stunden bzw. 188 Minuten täglich stammt, so die VAUNET-Mediennutzungsanalyse.

Und die jungen Zielgruppen? Die Ende 2025 erschiene JIM-Studie unter 12- bis 19-jährigen Mediennutzerinnen und -nutzern stellt – wenig überraschend – einen markant gesunkenen Wert für die Fernsehnutzung fest. Nichtsdestotrotz schaut immer noch die Hälfte regelmäßig TV, so die JIM-Studie. Fernsehen meint hier das Schauen des laufenden Fernsehprogramms – egal ob an einem Fernsehgerät, per Livestream über das Internet oder über einen anderen Weg.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Das lineare Fernsehen ist und bleibt ein fester Bestandteil der Medienlandschaft – gerade für Live-Sport, große Shows, regelmäßige TV-Rituale und zunehmend auch für FAST-Kanäle, die den Komfort des klassischen Fernsehens mit der Vielfalt digitaler Angebote verbinden. Linear-TV ist also noch lange kein Auslaufmodell – und verändert sich doch massiv.

Und wenn ich auf die Nominierungen des Grimme-Preises schaue, oder auch auf die Preisträger, die am 12. März bekanntgegeben werden, hoffe ich natürlich, dass dadurch auch die eine oder andere herausragende Produktion mehr Zuschauerinnen und Zuschauer findet und sich am Ende Qualität und Quote hier die Hand geben – egal ob linear oder »on demand«.

Çiğdem Uzunoglu ist Direktorin des Grimme-Instituts

FOTO: UNSPLASH / ALIA RAILIAN

Diplomat mit klarer Ansage

Über die Arbeit des Antisemitismusbeauftragten Felix Klein

ANDREAS KOLB

Felix Klein ist der erste »Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus«. Sein Amt gibt es noch nicht lange, erstmals im Januar 2018 wurde in einer Bundestagsresolution ausdrücklich von der Bundesregierung gefordert, einen Beauftragten für dieses Thema zu berufen.

Diese Forderung griff die Regierung Merkel auf. »Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat mich für das Amt vorgeschlagen«, erläutert Klein, »und ich habe das gerne zugesagt. Ich hatte allerdings zwei Bedingungen, die mir dann auch gewährt wurden. Erstens: die Möglichkeit, meine Pressearbeit unabhängig und eigenständig gestalten zu können, und zweitens legte ich Wert darauf, nicht in die Hierarchie des Ministeriums eingebunden zu sein. Denn ich muss im Zweifel auch die Bundesregierung kritisieren können. Oder bei Bedarf an Hierarchien vorbei Sachen anstoßen. Das ist mir vom seinerzeit amtierenden Innenminister Seehofer tatsächlich bewilligt worden.« Kleins Agenda kurz zusammengefasst: die Ressort-Koordinierung der Bundesregierung vornehmen, Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen, Öffentlichkeitsarbeit machen und Ansprechperson sein für jüdische Organisationen.

Der 1968 in Darmstadt geborene deutsche Jurist und Diplomat stammt aus einer Familie von Siebenbürger Sachsen aus Sibiu (Hermannstadt). Zu seinen Vorfahren gehören evangelische Pfarrer. Felix Kleins Vater, Hans Klein, in den 1950er Jahren Geiger im Philharmonischen Orchester in Hermannstadt, siedelte 1956 nach Deutschland über und lebte mit seiner Familie seit 1967 in Darmstadt.

In der Karriereplanung nahm sich sein Sohn Felix ein Beispiel am Vater, der sechs oder sieben Jahre Berufsgeiger war, dann aber umsattelte, Mineralogie studierte und in die chemische Industrie ging. Seine Geige gab er später an seinen Sohn Felix weiter, der sich trotz entsprechender Begabung ebenfalls nicht für die Laufbahn als Musiker entschied, sondern für ein Jurastudium. Dennoch spielt Felix Klein bis heute im Streichquartett und im Klaviertrio: »Das ist eine unheimliche



Felix Klein

FOTO: BUNDES FOTO / HENNING SCHACHT

Erfüllung, auch weil zu meinem Tätigkeitsbereich unter anderem das jüdische Leben gehört und Musikschaffen. Ich habe mit jüdischem Hintergrund unsere Musikkultur unheimlich bereichert haben. Für mich stellt Musik eine große Quelle für Ausgleich und Kraftschöpfung dar.«

Obwohl in Deutschland geboren, hat Klein bis heute enge Beziehungen zu Siebenbürgen. »Das ist wirklich toll zu sehen, wie sich auch Siebenbürgen positiv entwickelt hat, insbesondere nach dem EU-Beitritt Rumäniens. Neue repressive Maßnahmen Ceausescus hat unsere Familie damals immer mit großer Sorge zur Kenntnis genommen. Wir haben uns jedes Mal gefragt: Was bedeutet das jetzt für die deutsche Minderheit? Was bedeutet das für unsere Familienangehörigen? Diese Erfahrungen machen Juden und Jüdinnen auch. Und das hat mir geholfen, im Verständnis und in der Einarbeitung in mein Amt.«

Dass Felix Klein weder Pfarrer noch Geiger und auch nicht Wissenschaftler wurde, wie es bei seinem familiären Background vielleicht nahegelegen hätte, sondern Jurist und Diplomat, lag nicht zuletzt am Einfluss des

United World College in Duino/Italien, das er die beiden letzten Jahre bis zum Abitur besuchte. Es ist eines von 18 United World Colleges, einer Bildungsbewegung, der derzeit 18 internationale Schulen angehören, an denen Schüler aus über 120 Ländern koedukativ für zwei Jahre gemeinsam lernen und zusammenleben. »In so einer internationalen Schule ist man als Deutscher immer ein bisschen auch Vertreter seines Landes«, erinnert sich Klein. »Wir kamen aus über 80 Nationen und mussten in Duino alle zusammen lernen.« Hier wurde auch der Grundstein für Kleins Sprachkompetenz gelegt. Neben Deutsch spricht er Französisch, Englisch, Italienisch und Spanisch. Die besondere Erfahrung einer internationalen Schule weckte aber auch sein Interesse für den Beruf des Diplomaten.

Von seinem Jurastudium profitierte er bis heute, meint Klein, denn »wenn man für die Bundesregierung arbeitet, sind juristische Einordnungen von Vorgängen unumgänglich. Ich habe nach dem Jurastudium in Deutschland noch ein Jahr in London studiert, Völkerrecht, und habe mich von da an systematisch auf die Diplomatenschule vorbereitet. Ich bin in der glücklichen Lage, dass ich

in meinem Leben nur eine einzige Bewerbung abschicken musste, nämlich die zur Diplomatenschule, und die hat dann auch gleich geklappt.«

Felix Klein begann seine Karriere im Auswärtigen Amt in Bonn als Referent für die Beziehungen zu den südamerikanischen Ländern Peru, Bolivien und Ecuador. Anschließend war er auf Auslandsstationen als Rechts- und Konsularreferent in Jaunde/Kamerun sowie als stellvertretender Generalkonsul in Mailand tätig. 2001 promovierte er mit der Arbeit »Eherecht und Ehwirklichkeit in Kamerun« an der Universität St. Gallen zum Dr. iur. Seit 2007 arbeitete er im Außenministerium.

Wird Klein darauf angesprochen, wie sich die sieben Jahre als Antisemitismusbeauftragter auf sein Leben ausgewirkt haben, wird er nachdenklich: »Es hat sich trotz meiner und der Aktivitäten der gesamten Bundesregierung leider die Gesamtsituation in Politik und Gesellschaft bezüglich des Themas Antisemitismus verschlechtert. Das liegt vor allem an Faktoren, die wir nicht selbst in der Hand haben. Ich denke da insbesondere an den Terroranschlag auf Israel vom 7. Oktober 2023. Das war einer der schlimmsten Tage in der Geschichte Israels.

Klein hat positiv erfahren, dass auch dank seiner Aktivitäten unsere Gesellschaft heute besser in der Lage ist als früher, systematischer und systemischer mit antisemitischen Vorfällen umzugehen. Konkret heißt das: »Ich habe mehrere Gesetzesinitiativen in den letzten Jahren erfolgreich auf den Weg gebracht, unter anderem ist es nunmehr ein Straftatbestand, Fahnen eines anderen Landes zu verbrennen. Auch sind bundesweit Antisemitismusbeauftragte an den Staatsanwaltschaften berufen worden. Wir müssen Antisemitismus bekämpfen, nicht nur im Interesse der jüdischen Gemeinschaft, sondern im Interesse unserer demokratischen Gesellschaft. Wir haben da überhaupt keine Alternative.«

Gerade vor dem Hintergrund der Zunahme der Straftaten nach dem 7. Oktober ist Felix Klein in der breiteren Öffentlichkeit vor allem als Antisemitismusbeauftragter bekannt und nicht so sehr als Beauftragter für jüdisches Leben. »Zuerst muss die Community geschützt werden«, betont er, »sie muss sicher leben können. Das ist der Pflichten, darauf zu achten, dass der Staat dafür sorgt, dass jüdische Einrichtungen geschützt werden, dass der Verfassungsschutz gut funktioniert, dass die Polizei gut aufgestellt ist. Der schönste Teil meines Jobs ist natürlich der gestalterische und ideelle: jüdisches Leben

sichtbarer zu machen, Kulturprogramme vorzuschlagen, Ausstellungsprojekte mitzubegleiten. Ich habe nur wenig an Fördermitteln, aber ich kann doch Vieles vermitteln. Ich bin froh, dass trotz ihrer Bedrohung die jüdische Gemeinschaft, gerade weil sie so resilient ist, sich nicht entmutigen lässt, und dass es weiterhin viele Kulturtage gibt und alle möglichen interreligiösen Projekte weiterlaufen. Das sollte natürlich die Bundesregierung und die Öffentlichkeit sehr positiv begleiten.«

Kürzlich gab es die Meldung, dass sich immer mehr jüdische US-Bürger um die deutsche Staatsbürgerschaft bemühen. »Mit die bewegendste Situation in den sieben Jahren meiner Amtszeit war«, sagt Klein, »dass ich am Generalkonsulat New York einem Termin beiwohnen durfte, bei dem Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft bekamen. Der Ansturm, man kann es wirklich gar nicht anders sagen, von Juden weltweit auf die deutsche Staatsangehörigkeit ist wirklich ein tolles Zeichen.«

Ich bin froh, dass trotz ihrer Bedrohung die jüdische Gemeinschaft, gerade weil sie so resilient ist, sich nicht entmutigen lässt

In seiner Sitzung vom 11. Februar 2026, also kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe, hat das Bundeskabinett entschieden, Felix Klein zum Sommer dieses Jahres die Leitung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris zu übertragen.

In einer Pressemitteilung äußert sich Klein: »Verantwortung und Aufgabe bleiben groß. Doch dazu beitragen zu können, den Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland wirksamer zu gestalten, insbesondere durch die Schaffung von Strukturen und die Bündelung von Kräften, war mir eine Freude und eine Ehre. Bis zu meinem Abschied werde ich mich meinem jetzigen Amt auch weiter jeden Tag mit voller Kraft und persönlichem Einsatz widmen.«

Über seine Nachfolge ist derzeit noch nicht entschieden.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Schlechte Texte

Das Feindbild der AfD sind Kultur und Kirchen

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Es ist höchste Zeit, schlechte Texte zu lesen. Zum Beispiel den Entwurf eines Regierungsprogramms des AfD-Landesverbands Sachsen-Anhalt. Auf dem Parteitag am 11. und 12. April soll es in Magdeburg verabschiedet werden. Hier kann man erfahren, was diesem Bundesland (und nicht nur diesem) droht, sollte die AfD die Mehrheit erhalten. Besonders Kirchen- und Kulturlaute sollten sich informieren, denn sie sind für die AfD gleichermaßen feindliche Zielobjekte. Für mich sind nach der – zugegeben, nicht leicht zu ertragenden – Lektüre drei Aspekte besonders wichtig.

1. Die Brandmauer heißt AfD

In rechten Medien und am Rand der CDU/CSU wird dafür geworben, die

Distanz zur AfD aufzugeben. Man hofft auf eine Mehrheit rechts der Mitte, die unliebsame Kompromisse unnötig macht. Doch wer dieses Programm liest, begegnet einer unbedingten Feindseligkeit allen demokratischen Parteien gegenüber. Die Haltung der AfD ist auf Verachtung und Angriffswut gestimmt. Respekt vor politischen Mitbewerbern und anderen Positionen, Bereitschaft zum Kompromiss, Interesse an Zusammenarbeit und gemeinsamer Lösungssuche gibt es hier nicht, nur die radikale Entschlossenheit, einen anderen Staat zu errichten. Zu den angefeindeten »Altparteien« (zur Erinnerung: die Nationalsozialisten sprachen von »Systemparteien«) gehören natürlich auch CDU/CSU. Wer dort also von einer Zusammenarbeit mit der AfD träumt, sollte schnell aufwachen.

2. Die AfD ist demagogisch

Das Regierungsprogramm ist nicht explizit rassistisch oder nationalsozialistisch. Es ist demagogisch. Demagogie ist eine Flucht vor der Wirklichkeit. Sie greift reale Problem auf, um dann die Aufmerksamkeit von der tatsächlichen Gegenwart weg- und auf eine imaginierte Vergangenheit auszurichten. So beginnt das Programm mit der Demografie. Diese ist ein echtes Problem. Reist man durch Sachsen-Anhalt (oder andere Gegenden Deutschlands), erschrickt man nicht selten über eine drückende Menschenleere. Doch will die AfD dieses Problem im Ernst angehen und nachhaltig lösen? Dann müsste sie mehr vorschlagen als ein bisschen Geld hier und da. Das aber kann sie nicht. Um den Widerspruch zwischen eigener Problemwahrnehmung und -lösung zu überbrücken, flieht die AfD vor der Wirklichkeit und propagiert den Retro-Traum einer Familienidylle und einer ethnischen Homogenität, die es beides früher so nicht gegeben hat. Demagogische Träume funktionieren nur mit Hilfe

von Feindbildern. Deshalb fantasiert das Programm von einer übermächtigen Regenbogenkoalition, die Homo- und Transsexualität propagiert, um die deutsche Familie zu zerstören. Das andere Feindbild ist das Schreckbild einer feindlichen Masseneinwanderung. Auch hier setzt die AfD bei einem realen Thema an: Deutschland ist ein Einwanderungsland, und Zuwanderung bewirkt neben Gutem auch Schlechtes. Doch die obsessive Fokussierung auf die Probleme führt zu einer Haltung der Fremdenfeindlichkeit, die man gewalttätig finden kann.

3. Für die AfD ist Politik gleichbedeutend mit Kulturkampf

Neben den demokratischen Parteien hat die AfD zwei Hauptfeinde ausgemacht: die Kunst und Kultur der Gegenwart sowie die evangelische und katholische Kirche. Ihnen wirft sie vor, einer nationalistischen Identitätsbildung entgegenzuarbeiten. Darin trifft sie einen Punkt, denn Künste und Kirchen verstehen sich als nicht-nationalistisch. Sie setzen sich für die

Rechte und die Würde aller Menschen ein. Zugleich pflegen sie das geistige Erbe Deutschlands. Doch Traditionen kann man nur weitergeben, indem man sie teilt und dabei fortschreibt.



CLAUSSENS KULTURKANZEL

Das versteht die AfD nicht, weil sie einem auf Dominanz und Abgrenzung ausgerichteten Verständnis einer »stabilen nationalen Identität« folgt. Auch das funktioniert nur über Feindbilder. Deshalb sagt die AfD gleichermaßen Kultureinrichtungen und Kirchen den Kampf an. Deshalb sind diese gut beraten, sich in Sachsen-Anhalt (und nicht nur dort) gemeinsam für das Überleben der offenen Gesellschaft einzusetzen.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

ZUR PERSON ...

Margrit Lichtschlag ist neue Geschäftsführerin des NRW-Kulturrates
Seit Anfang des Jahres leitet Margrit Lichtschlag die Geschäftsstelle des Kulturrates NRW und folgt damit auf Catalina Rojas Hauser. Die Literaturwissenschaftlerin bringt umfassende Expertise an der Schnittstelle von Nachhaltigkeit und Kultur mit. Zuvor war Lichtschlag als selbstständige Kultur- und Nachhaltigkeitsberaterin tätig, leitete das Kulturamt der Stadt Essen und war geschäftsführendes Vorstandsmitglied beim Rat für Kulturelle Bildung e. V. Weitere berufliche Stationen führten sie in das Management des WDR Sinfonieorchesters Köln sowie zur Studienstiftung des deutschen Volkes.

Çağla İlk wird Intendantin des Berliner Gorki Theaters
Ab 2026 wird Çağla İlk die Intendantin des Berliner Maxim Gorki Theaters. Die Architektin, Dramaturgin und Kuratorin arbeitete bereits ab 2013 unter Intendantin Shermin Langhoff am Maxim Gorki Theater und leitete dort unter anderem den interdisziplinären Herbstsalon, der Theater, Performance und Bildende Kunst verbindet. Zuletzt kuratierte İlk den deutschen Pavillon der Venedig-Biennale 2024 und leitete gemeinsam mit Misal Adnan Yıldız die Kunsthalle Baden-Baden.

Brigitte Franzen wird Leiterin des Bauhaus-Archivs in Berlin
Brigitte Franzen wird zum 1. April 2026 Direktorin des Bauhaus-Archivs – Museum für Gestaltung in Berlin. Seit Oktober 2024 leitet sie die Hochschule für Gestaltung (HfG) Offenbach und war zuvor Direktorin des Senckenberg Naturmuseums in Frankfurt am Main. Franzen forscht und publiziert zur Kunst und Kultur der Bauhauszeit und der Weimarer Republik. Am Bauhaus-Archiv möchte sie ihre Forschungsschwerpunkte weiterentwickeln und die museale Arbeit stärken. Geplant ist unter anderem ein neues Programm zu den »Bauhaus Art Schools«, bei dem die HfG Offenbach eine zentrale Rolle spielen soll.

Ata Delbasteh ist neuer Dezernent für Schulen und Kultur in Mainz
Ata Delbasteh ist neuer Dezernent für Schulen und Kultur in Mainz. Der SPD-Politiker übernimmt damit Teile des bisherigen Zuständigkeitsbereichs von Marianne Grosse. Im Zuge einer Neustrukturierung wurde der Kulturbereich aus dem Bau- und Kulturdezernat herausgelöst und mit dem Schuldezernat zusammengeführt. Der gebürtige Mainzer plant, in seiner neuen Funktion Schwerpunkte auf Bildungsgerechtigkeit, moderne Schulentwicklung und kulturelle Teilhabe zu setzen sowie die freie Kulturszene zu stärken und neue Orte für kreative Begegnung zu schaffen.

Armin Petras wird Intendant am Theater Bremen
Der Regisseur und Dramatiker Armin Petras übernimmt ab der Spielzeit 2027/28 die Intendanz am Theater Bremen. Dem Haus ist er bereits verbunden: 2018/19 war er dort Hausautor und Hausregisseur. Weitere Stationen führten ihn ans Staatstheater Kassel, ans Schauspiel Frankfurt sowie an die Spielstätte »schmidtstraße12« in Frankfurt am Main. Von 2006 bis 2013 war er Intendant am Maxim Gorki Theater, anschließend am Schauspiel Stuttgart, und war zuletzt Co-Leiter der Schauspielsparte am Staatstheater Cottbus. Petras wurde für seine Stücke mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Else-Lasker-Schüler-Dramatikerpreis (2019) für sein Gesamtwerk und mit dem Ludwig-Mülheims-Theaterpreis.

Die Reise ihres Lebens

Mascha Kaléko
Die Dichterin Mascha Kaléko galt als junger aufstrebender Stern in der Berliner und deutschen Kulturszene der Weimarer Republik. Sie war regelmäßiger und gern gesehener Gast im Romanischen Café, dem zentralen Treffpunkt der Literaten und Intellektuellen in Berlin. Ihre Gedichte wurden in Zeitungen gedruckt, ihr erster Gedichtband, das »Lyrische Stenogrammheft« erschien 1933 (!) im Rowohlt Verlag. Als Jüdin musste und konnte sie 1938 quasi im letzten Moment mir ihrem Mann und dem zweijährigen Sohn in die USA auswandern. Hier erlebte ihr Erfolg eine abrupte lange Pause. Im Zentrum von Volker Weidermanns Buch steht Kalékos erste Reise nach Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit zwiespältigen Gefühlen reist sie 1956 zunächst nach Hamburg, dann auch in ihr geliebtes Berlin. Von ihren Erlebnissen, Begegnungen und Gefühlen erfahren wir insbesondere aus den zahlreichen Briefen an den in New York gebliebenen Ehemann Chemjo Vinaver. Mascha Kaléko erlebt diese Zeit in Deutschland wie in einem Rausch, sie wird wiederentdeckt, eingeladen, hofiert, gibt Interviews und begleitet die Neu-Auflage ihres Lyrikbandes. Immer wieder begegnen ihr neue »Wunder«, nicht zuletzt, als sie ihre seit 20 Jahren vermisste Schwester in Ost-Berlin wiederfindet. In ihren Briefen plant sie schon die endgültige Rückkehr mit ihrer Familie. Gleichzeitig weiß sie, dass sie sich im Land der Täter aufhält und dass viele der Menschen, denen sie begegnet, Mittäter oder Mitläufer waren. Sie beginnt zu

spüren, dass sie auch in Deutschland keine echte Heimat mehr hat, ebenso wenig wie in den USA. Später wird sie mit ihrem Mann nach Israel auswandern, aber auch hier kein wirkliches Zuhause mehr finden.
Volker Weidermann schafft hier eine großartige Kombination aus Dokumentation einer ganz besonderen Reise und Liebeserklärung an eine Dichterin und Frau, die wie Millionen andere ihr Leben nicht so leben konnte, wie sie gewollt hätte, weil ein verbrecherisches System es nicht zuließ. Die Millionenaufgabe ihrer Gedichte hat Mascha Kaléko nicht mehr erlebt.
Barbara Haack

Volker Weidermann. Wenn ich eine Wolke wäre. Mascha Kaléko und die Reise ihres Lebens. Kiepenheuer & Witsch 2025



Widerstände sichtbar machen

Jüdische Designerinnen der Moderne

Mit »Widerstände. Jüdische Designerinnen der Moderne« rückt ein Buch eine lange vernachlässigte Perspektive der Designgeschichte ins Zentrum. Der reich bebilderte Band stellt mehr als 60 jüdische Designerinnen vor – von Keramikerinnen über Textil- und Modeschöpferinnen bis zu Grafikerinnen – und würdigt ihren prägenden Beitrag zur ästhetischen Erneuerung der angewandten Künste im frühen 20. Jahrhundert. Zugleich erzählt er von den Brüchen, die Antisemitismus, Berufsverbote, Verfolgung, Exil und Mord in ihre Lebenswege schlugen. Deutlich wird: Diese Gestalterinnen wirkten nicht am Rand, sondern im Zentrum der Moderne. Ihre Arbeiten prägten Alltagskultur und Konsumwelten der Weimarer Republik, verschwanden jedoch infolge nationalsozialistischer Verfolgung und historiografischer Ausblendung aus dem Kanon.

Thematisch gegliedert in Kapitel wie »Widerstände«, »Vorreiterinnen«, »Warenwelten« oder »Ins Dunkle«, verbindet der Band biografische Skizzen mit Objektanalysen und historischen Kontexten. Geschlechterrollen, Konsumkultur und die schrittweise Entrechtung jüdischer Gestalterinnen greifen ineinander. Die Spannweite der Arbeiten reicht von avantgardistischer Mode bis zu zereemoniellen Objekten; eindrücklich ist die Konfrontation mit nationalsozialistischer Propaganda.

»Widerstände. Jüdische Designerinnen der Moderne« schließt eine zentrale Leerstelle der Designhistoriografie und macht deutlich, wie nachhaltig die emanzipatorische Praxis dieser Gestalterinnen bis heute wirkt: eine wichtige, längst überfällige Publikation zur Kultur- und Designgeschichte des 20. Jahrhunderts. Der Band überzeugt durch seine klare Struktur, die dichte Bildauswahl und die Verbindung von Design-, Sozial- und Gewaltgeschichte. Er richtet sich an ein kunst- und kulturinteressiertes Publikum und bietet zugleich zahlreiche Ansatzpunkte für weitere Forschung. Damit setzt das Buch Maßstäbe für zukünftige Arbeiten zur Moderne.
Yvonne de Andrés

Jüdisches Museum Berlin, Michal Friedlander (Hg.). Widerstände. Jüdische Designerinnen der Moderne. München 2025



Moralkultur

Die Entdeckung unserer Seltsamkeit

Der moralische Absolutismus unserer Zeit erdrückt Kompromisse und kennt kein Entrinnen. Debatten polarisieren das Wir und das Sie. Die moralisch korrekte Wortwahl wird kulturelles Erkennungszeichen. Deshalb muss man über Moral nachdenken. Zur rechten Zeit meldet sich der Philosoph der Universität Utrecht Hanno Sauer zu Wort.
Seine Erzählung beginnt mit der Entstehung der Menschheit. Die Entwicklung von Moralvorstellungen sieht er als Etappen kulturellen Fortschritts. Eine zentrale Referenz ist für ihn der kanadische Anthropologe Joseph Henrich. Mit ihm spricht er dem westlichen Abendland genau das ab, was sonst nie hinterfragt wird: die Universalität der Vorstellung von dem, was Gut und Böse ist. Vielmehr sei es der Sonderweg einer Minderheit des Alten Europa und seiner »western, educated, industrialized, rich, democratic«, kurz WEIRD genannten Menschen. Sauer übersetzt das mit »die Seltsamen«. Nicht mehr Clan, Sippe und Familie bestimme Kultur und persönliche Identität, sondern die prosoziale gesellschaftliche Moralnorm. Die Kultur der Seltsamen sei von 2.000 Jahren katholischem Erb-, Familien- und Eherecht geprägt.
Diese These erstaunt angesichts der inneren, widersprüchlichen Vielfalt der westlich-abendländischen Kulturen. Aber sie auszuleuchten und zu durchdenken ist eine lehrreiche und anregende, teils auch geradezu vergnügliche Denkübung. Zur

Entdeckung unserer Seltsamkeit lädt uns Sauer ein.
Vor Augen führt er uns auch die gegenwärtig so nervigen Trigger-Mechanismen der Entrüstungsprofis. Eine Auseinandersetzung mit dem Standardwerk von Steffen Mau (Triggerpunkte) wäre allerdings wünschenswert, ebenso vermisst man die Beschäftigung mit der einschlägigen Jenaer Soziologie oder Rutger Bregmans' Plädoyer für das Gute. Trotzdem: Von Sauers Buch lässt man sich gerne einmal triggern.
Günther Bachmann

Hanno Sauer. Moral. Die Erfindung von Gut und Böse. Eine philosophische Geschichte zu moralischen Wertvorstellungen. München 2023



Großvaters Lampenladen

Eine Spurensuche

Starkstromzeit« von Aron Boks ist ein ungewöhnliches Buch über die DDR, das persönliche Erinnerungen, Familiengeschichte und Alltagsbeobachtungen miteinander verbindet. Ausgangspunkt ist eine in einer DDR-Zeitschrift entdeckte Lampe – entworfen vom Großvater des Autors. Von diesen Leuchten ausgehend entwickelt Boks ein lebendiges Bild der Lebenswirklichkeit in einem Staat, der heute nicht mehr existiert.
Die Großeltern führten einen eigenen Leuchten- und Dekorationsbetrieb – einen der wenigen selbstständigen Betriebe in der DDR. Für den privaten Verkauf gestalteten sie Lampen mit Stoffschirmen und Troddeln, zugleich erhielten sie staatliche Aufträge zur Ausstattung von Ferienheimen und Hotels. Anhand dieser unternehmerischen Tätigkeit zeigt Boks anschaulich, wie sich Individualität und staatliche Vorgaben, Kreativität und Planwirtschaft im DDR-Alltag begegneten. Nach dem Ende der DDR verschwinden auch die Lampen aus dem öffentlichen Raum. Für Aron Boks wird dieses Verschwinden zum Ausgangspunkt einer persönlichen Spurensuche. Er fragt, was aus den Entwürfen seines Großvaters geworden ist, wer sie vielleicht noch besitzt und welche Geschichten sich mit ihnen verbinden. Alltagsgegenstände wie Lampen werden zu Symbolen gesellschaftlicher Strukturen, persönlicher Erfahrungen und der tiefgreifenden Veränderungen nach der Wende.
Insgesamt ist »Starkstromzeit« eine nachdenkliche und gut lesbare Spurensuche, zugleich nahbar und anschaulich, ohne belehrend zu wirken. Das

Buch regt auf sehr persönliche Weise dazu an, über die jüngste Vergangenheit, die Erinnerung an die deutsche Teilung und die eigene Beziehung zur deutschen Geschichte nachzudenken.
Jörn Brunotte

Aron Boks. Starkstromzeit. Hamburg 2025



PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an redaktion@politikkultur.de.

Politik & Kultur



An dieser Stelle des Grünen Bandes in Thüringen sind zwei benachbarte Beobachtungstürme erhalten geblieben. Diese beiden Türme im Milzgrund und am Warthügel dienen heute dem Naturschutz

FOTO: THOM GALLIE

Symbol der friedlichen Revolution

Der Natur- und Kulturraum Grünes Band

OLAF ZIMMERMANN

Was ist das Grüne Band? Ein fast 1.400 km langer grüner, bewachsener, teils überwachsener Geländestreifen, der von der Ostsee im Norden bis zum bayrisch-sächsisch-tschechischen Dreiländereck im Süden reicht. Und ein teilweise ebenso grüner Streifen, der die Länder Brandenburg und Berlin trennt, sowie die oftmals graue Trennlinie zwischen ehemaligem Ost- und Westteil Berlins. Oder um es kurz zu sagen: Das Grüne Band ist der heutige Flächenverbund der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze.

Es ist das große, gar nicht hoch genug zu schätzende Verdienst des BUND, sich direkt nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze dafür stark gemacht zu haben, dass die gefallene Grenze als Grünes Band erhalten bleibt. Schon während der Teilung konnte sich – insbesondere auf dem östlichen Teil der Grenze – eine beeindruckende Fauna und Flora entwickeln. Dörfer waren geräumt worden, die Grenze scharf bewacht, auch das »Hinterland« durfte nur mit Sondererlaubnis betreten werden, und an industrielle Landwirtschaft war kaum zu denken. Aber auch auf der westlichen Seite der Grenze wurde mit Schildern »Halt hier Zonengrenze« sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, dass nicht bis an die Grenze gegangen werden durfte.

Diese Sondersituation ließ es zu, dass bedrohte Tier- und Pflanzenarten in diesem Grenzstreifen überleben und sich entwickeln konnten.

Das große Verdienst des BUND besteht darin, sich für den Erhalt dieses Grenzstreifens als Naturschutzgebiet mit aller Kraft einzusetzen. Bereits am 9. Dezember 1989 verabschiedeten Umwelt- und Naturschützer aus

der Bundesrepublik und der DDR eine gemeinsame Resolution für den Schutzraum »Grünes Band«. Hier wurde auch der Name geboren. In den 1990er Jahren wurde sich mit Nachdruck für diesen Schutzraum eingesetzt. Es wurde sich mit aller Kraft gegen landwirtschaftliche Übernutzung gestemmt, Flächen wurden aufgekauft und 1999 das Projektbüro Grünes Band, heute Kompetenzzentrum Grünes Band, in Nürnberg gegründet.

Darüber hinaus wurde der Schuttschluss mit anderen europäischen Initiativen gesucht, sodass die »European Green Belt«-Bewegung entstand, die vom Nordmeer bis zum Schwarzen Meer reicht und Umwelt- und Naturschützer aus verschiedenen Ländern eint.

Heute ist das Grüne Band zumindest in Deutschland ein Begriff. Es ist teilweise touristisch erschlossen, Ehrenamtliche übernehmen die Pflege von Flächen, und viele Flächen stehen unter Naturschutz. Bereits seit den 2010er Jahren wird sich für die Anerkennung des Grünen Bands als UNESCO-Weltnaturerbe eingesetzt, und es wurden entsprechende Gutachten vorgelegt, die die Welterbefähigkeit belegen. Von den Anrainerländern setzt sich insbesondere Thüringen bereits seit langem mit Nachdruck für das Grüne Band als Weltnaturerbe ein und hat diverse Projekte finanziell gefördert, um das Vorhaben voranzubringen. Die Kulturministerkonferenz hat im Dezember 2023 entschieden, das Grüne Band auf die Tentativliste für künftige Anmeldungen zum Weltnaturerbe zu setzen und einen Prüfauftrag für die Einreichung einer gemischten Welterbestätte erteilt. Es wäre im Übrigen die erste gemischte Welterbestätte in Deutschland.

Seine Präsenz, seine Bekanntheit und das große lokale, regionale, landes- aber auch bundesweite Engagement für das Grüne Band sind seine Stärke.

Doch was ist die Schwäche? Genau dasselbe. Wenn ich mit Menschen über das Grüne Band spreche, assoziieren die meisten damit ein Naturschutzgebiet. Bereits die Bezeichnung Grünes Band weckt mit dem Adjektiv »grün« sofort die Assoziation, dass es sich um ein Naturschutzvorhaben handelt. Der wichtige kulturelle Aspekt schwingt nicht mit.

Diese Beobachtung schmälert nicht, dass sich der BUND von Beginn an bemüht, die kulturelle Dimension mitzudenken und den Kontakt zu denjenigen sucht und pflegt, die insbesondere die erinnerungskulturelle Dimension des Grünen Bandes im Blick halten. Hierzu zählen beispielsweise die Grenz Museen oder die verschiedenen Initiativen und

Seine Präsenz, seine Bekanntheit und das große lokale, regionale, landes- aber auch bundesweite Engagement für das Grüne Band sind seine Stärke

Institutionen, die sich für Kunst im öffentlichen Raum entlang der ehemaligen Grenze einsetzen.

Das Grüne Band als Kulturraum zu begreifen und zu erschließen, heißt, sich mit der materiellen und der immateriellen Geschichte des Ortes auseinanderzusetzen.

Die materielle Geschichte manifestiert sich in den Denkmälern an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Hierzu gehören ehemalige Wachtürme, Grenzsteine, der Kolonnenweg und andere Artefakte. Nachdem unmittelbar nach dem Mauerfall zuerst das Bestreben bestand, diese Grenzrelikte abzureißen, begann schon bald die fachliche Auseinandersetzung in den jeweiligen

Denkmalschutzämtern vor Ort, die Artefakte unter Denkmalschutz stellten, womit die Verpflichtung verbunden ist, sie zu erhalten. Ebenso gilt es die Bodendenkmäle zu erfassen. Eine Aufgabe, die den entsprechenden Behörden vor Ort obliegt.

Doch ist eine solche Erfassung, die eine hoheitliche Aufgabe ist, nur der erste Schritt. Es muss sich wissenschaftlich mit der Frage auseinandergesetzt werden, um was für eine Grenze es sich handelt. Bereits jetzt kann meines Erachtens festgehalten werden, dass eine weltweite Besonderheit darin liegt, dass diese von der DDR erbaute Grenze nicht in erster Linie gegen Feinde von außen gerichtet war, sondern gegen die eigene Bevölkerung, die mit Waffengewalt daran gehindert werden sollte, das Land zu verlassen. Dieses Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Grenzanlagen, die bereits UNESCO-Welterbe sind oder zur Nominierung anstehen, sollte auf seine Tragfähigkeit geprüft werden.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, den Blick von außen einzunehmen. Bereits die für ein UNESCO-Welterbenominierungsverfahren verbindliche Vorprüfung wird von nicht-deutschen Expertinnen und Experten vorgenommen. Im UNESCO-Kontext entscheiden internationale Expertinnen und Experten. Sie werden in der Regel weder von Marienborn noch von Schiffersgrund oder Mödlareuth etwas gehört haben. Die Berliner Mauer wird den meisten etwas sagen, doch kann sie und kann der 1.400 Kilometer lange Grenzstreifen quer durch Deutschland mit dem Limes, mit der Chinesischen Mauer oder anderen UNESCO-Welterbestätten verglichen werden?

Haben sie die gleiche Bedeutung für das Erbe der Menschheit? Was macht den Natur- und Kulturraum Grünes Band im Vergleich mit diesen bestehenden Welterbestätten und anderen Nominierungen aus? Was ist das internationale

Alleinstellungsmerkmal? Das im Austausch mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft herauszuarbeiten oder zumindest den Prozess anzuschieben und zu begleiten, gehört zu den wesentlichen Aufgaben des Büros von BUND und Deutschem Kulturrat, das mit Unterstützung des Thüringer Umweltministeriums beim Deutschen Kulturrat angesiedelt ist. Das Büro soll den Bewerbungsprozess für das Grüne Band als Kultur- und Naturwelterbestätte der UNESCO unterstützen.

Die Nominierung einer Welterbestätte ist ein anspruchsvolles Vorhaben: Sie muss fachlichen Anforderungen standhalten. Sie muss im internationalen Vergleich herausstechen, dies insbesondere bei einer Nominierung aus Deutschland, dem Land, das schon sehr viele UNESCO-Welterbestätten hat. Und es muss ein schlüssiges Managementkonzept vorliegen.

Letzteres stellt alle Anrainerländer des Natur- und Kulturraum Grünes Band vor die Herausforderung, über die eigene Landesgrenze hinaus Verantwortung zu übernehmen. Besonders herausfordernd ist dabei, Kultur und Natur zusammendenken und hieraus eine schlüssige, nachvollziehbare und nachhaltige Konzeption zu entwickeln.

Der Natur- und Kulturraum Grünes Band ist eine große Chance für Deutschland und auch Europa zu zeigen, wie eine brutale Grenze durch den Mut von Menschen überwunden wurde, ohne dass auch nur ein Schuss fiel und kein Mensch dabei getötet wurde. Gerade in der heutigen Zeit ist dieses Beispiel wichtiger denn je.

Der Natur- und Kulturraum Grünes Band ist das Symbol der friedlichen Revolution in Deutschland, ein Teil der deutschen Geschichte auf den wir gemeinsam wirklich stolz sein können.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Bundesländer an der ehemaligen Grenze

Vier Kulturminister antworten auf unsere Frage zum Kulturräum Grünes Band

BRANDENBURG

Das Grüne Band ist für Brandenburg weit mehr als ein Naturprojekt. Entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze hat sich ein einzigartiger Kulturräum entwickelt, der Geschichte, Landschaft und das Leben der Menschen miteinander verbindet. Wo früher Stacheldraht, Wachtürme und Sperrzonen den Alltag prägten, erstreckt sich heute ein Band der Erinnerung und der Begegnung. Für Brandenburg besitzt das Grüne Band eine besondere historische Bedeutung. Es erinnert an die Zeit der deutschen Teilung und macht diese Geschichte im Alltag sichtbar. Zeugnisse der ehemaligen Grenzanlagen entlang des Bandes ermöglichen es, Vergangenheit erfahrbar zu machen. Jahrzehntelang war die Elbe in dem Bereich unzugänglich. Die Grenztürme bei Gandow, in Cumlosen und Lenzen sind eindruckliche Zeugen dieser Geschichte. Für viele Menschen in der Region ist das Grüne Band Teil ihrer eigenen Biografie – ein Ort, an dem persönliche Erinnerungen mit der großen Geschichte verknüpft sind.

Das Grüne Band bietet Raum für Begegnungen, für Erholung und für kulturelle Aktivitäten

Gleichzeitig ist das Grüne Band ein wichtiger sozialer und kultureller Raum. Der Elbe-Radweg, Wanderwege, regionale Feste und verschiedenste Projekte fördern den Austausch zwischen Bürgern und Gemeinden und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Die Region gewinnt dadurch an Identität und Zusammenhalt. Das Grüne Band bietet Raum für Begegnungen, für Erholung und für kulturelle Aktivitäten, die das Leben im ländlichen Brandenburg bereichern. Dies spiegelt sich auch im Projekt »Erlebnis Grünes Band« wider, welches den Aufbau eines Informationsangebots, einer einheitlichen Beschilderung, die Ausweisung von Rad- und Wanderwegen sowie die Einrichtung von verschiedenen Ausstellungen und so genannten Grenzerfahrungspunkten zum Inhalt hat. Das Besucherzentrum auf der Burg Lenzen gewährt mit seinen Dauerausstellungen und wechselnden Sonderausstellungen vielfältige Einblicke in die Natur- und Kulturgeschichte der Region. Nicht zuletzt hat das Grüne Band auch eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung. Sanfter Tourismus, regionale Produkte und Umweltbildung schaffen neue Perspektiven für strukturschwache Regionen. So steht das Grüne Band in Brandenburg symbolisch für den Wandel: vom Ort der Trennung zu einem Raum der Verbindung, der Natur, Kultur und menschliches Miteinander auf besondere Weise vereint.

Manja Schüle ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

NIEDERSACHSEN

Das Grüne Band als Denkmal der deutschen Teilung von 1945 bis 1989 ist einerseits ein wertvoller Naturraum. Es ist aber auch lebendiges Zeugnis deutscher Geschichte und ein Symbol für die wiedergewonnene Freiheit und Einheit der Deutschen. Entlang der früheren innerdeutschen Grenze erstreckt sich heute ein grüner Streifen, der Natur, Kultur und Erinnerung miteinander verbindet. In Niedersachsen zieht sich das Grüne Band durch unterschiedliche Kultur- und Naturlandschaften. Es steht also nicht nur für ökologische Vielfalt, sondern auch für kulturelle Identität. Hier treffen Geschichte und Geschichten aufeinander: von Trennung und Überwindung, von Menschen, deren Alltag durch die Grenze geprägt war. Zahlreiche Denkmale und Erinnerungsorte machen diese Vergangenheit sichtbar. Seit der Rückkehr des Amtes Neuhaus in den Landkreis Lüneburg 1993 gehört auch ein Abschnitt auf früherem DDR-Gebiet zu Niedersachsen. Davon zeugen die erhaltenen Wachtürme als stille Mahnmale des brutalen Grenzregimes. Sie erinnern an die Zeit, als die Grenze nicht nur Landschaften, sondern auch Leben teilte. Ebenso ist die Dömitzer Eisenbahnbrücke als technisches Denkmal und Mahnmal der deutschen Teilung heute mit seinem Skywalk ein Erlebnis- und Lernort für Natur- und Kulturinteressierte: Hier werden Geschichte, Technik, Natur und politische Bildung anschaulich miteinander verbunden. Das von Thüringen und Niedersachsen gemeinsam finanzierte Grenzlandmuseum Eichsfeld in Teistungen vermittelt als authentischer historischer Lernort die Geschichte der deutschen Teilung und des DDR-Grenzregimes wissenschaftlich fundiert an ein breites Publikum. Hier wird Geschichte nicht nur erklärt, sondern insbesondere jüngere Generationen erlebbar gemacht. Das Grüne Band ist aber nicht nur ein Ort des Erinnerns. Kulturinitiativen, Kunstprojekte und regionale Initiativen greifen die besondere Geschichte auf und schaffen neue Perspektiven. Künstlerinnen und Künstler nutzen die Landschaft als Bühne, um Themen wie Freiheit, Natur und Zusammenhalt kreativ zu interpretieren.

Hier treffen Geschichte und Geschichten aufeinander

Für die hier lebenden Menschen ist das Grüne Band ein Stück Heimat mit besonderem Charakter. Es bietet Raum für Erholung, für kulturelle Teilhabe und für das Bewusstsein, dass aus einer Grenze ein verbindendes Band geworden ist. Dies macht das Grüne Band zu einem besonderen Kulturräum – einem Ort, an dem Geschichte, Natur und Kultur gemeinsam Zukunft gestalten. Falko Mohrs, Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur

SACHSEN-ANHALT

Von den Elbauen im Landesnorden bis Benneckenstein im Harz verläuft das Grüne Band im Westen Sachsen-Anhalts entlang der ehemaligen Grenze zwischen Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik. So vielfältig wie das Land zieht es sich auf fast 1.400 km durch Deutschland und 12.500 km durch ganz Europa. Was einst den Kontinent entlang des »Eisernen Vorhangs« durchriss, verbindet heute wortwörtlich ein geeintes Europa. Den menschenfeindlichen Todesstreifen des DDR-Unrechtsregimes verwandelt das Grüne Band in eine Lebenslinie und ein nationales Naturmonument. Dieses Band verbindet damit nicht allein schützenswerte Naturräume, es verknüpft auch die Geschichte mit unserer Gegenwart: Damit schafft das Grüne Band einen einzigartigen Raum europäischer Erinnerungskultur. Zu einem Zeitpunkt, an dem unter 40-Jährige keine eigenen Erinnerungen mehr an die Zeit der Deutschen Teilung haben können, ist seine Bedeutung für kommende Generationen kaum hoch genug einzuschätzen. Das Grüne Band reiht eine Vielzahl bemerkenswerter Orte aneinander. Einer von ihnen ist Stapelburg bei Wernigerode. Hier im Harz fand im November 1989 die erste Grenzöffnung jenseits von Berlin statt, hier brach sich die Freiheit Bahn. Bis dato ein wissenschaftliches Desiderat, legt das Institut für Landesgeschichte am Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt (LDA) nun seine erste Publikation zu diesem geschichtsträchtigen Ort vor. »Vom Grenzraum zum Grünen Band. Interdisziplinäre Entdeckungen im Harzort Stapelburg« ist das Ergebnis mehrjähriger Forschungen unterschiedlicher Disziplinen. Insgesamt zehn Studien aus den Bereichen Landesgeschichte, Baugeschichte, Denkmalpflege, Kunstgeschichte, Archäologie und Biologie leisten lokale Tiefenbohrungen. Die Betrachtungen suchen nach der Geschichte des Ortes, forschen dessen Ökologie nach oder berichten von Grabungen zum Alltag dort stationierter Grenztruppen. Entstanden ist ein lesenswerter Band voller Perspektivwechsel, ein wertvoller Beitrag zur Reflexion unserer jüngeren und bisweilen bereits verblüffend weit entfernten Geschichte. Wer die vielen Dimensionen des Grünen Bandes besser verstehen will, dem sei der Blick auf Stapelburg und ein Ortsbesuch sehr ans Herz gelegt. Rainer Robra, Staatsminister und Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt; Ansgar Lorenz, Referent, Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Das Grüne Band ist ein besonderer Kulturräum, der sich entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze entwickelt hat – auch in Schleswig-Holstein. Hier verdichten sich Landschaft, Geschichte und Erinnerung zu einem Raum, der zeigt, wie eng Natur und kulturelles Gedächtnis miteinander verbunden sind. Damit ist es weit mehr als ein Naturschutzprojekt. Das Grüne Band verläuft im Norden durch offene Kulturlandschaften, entlang ehemaliger Grenzlinien, Wege und Übergänge. Was früher trennte, ist heute ein Raum der Begegnung, der zur Auseinandersetzung mit Geschichte einlädt. Orte wie die Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup machen die Teilung Deutschlands und ihre Folgen anschaulich. Sie erinnern daran, dass Freiheit, kultureller Austausch und offene Räume keine Selbstverständlichkeit sind, sondern gesellschaftliche Errungenschaften. Das Grüne Band bewahrt diese Erinnerung nicht in abgeschlossenen Räumen, sondern in der Landschaft selbst. Wege entlang der früheren Grenze, Informationstafeln, Gedenkorte und Vermittlungsangebote verbinden historische Bildung mit Naturerfahrung. Gerade diese Verbindung macht den Kulturräum Grünes Band so wirksam: Geschichte wird nicht nur erzählt, sondern im Gehen, Verweilen und Wahrnehmen erfahrbar. Das Grüne Band ist zugleich ein Ort der Gegenwart. Es steht für neue Formen von Teilhabe, für nachhaltigen Tourismus, für Bildungsangebote und kulturelle Projekte, die sich mit Erinnerung, Umwelt und regionaler Identität befassen – im verantwortungsvollen Einklang mit Naturschutz sowie den berechtigten Interessen von Wirtschaft und Landwirtschaft. In Schleswig-Holstein zeigt sich hier, wie Kulturlandschaften wachsen können: nicht durch Überformung, sondern durch behutsames Weiterdenken dessen, was da war und ist. Das Grüne Band erinnert daran, dass Kultur auch in Natur-Räumen stattfindet, die ebenfalls Geschichte in sich tragen. Als lebendiger Kulturräum lädt es dazu ein, Vergangenheit zu verstehen, Gegenwart zu gestalten und Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Dorit Stenke ist Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

MEHR DAZU

Für diese Ausgabe haben wir alle Kulturministerinnen und -minister der an das Grüne Band anrainenden Bundesländer gebeten, in einem kurzen Text die Frage zu beantworten: Welche Bedeutung hat das Grüne Band als Kulturräum für Ihr Bundesland und die dort lebenden Menschen? Vier Ministerinnen und Minister haben uns geantwortet.



An der Grenzgedenkstätte Helmershausen: ein längeres Stück des alten Grenzzauns 1, der Kfz-Sperrgraben und der Kolonnenweg

FOTO: THOM GALLIE

Vom Schießbefehl zum Kulturraum

Die Bedeutung der Erinnerungskultur

MONIKA GRÜTTERS

37 Jahre nach der Aufhebung des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze, dreieinhalb Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution sind die Spuren des DDR-Grenzregimes nahezu verschwunden: die Mauer, die Zäune, die Wachtürme, die Schussapparate und Minen, das schwere Kriegsgerät und die Maschinengewehre, mit denen etwa 50.000 Mann einen Staat zum Gefängnis für seine Bürgerinnen und Bürger machten und den totalitären Machtanspruch der SED-Diktatur durchzusetzen halfen.

Wer sich diesen Traum nicht nehmen ließ, wer sich nicht einschüchtern und abschrecken ließ, bezahlte unter Umständen mit dem Leben

Bei allem Verständnis für das Bedürfnis der Menschen, die im Schatten der Mauer leben mussten, diese Spuren der Teilung und Trauer in ihrer Nähe zu beseitigen: Viele Einheimische und Besucher empfinden es als Verlust, heute kaum noch sichtbare Zeichen der SED-Diktatur im Stadt- und Naturraum zu finden und damit dieses wichtige dunkle Kapitel unserer Geschichte beinahe aus dem kollektiven Gedächtnis zu tilgen.

Das darf nicht passieren – zu wenig ist gerade der nachgeborenen Generation bewusst, was hier mitten in unserem Land noch vor Kurzem an Leid geschehen ist.

Natürlich lässt sich die Grausamkeit dieses Grenzregimes auch ohne sichtbare Spuren vergegenwärtigen: etwa in den Dienstanweisungen, die Menschen in kalter Technokraten-sprache im wahrsten Sinne des Wortes zum Abschied freigegeben.

Die 1977 für die Grenzregimenter erlassene Dienstverordnung DV 718/0/002 zum »Einsatz der Grenztruppen zur Sicherung der Staatsgrenze« erteilte in präziser Verwaltungsdeutsch Instruktionen zur Verfolgung so genannter »Grenzverletzer« und formulierte unmissverständlich, was dabei erwartet wurde: »Die Verfolgung hat das Ziel, Grenzverletzer in kürzester Zeit und unter Ausnutzung des Geländes festzunehmen oder zu vernichten.«

Solche Anweisungen zur »Vernichtung« von »Grenzverletzern« finden sich an mehreren Stellen; zusammen mit den Regelungen im DDR-Grenzgesetz und öffentlichen Äußerungen der SED-Führung umschreiben sie jene totalitäre Praxis der Grenzsicherung, die unter dem Stichwort »Schießbefehl« subsumiert wird und die jeden Traum von Freiheit im Keim ersticken sollte.

Wer sich diesen Traum dennoch nicht nehmen ließ, wer sich nicht einschüchtern und abschrecken ließ, bezahlte unter Umständen mit dem Leben – so wie der 15-jährige Heiko Runge: Zusammen mit seinem gleichaltrigen Freund Uwe Fleischhauer wagte er am 8. Dezember 1979 im Kreis Wernigerode die Flucht. Gut 100 Meter vor dem Grenzzaun liefen die jugendlichen »Grenzverletzer« den alarmierten Grenzsoldaten in die Arme. Auf beide wurden, weil sie nicht stehen blieben, insgesamt 51 Schüsse abgefeuert. Uwe Fleischhauer überlebte. Heiko Runge wurde, der Dienstverordnung DV 718/0/002 entsprechend, »vernichtet«.

Jedes einzelne derartige Schicksal erzählt von der Unmenschlichkeit der SED-Diktatur und von der Gnadenlosigkeit eines totalitären Regimes; und jede dieser Geschichten findet eine Fortsetzung in weiteren Geschichten von Leid und Unrecht. Denn Familien und Freunde der »Grenzverletzer« wurden massiv ausgespäht und sahen sich den Schikanen, Repressionen und Zermürbungsstrategien des Staatssicherheitsdienstes ausgesetzt.

Persönlichen Geschichten Gehör zu schenken, individuellen Schicksalen

Gedenkort für die Opfer der Mauer befindet sich auf dem Areal der Gedenkstätte in der Bernauer Straße in der Mitte der Hauptstadt.

Markante Stationen entlang der Mauer gibt es in ganz Deutschland – z. B. in Bayern/Thüringen der Ort Mödlareuth; 41 Jahre lang verlief die innerdeutsche Grenze mitten durch das Dorf. In Hessen ist es die Station Point Alpha, an der sich die Vorposten von NATO und Warschauer Pakt bis zum Jahr 1990 gegenüberstanden – es war einer der heißesten Punkte im Kalten Krieg.



Mauersegment am Ortsrand des thüringischen Dorfes Görsdorf

Aufmerksamkeit zu verschaffen und hinter abstrakten Zahlen den einzelnen Menschen sichtbar zu machen – das sind wir den Opfern staatlicher Unterdrückung und Gewalt schuldig, auch und nicht zuletzt jenen, die an der innerdeutschen Grenze für Freiheit und Selbstentfaltung ihr Leben ließen.

Sowohl für ein würdiges Gedenken als auch für die politische Bildung gerade junger Menschen, für das Lernen aus Diktaturerfahrungen und die Sensibilisierung für den Wert demokratischer Freiheitsrechte ist die Konfrontation mit den erschütternden Geschichten hinter der leidvollen deutsch-deutschen Teilungsgeschichte unverzichtbar: Denn mehr als ein Überblick im Geschichtsbuch geht die Begegnung mit Zeitzeugen und Zeitzeugnissen unter die Haut, sei es in persönlichen Gesprächen, sei es in Filmen und Büchern, sei es in Dokumentationen und vor allem auch an authentischen Erinnerungsorten.

Deshalb war es wichtig und ist es richtig, dass entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze, dass im Verlauf des sogenannten Mauerstreifens ein Grünes Band entstanden ist. So bleibt die deutsch-deutsche Teilung in Erinnerung – positiv gewendet als Naturraum, aber markiert mit wichtigen geschichtlichen Stationen, die anhand einzelner Ereignisse die Monstrosität dieser 1378 km langen Grenze in Erinnerung verwahren. Die Mauer, die West-Berlin umschloss, war 155 km lang – an 29 Standorten entlang des Weges wird an die Toten an der Berliner Mauer erinnert. Der zentrale

In Sachsen-Anhalt liegt der ehemals größte Grenzübergang Marienborn. Dort versuchte der 23-jährige Zimmermann Fred Woitke aus Eisenhüttenstadt am 21. April 1973 mit einem LKW die DDR-Grenze zu durchbrechen. Sein Fluchtfahrzeug überschlug sich an der Straßenrollsperr, woraufhin vier Grenzer das Feuer auf den Fliehenden eröffneten. Woitke verstarb wenige Stunden später im Krankenhaus.

Die Dokumente, die er zu diesem Zeitpunkt bei sich trug, gelangten aus den Beständen des Ministeriums für Staatssicherheit in den Besitz des Bundesarchivs. Dieses stellt die Objekte mit Unterstützung der Angehörigen der Öffentlichkeit zur Verfügung. Sie sind nun erstmals am Ort der Ermordung Woitkes zu sehen und erinnern an das Leben des jungen Mannes. Insbesondere Woitkes von einem Einschussloch gezeichneter Sozialversicherungsausweis symbolisiert die Brutalität des DDR-Grenzregimes.

Zur notwendigen Aufarbeitung der SED-Diktatur gehören das Erinnern und Gedenken an die Opfer, gehört die Auseinandersetzung mit ihren Schicksalen, dazu gehört aber auch die umfassende wissenschaftliche Erforschung der DDR-Geschichte und des SED-Unrechts. Um das Geschehene einordnen zu können, um es politisch, historisch, rechtlich und moralisch bewerten und vergleichen zu können, um seine Ursachen und Folgen benennen und daraus die richtigen Schlüsse ziehen zu können, braucht es eine buchstäblich anschauliche Erinnerungsarbeit –

die Erzählung der Zeitzeugen und die Wirkung authentischer Orte sind kaum durch andere Formate zu überbieten.

Erinnerung verdienen die Opfer staatlicher Unterdrückung und Gewalt, nicht zuletzt jene, die an der innerdeutschen Grenze für ihre Sehnsucht nach Freiheit mit dem Leben bezahlten. Erinnerung bedeutet aber auch, den Mut all jener DDR-Bürgerinnen und -Bürger anzuerkennen, die sich den Traum von einem selbstbestimmten Leben selbst hinter Mauern und Stacheldraht nicht nehmen ließen und

Was für ein Triumph des Rechtsstaats über das kommunistische Unrechtsregime!

Was für ein Triumph jener Werte, für die Menschen hier an der innerdeutschen Grenze ihr Leben riskierten und vielfach verloren – jener Werte, für die Hunderttausende DDR-Bürgerinnen und Bürger im Herbst 1989 mutig und selbstbewusst ihre Stimme erhoben und für die Oppositionellen und Bürgerrechtler, Friedensbewegte und Umweltschützer über viele Jahre gekämpft haben und zermürende Repressionen in Kauf nehmen mussten!

Ohne das Grüne Band, das den Verlauf der Mauer markiert und genau dort zur Bewanderung und zu einem wahren Geschichts-Parcours einlädt, wäre vieles längst vergessen. Vergessen auch deshalb, weil über die deutsche Teilung vielleicht in der Schule gesprochen wird – doch am Grünen Band mit all seinen Stelen, die informieren und zum Innehalten einladen, werden ja ganz andere Zielgruppen und viel mehr Menschen erreicht.

Zum Glück ist Demokratie korrektur- und lernfähig, sie eröffnet Handlungs- und Mitgestaltungsspielraum, und das berechtigt immer zur Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Bitter sind deshalb die Wahlerfolge populistischer Demokratieverächter, die keine Scheu haben, sich Leitsätze der Friedlichen Revolution von 1989 anzueignen, um Stimmung zu machen gegen demokratische Institutionen und Grundprinzipien, um Mauern der Ab- und Ausgrenzung zu errichten und die Gesellschaft in verhärtete Fronten zu spalten.

Leider vielerorts mit Erfolg: Obwohl die Narben, die die jahrzehntelange Spaltung Deutschlands und Europas in Freiheit und Unfreiheit hinterlassen hat, im Stadtbild Berlins und entlang der einstigen innerdeutschen Grenze längst verblasst sind, fürchten heute mehr als 80 Prozent der Menschen laut Deutschlandtrend der ARD eine Spaltung der Gesellschaft – kein Wunder angesichts sprachlicher Verrohung, angesichts hasserfüllter Hetze und Gewalt, angesichts allgegenwärtiger Ab- und Ausgrenzung im öffentlichen Diskurs. Was für eine bittere Ironie der Geschichte, dass sich dabei ausgerechnet Rechtspopulisten aus dem Westen Deutschlands erfolgreich als einzige Stimme der Ostdeutschen inszenieren!

So ist die Erinnerung an die Friedliche Revolution vor 36 Jahren heute auch ein Appell, der Saat der Demokratieverachtung in populistischen Tiraden gegen Andersdenkende und Andersgläubende, gegen demokratische Institutionen wie eine freie Presse, gegen demokratische Parteien und eine unabhängige Justiz keinen Boden zu bieten.

Ich hoffe dabei auf den Stolz und das Selbstbewusstsein jener Menschen, die in Ost und West in vielfältiger Weise für ein geeintes, demokratisches Deutschland und Europa gekämpft haben – für jene demokratischen Freiheitsrechte, deren Demontage neue politische Kräfte in unserem Land heute vorantreiben.

Ich bin überzeugt: Die Auseinandersetzung mit den Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts kann helfen, den politischen Gegnern der europäischen Idee entschieden entgegenzutreten, und sie kann auch motivieren, für Freiheit und Demokratie einzustehen. Dafür brauchen wir die Unterstützung der Wissenschaft, dafür brauchen wir die Arbeit unserer Gedenkstätten, und dafür brauchen wir vor allem die authentischen Orte dieser unserer Geschichte.

Monika Grütters ist Staatsministerin a. D. für Kultur und Medien

Der UNESCO-Welterbestatus

Herausforderungen und Chancen für das »Grüne Band«

HERMANN PARZINGER

Der UNESCO-Welterbestatus gilt weltweit als eine der höchsten Auszeichnungen für Stätten des Kultur- und Naturerbes. Die UNESCO kennzeichnet damit Orte von außergewöhnlichem universellem Wert. Der Status bietet für Einrichtungen und Kulturstätten große Chancen, aber auch Herausforderungen. Der wichtigste Aspekt des UNESCO-Welterbestatus ist der internationale Schutz. Kulturstätten wie historische Bauwerke, Altstädte, Kulturlandschaften oder archäologische Fundorte werden als Teil des gemeinsamen Erbes der Menschheit anerkannt. Damit geht die Verpflichtung einher, diese Orte dauerhaft zu erhalten und vor Zerstörung, Verfall oder unangemessener Nutzung zu schützen. Gleichzeitig bedeutet der Status eine enorme internationale Wertschätzung. Er macht die Bedeutung einer Stätte über nationale Grenzen hinaus sichtbar und stärkt ihr kulturelles Prestige.

Damit erfüllt das »Grüne Band« zentrale Merkmale einer herausragenden Kultur- und Naturlandschaft

Mit der Auszeichnung durch den UNESCO-Welterbestatus sind aber auch klar definierte Pflichten verbunden. Die Träger und zuständigen Einrichtungen müssen langfristige Erhaltungs- und Managementpläne vorlegen, bauliche Veränderungen und andere Eingriffe streng regulieren und die historische Authentizität und Integrität bewahren. Der Welterbestatus ist daher kein »Titel auf Lebenszeit«. Bei schwerwiegenden Verstößen kann eine Stätte auf die »Rote Liste« gefährdeter Welterbestätten gesetzt, und im Extremfall kann der Status auch aberkannt werden.

Für viele Kulturstätten bringt der UNESCO-Welterbestatus eine stärkere öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung, was häufig mit einem deutlichen Anstieg der Besuchendenzahlen verbunden ist. Dies kann positive Effekte haben, wie etwa höhere Einnahmen für die Trägereinrichtungen, neue Arbeitsplätze sowie am Ende auch bessere finanzielle Möglichkeiten für Restaurierung und Forschung. Gleichzeitig entstehen Herausforderungen, etwa durch Übertourismus, steigende Kosten für Instandhaltung oder Nutzungskonflikte zwischen Denkmalpflege und wirtschaftlichen Interessen. Diese Interessenskonflikte müssen klug moderiert und produktiv gelöst werden, um einerseits den UNESCO-Welterbestatus nicht zu verlieren und andererseits aber auch weiterhin auf lokale Akzeptanz bauen zu können.

UNESCO-Welterbestätten haben zudem eine wichtige Bildungsfunktion. Sie vermitteln Geschichte, kulturelle Vielfalt und gemeinsames Menschheitserbe. Für die lokale Bevölkerung stärken sie das kulturelle Selbstverständnis und die Identifikation mit dem eigenen Lebensraum. Insbesondere für Museen, Archive, religiöse Einrichtungen oder historische Stadtkerne bedeutet der UNESCO-Welterbestatus eine enorme Aufwertung ihrer Rolle als Orte des Lernens und der Erinnerung.

Der UNESCO-Welterbestatus ist also weit mehr als ein symbolisches Gütesiegel. Für Einrichtungen und Kulturstätten bedeutet er Anerkennung, Schutz



Ein Stück des Kolonnenwegs: Das Naturschutzgebiet Himmelreich im sächsischen Gebiet des Grünen Bandes

und neue Chancen, aber er ist auch verbunden mit Verantwortung, Verpflichtungen und organisatorischen Herausforderungen. Richtig genutzt, kann er wesentlich dazu beitragen, kulturelles Erbe für zukünftige Generationen zu bewahren und zugleich lebendig zu halten.

Der UNESCO-Welterbestatus für den Natur- und Kulturraum »Grünes Band« wäre ein herausragender Weg, um die Relevanz dieses Status für komplexe Erinnerungs- und Naturlandschaften zu verdeutlichen. Der Welterbestatus basiert auf der UNESCO-Welterbekonvention von 1972, die den Schutz sowohl kultureller als auch natürlicher Stätten vorsieht. Zentrale Kriterien sind der außergewöhnliche universelle Wert, die Authentizität (bei Kulturgütern) sowie die Integrität (bei Naturgütern). In jüngerer Zeit gewinnen Kulturlandschaften und grenzüberschreitende Nominierungen an Bedeutung, da sie historische Prozesse und Mensch-Natur-Beziehungen abbilden.

Dies würde in besonderer Weise auch für das »Grüne Band« gelten. Es erstreckt sich entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze und ist Teil des europaweiten Projekts »European Green Belt«. Es vereint in einzigartiger Weise einen herausragenden naturschutzfachlichen Wert, bedingt durch jahrzehntelange Nutzungsfreiheit, einen hohen kulturhistorischen und erinnerungspolitischen Wert als Relikt der deutschen und europäischen Teilung sowie eine ausgeprägte symbolische Dimension als Landschaft des Übergangs von Trennung zu Verbindung. Damit erfüllt das »Grüne Band« zentrale

Merkmale einer herausragenden Kultur- und Naturlandschaft, wie sie im UNESCO-Kontext definiert wird.

Der UNESCO-Welterbestatus würde den langfristigen Schutz dieser Landschaft institutionell absichern und ein integriertes Managementkonzept erfordern, das Naturschutz, Denkmalpflege

Durch die Einbindung in das System der UNESCO-Welterbestätten könnte das »Grüne Band« zu einem zentralen Referenzraum werden

und Bildungsarbeit systematisch miteinander verbindet. Er würde die Bedeutung des »Grünen Bandes« als europäische Erinnerungslandschaft international stärker sichtbar machen und seine Rolle im Diskurs über Diktaturerfahrungen, Grenzregime und Versöhnung stärken. Er würde ferner die pädagogische Funktion des »Grünen Bandes« als außerschulischer Lernort stärken, an dem Themen wie deutsche Teilung, Kalter Krieg, Biodiversität und nachhaltige Landschaftsentwicklung vermittelt werden.

Das »Grüne Band« steht ohnehin vor erheblichen Herausforderungen: Nutzungskonflikte zwischen Naturschutz, Tourismus und regionaler Entwicklung,

ein hoher administrativer Aufwand sowie die Notwendigkeit, unterschiedliche Akteursinteressen dauerhaft zu koordinieren. Zudem muss die historische Authentizität des Grenzraums bewahrt werden, ohne ihn museal zu überformen. Der UNESCO-Welterbestatus kann dabei ein wirkungsvolles Instrument zur zukünftigen Sicherung dieses Kultur- und Naturraums sein. Der Status würde nämlich nicht nur Schutz und Anerkennung bedeuten, sondern darüber hinaus auch eine vertiefte Auseinandersetzung mit Geschichte, Erinnerungskultur und nachhaltiger Landschaftsentwicklung befördern. Damit stünde das »Grüne Band« exemplarisch für einen erweiterten Welterbebegriff, der Natur- und Kulturwerte nicht trennt, sondern in ihrem historischen Zusammenhang betrachtet.

Die mit diesem Status verbundene Schutzverpflichtung sichert den langfristigen Erhalt. Zentrale Instrumente sind dabei Managementpläne, regelmäßige Monitoring-Verfahren und Berichtszyklen an das Welterbekomitee. In Deutschland zeigt sich dies exemplarisch etwa an der Museumsinsel Berlin, wo der Welterbestatus maßgeblich zur Entwicklung integrierter Schutz- und Nutzungskonzepte beigetragen hat. Denkmalpflege, Stadtentwicklung und touristische Nutzung werden hier in einem dauerhaften Aushandlungsprozess aufeinander abgestimmt.

Gut vergleichbar mit dem »Grünen Band« sind die Welterbestätten der Römischen Grenzanlagen (römischer Limes), der in ähnlicher Weise Kultur und Geschichte, Natur und Ökologie verknüpft. Sie fungieren als eine

transnationale Forschungslandschaft zur Militär-, Verwaltungs- und Alltagsgeschichte des Römischen Reiches und fördern vergleichende archäologische Forschung über Ländergrenzen hinweg. Oder: Die Kulturlandschaft Oberes Mittelrheintal mit ihren zahlreichen bedeutenden Burgen, Schlössern und historischen Städten. Diese Region steht exemplarisch für die Herausforderung, kulturelle Authentizität, ökologische Sensibilität und wirtschaftliche Nutzung miteinander in Einklang zu bringen.

Durch die Einbindung in das System der UNESCO-Welterbestätten könnte das »Grüne Band« zu einem zentralen Referenzraum werden, in dem historische Prozesse, soziale und politische Entwicklungen und die Ausgestaltung von Naturlandschaften vergleichend erforscht und sichtbar gemacht werden können. Das »Grüne Band« würde so zu einem einzigartigen Lernort für Demokratie-, Friedens- und Umweltbildung werden. International könnte dies den interkulturellen Dialog fördern, weil unterschiedliche historische Erfahrungen sichtbar gemacht und als gemeinsames Erbe der Menschheit verstanden werden. Das »Grüne Band« würde auf diese Weise entscheidend dazu beitragen, eng miteinander verflochtenes Kultur- und Naturerbe nicht nur zu bewahren, sondern als lebendigen Bestandteil gegenwärtiger und zukünftiger Gesellschaften zu verstehen.

Hermann Parzinger ist Archäologe. Von 2008 bis 2025 war er Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Derzeit ist er Executive President von Europa Nostra

FOTO: THOM GALLIE

Identifikationsort in einer geteilten Region

Das Grüne Band fördert das Zusammenwachsen

FRANZISKA KERSTEN

Als 1945 Deutschland geteilt und 1961 die Mauer gebaut wurde, trennte sie nicht nur geografisch Regionen, sondern Familien, Freundschaften und Beziehungen. Straßen endeten im Nirgendwo, Zugverbindungen existierten auf einmal nicht mehr, und jahrhundertealte Wirtschafts- und Kulturbeziehungen wurden gekappt. Wer früher nach Helmstedt ins Theater fuhr, musste nun nach Magdeburg oder eben andersherum.

Wenn man heute durch die ehemalige Grenzregion fährt, sind die Auswirkungen dieser Teilung immer noch spürbar. Mein Wahlkreis Börde-Salzlandkreis verläuft ein gutes Stück an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, heute zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Die Gegend war zwar schon immer ländlich geprägt, aber man merkt doch noch einmal verstärkt die kleinen Straßen und fehlende Industrie. Im Scherz macht man selbst heute noch »rüber«, wenn man

an einem der braunen Schilder die ehemalige Grenze überquert. Die gefühlte Distanz »zur anderen Seite« ist weiter als die wirkliche geografische.

Doch es gibt 35 Jahre nach der deutschen Einheit natürlich auch Zeichen des Zusammenwachsens. Das Grüne Band ist dabei wohl eins der wichtigsten. Ich kam mit dem Grünen Band das erste Mal in den 2010er Jahren konkret in Berührung. Nachdem ich 1989 in Leipzig bei den Montagsdemonstrationen mitgelaufen war, hatte ich zunächst eine Weile in Westdeutschland und Belgien gelebt. Bei meiner Rückkehr nach Sachsen-Anhalt wurde ich nach verschiedenen anderen Stationen Anfang 2019 Geschäftsführerin der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt. Diese war damit beauftragt, Ausgleichsflächen für das Grüne Band zu besorgen. Einige Monate später wurde das Grüne Band Nationales Naturmonument, was noch einmal für besondere Aufmerksamkeit für das Thema sorgte. Endlich gab es da ein gemeinsames Projekt, bei dem sich die Menschen der Region wieder kennenlernen konnten und sich vernetzten. Umwelt- und Kulturverbände, die Staatskanzlei und das Umweltministerium arbeiteten gemeinsam.

Das Grüne Band wurde identitätsstiftend. Eine Erfahrung, die ich als heutige SPD-Bundestagsabgeordnete in den Kulturausschuss mitgenommen habe.

Im Scherz macht man selbst heute noch »rüber«, wenn man an einem der braunen Schilder die ehemalige Grenze überquert

Seitdem geht der Erfolg des Grünen Bandes weiter: Am 30.01.2026 konstituierte sich der neue Fachbeirat Grünes Band für Sachsen-Anhalt. Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, von Landeigentümern, der Erinnerungspolitik und anderen Interessengruppen werden hier Empfehlungen für die Landesregierung erarbeiten. Sie sollen insbesondere den neuen Pflege-, Entwicklungs- und Informationsplan (PEIP)

für das Grüne Band mit konkreten Maßnahmen hinterlegen. Für den Naturschutzteil des PEIP bedeutet das z. B. Artenschutzmaßnahmen. Mit dem kulturellen Teil soll das Grüne Band erlebbar und erreichbarer werden. Wie können v. a. junge Menschen vom Grünen Band begeistert werden, die bisher wenig Interesse an der Aufarbeitung unserer geteilten Geschichte haben? Dabei geht es natürlich um die Menschen vor Ort, aber auch um Touristinnen und Touristen. Und es gibt viele Ideen: von der Rad- oder Wanderwegeerschließung über Zelt- und Grillplätze für Jugendliche an lost places wie aufgegebenen Dörfern, ehemaligen Grenzanlagen oder Kolonnenwegen bis hin zu digitalen Angeboten wie der Grenzwandler-App, die zeigen kann, wie es früher an der Grenze aussah. Ziel muss es sein, dass die Besucherinnen und Besucher aktiv die Natur und Geschichte dieses ganz besonderen Ortes erleben. In diesem Kontext wünsche ich auch der UNESCO-Bewerbung des Grünen Bandes von Herzen viel Erfolg.

Hiervon wird auch die Region profitieren. Je bekannter das Grüne Band wird, desto mehr kann es Identität stiften und Gebiete, die früher abgehängt

waren, können wieder Regionalstolz entwickeln. Viele Heimatvereine sind zentrale Akteure, wenn es um kulturelle Veranstaltungen am Grünen Band geht. Für sie kann das Grüne Band ein echtes Alleinstellungsmerkmal für Förderanträge sein. Es überrascht daher nicht, dass eine große Anzahl Verbände großes Interesse an einer Beteiligung im neugegründeten Fachbeirat Grünes Band angemeldet haben.

Eine Maßnahme könnte die Identifikation mit dem Grünen Band noch einmal relevant stärken: Im Koalitionsvertrag des Landes Sachsen-Anhalt wurde vereinbart, ein »Besucherzentrum Grünes Band der Erinnerung Sachsen-Anhalt« zu schaffen. Eine Machbarkeitsstudie hat drei mögliche Orte für die Errichtung eines solchen Zentrums identifiziert. Es wäre im Interesse aller Beteiligten, dieses Projekt noch vor den nächsten Landtagswahlen anzustoßen. Ein solcher Ort könnte Raum geben für die weitere Wiederaufnahme von Kontakten in der Region und über die ehemalige Grenze hinweg.

Franziska Kersten ist SPD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien

Kein Ziel von Spaziergängen

Erinnerungen an den ehemaligen Todesstreifen

KATRIN BUDDE

Immer wieder haben mich Menschen nach der Friedlichen Revolution und Wiedervereinigung gefragt, wie war das so zu DDR-Zeiten, wenn du an der innerdeutschen Grenze warst. Im ersten Moment bin ich dann, auch heute noch, irritiert. Wie kommen Menschen darauf, dass ich dort hingegangen bin? Warum überhaupt sollte ich dort hingehen? Es war für mich eine Gefahrenzone, eine No-Go-Area. Man wusste, dass man schon weit vor der Grenze angesprochen werden würde. Was wollen Sie hier? Wohin wollen Sie? Zeigen Sie Ihre Papiere.

Dann überlege ich. Nein, nicht einmal in Berlin, wenn wir auf Klassenfahrt oder privat dort waren, bin ich auf die Idee gekommen, Richtung Grenze zu gehen. Am nächsten kam ich ihr vor dem Brandenburger Tor, denn die Straße Unter den Linden ging man natürlich immer entlang. Richtung Checkpoint Charlie bin ich nie gegangen.

Und das heutige »Grüne Band«, die innerdeutsche Grenze über Felder und

Wälder? Niedersachsen war nicht weit. Aber ehrlicherweise wäre ich zu DDR-Zeiten gar nicht auf die Idee gekommen, mich der Grenze ohne Grund zu nähern. 5 km vor den Grenzanlagen – und diese waren ja auch breit – war eh Schluss. Mit dem Zug ging es schon eher. Man bekam ohne Passierschein oder Genehmigung gar keine Fahrkarte. Und wäre man sitzen geblieben, wäre man rausgefischt worden. Keine schöne Vorstellung, von Grenzkontrolleuren aus dem Zug geholt zu werden und zur Befragung verbracht zu werden. Diese Grenze, die heute das längste Naturschutzgebiet Deutschlands ist, sie war da, aber sie war kein Ziel von Spaziergängen.

Von westdeutscher Seite aus war das anders. Man konnte ja bis an die Mauer oder den Zaun heran.

Und trotzdem gab es auch für mich Berührungen. Mein Mann war für den Wehrdienst an die Grenze geschickt worden. Da war die Angst auch bei mir immer im Hinterkopf. Ich wusste, er würde nicht schießen wollen. Ich war mir sicher, er würde es auch nicht tun. Aber wir wussten auch beide, Nichtschießen

hätte schlimme Konsequenzen für ihn persönlich gehabt. Geredet haben wir erst sehr viel später darüber. Für ihn war es ganz sicher eine der schwierigsten Zeiten in seinem Leben. Gut, dass er nie in die Situation gekommen ist, sich entscheiden zu müssen.

Und dann war da noch der Ernteinsatz am Beginn meines Studiums. Der war verpflichtend für alle Studierenden. Schließlich sollten wir auch in der Praxis dem Sozialismus dienen. Wir waren zur Kartoffelernte eingesetzt. Unsere Unterkunft, die Felder und die Sortieranlagen lagen in der 5-km-Zone an der Grenze nach Niedersachsen. Das war das einzige Mal in meinem Leben, dass ich einen Passierschein für dieses Gebiet bekam. Aber man konnte nicht einfach raus und rein. Man kam einmal rein und am Ende der Zeit einmal raus. Weil das Ferienlager, in dem ich im Sommer gearbeitet hatte, eine Auszeichnung bekam, durfte ich dann doch einmal zwischendurch nach Magdeburg und danach zurück zum Einsatz fahren. Ich kann mich immer noch an das eigenartige und ungute Gefühl erinnern, als ich kontrolliert wurde. Ich hatte den Schein ja, aber in einer Diktatur, in

einem repressiven Staat, empfand man jede solcher Kontrollen als Bedrohung.

Pilze suchen war übrigens in diesem Sperrgebiet eine Freude. Das heutige Grüne Band war schon damals ein Naturreservat der besonderen Art. Und so verbinde ich dieses Wohnen und Arbeiten in Grenznähe auch mit dem Duft von geschmornen Pilzen auf dem kleinen Kohleofen in unserer Unterkunft. Ein trügerischer Duft von heiler Welt.

Durch meine Arbeit an den Gesetzen »Zur Rehabilitierung in der DDR aus politischen Gründen Verfolgter« kam mir das heutige Grüne Band dann sehr nahe. Als 1965 Geborene waren mir die 1950er und 1960er Jahre aus familiären Erzählungen bekannt. Aufgewachsen in einer katholischen Familie mit auch diesem Umfeld waren viele kritische Themen am Abendbrottisch oder bei Geburtstagen präsent. Aber da wir in der Familie nicht betroffen waren, auch nicht im Freundeskreis, war das Thema Zwangsumsiedlung nicht so sehr präsent. Das Leid, das die Aktion »Ungeziefer«, die Zwangsumsiedlung in der Nacht, ohne Ankündigung, der Verlust des Zuhauses und die Verleumdung dieser Menschen gebracht hat, kann nicht ungeschehen oder wiedergutmacht werden. Aber dass uns bei der letzten Gesetzesnovelle eine Anerkennung dieses Leides gelungen ist, das ist gut und wichtig.

Diese innerdeutsche Grenze wurde nach und nach undurchdringlicher. Es war ein Prozess, der in einem Todesstreifen mit Tretminen und Selbstschussanlagen endete. Nahezu unüberwindbar und oft tödlich für die, die es trotzdem versuchten. Aber auch tödlich für junge Männer, die zum Dienst an dieser Grenze gezwungen wurden und den Druck nicht ertragen konnten.

Dass sie heute als Grünes Band, weiterexistiert, gesehen und bewandert werden kann in ihrem unglaublichen Ausmaß, ist gut. Sie ist gleichzeitig Zeitzeugin, Mahnerin und Zukunft von Natur. Es das ist das Beste, was wir tun können mit diesem Streifen, der Deutschland und die dort lebenden Menschen so lange teilte und jetzt wieder verbindet. An vielen Stellen wird man sich der ehemaligen Grenze gar nicht mehr bewusst, und auch das ist gut. Genau so wie die Stellen an denen man ganz bewusst die ehemalige Grenze sichtbar macht. Viele Jüngere sind in dem Glauben aufgewachsen, dass Grenzen etwas Vergangenes sind. Leider ist auch das ein trügerischer Glaube.

Katrin Budde ist Ministerin für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt a. D. Von 2017 bis 2025 war sie Vorsitzende des Bundestagsausschusses Kultur und Medien



Grenzsäule im Wald am Bromer Bogen in Sachsen-Anhalt

FOTO: THOM GALLIE

Gartenkunst, Naturschutz und Geschichtsort

Die Potsdamer Parks und die ehemalige deutsch-deutsche Grenze

KATHARINA MATHEJA & CHRISTOPH MARTIN VOGTHERR

Die DDR-Grenzanlagen durchschnitten zwischen 1961 und 1989 auf brutale Weise die Potsdam-Berliner Kulturlandschaft. Das Grenzregime schränkte durch das gewaltsam durchgesetzte Ausreiseverbot Menschenrechte grundlegend ein, die Verantwortlichen nahmen auch Todesfälle in Kauf. Mehrere Fluchtversuche misslangen auch im Bereich der Potsdamer Parks, wo das West-Berliner Ufer auf der anderen Havelseite gut sichtbar war und erreichbar schien. Die menschliche Brutalität der Anlagen war entlang der ganzen deutsch-deutschen Grenze dieselbe, doch kam in Potsdam im Bereich der Parks Babelsberg, Neuer Garten und Sacrow noch der völlige Mangel an Achtung gegenüber einem einmaligen Ort der Kunst und Geschichte hinzu. In allen drei Parks wurden erhaltene Anlagen eingeebnet, Gebäude abgerissen und dem Verfall überlassen. Entlang des Grenzverlaufs wurden Bäume gefällt und Vegetation chemisch vernichtet, während der überwiegende Teil der Gärten dem Wildwuchs überlassen wurde. Im Park Babelsberg gab es zu DDR-Zeiten ein verstörendes Nebeneinander von Volkspark und Grenzanlage: In den 1970er und 1980er Jahren wurden die schlossnahen Partien im Park Babelsberg nach historischem Vorbild wiederhergestellt, im Schloss war seinerzeit ein Museum eingerichtet. Schulklassen spielten auf den Rasenflächen am Pleasureground, während wenige Meter weiter im abgezaunten Gebiet Patrouillen die Grenze sicherten. Sacrow wurde im Zuge der Grenzerrichtung komplett isoliert und mit einem eigenen Grenzposten gesichert. Die Heilandskirche wurde Teil der Grenzmauer, Gebäude und Park wurden vom Zoll der DDR genutzt. Noch vor dem Mauerfall konnten Teile der Kirschenfassade auf Initiative des damaligen Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin Richard von Weizsäcker restauriert werden, doch erst mit der Übernahme durch die Potsdamer Schlösserverwaltung 1990 wurde das gesamte Ensemble wiederhergestellt. Im Neuen Garten nutzte der damalige Parkleiter Otto Raudensky in den 1980er Jahren die Anweisung zur Entfernung morscher Bäume im Grenzbereich für einen raffinierten Schachzug: Er nahm

den Befehl als Anlass, um die zugewachsenen Sichtbeziehungen vom Marmorpalais zum Schloss auf der Pfaueninsel und dem Schloss Sacrow wieder freizulegen. Der sogenannte »Raudensky-Coup« verdeutlicht, wie tief der Wunsch zum Erhalt des Weltbes bei den Menschen verwurzelt war. Alle drei genannten Anlagen gehörten zu den Parkanlagen des preußischen Königshauses, die nach einem Masterplan des herausragenden Gartenarchitekten Peter Joseph Lenné um Potsdam herum zu einer durchgehenden Landschaft von atemberaubender Schönheit zusammengefasst worden waren. Diese Schlösser und Parks der Landschaft um Potsdam (und im Südwesten Berlins) erhielten 1990 UNESCO-Welterbe-Status. Ironischerweise hatte die DDR diesen Status selbst noch beantragt – gedacht war an die erste UNESCO-Welterbestätte im Land – und ebenso ironischerweise wurde dieser Antrag angenommen, als die DDR bereits nicht mehr existierte. Die Rückgabe des Grenzstreifens an die Gärtner und Gärtnerinnen der Parks und der Beginn der Wiederherstellungsmaßnahmen der Anlagen hat sich als besonders emotionaler Moment in die Geschichte der Potsdamer Gärten und unserer Stiftung, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, eingebrannt. Viele Menschen, die die Zerstörung und Verwahrlosung des ihnen Anvertrauten selbst hatten beobachten müssen, arbeiteten nun mit großer Leidenschaft und Sachkenntnis daran, die Spuren der Gewalt des Grenzregimes zu beseitigen. Auf den kontaminierten Böden des ehemaligen Grenzgebietes wurden mit großer Geduld und Hingabe neue Gehölze gepflanzt, während in den jahrelang vernachlässigten Bereichen die gestalterischen Strukturen mühevoll herausgearbeitet wurden. So gelang in erstaunlich kurzer Zeit die umfassende Wiederherstellung dieser Gartenkunstwerke. Die Idee, dass das Welterbe über die Gewalt triumphiert, ist zutiefst anrührend und hatte enorme Energien freigesetzt. Sie ist sogar zum Thema eines Films und eines Buchs mit Interviews geworden (Jens Arndt, Gärtner führen keine Kriege, Berlin 2016), die nach wie vor auf großes Interesse stoßen. Heute weisen nur noch wenige Spuren auf die Geschichte der Teilung hin. Oft muss man sie sorgfältig suchen, wie beispielsweise die letzten Überreste der weißen Wandfarbe

am Dampfmaschinenhaus im Park Babelsberg. Um Flüchtende in der Dunkelheit besser zu erkennen, wurden Teile der Außenwände des historischen Gebäudes, das im Stil einer Moschee erbaut wurde, weiß angestrichen. Als prominenteste Spur ist hier die unterschiedliche Farbe der Glienicker Brücke auf Potsdamer und Berliner Seite zu nennen, die auf den Kalten Krieg zurückgeht. Die Potsdamer Situation ist also in mehrerlei Hinsicht eine Ausnahme innerhalb des Grünen Bandes, denn hier koexistieren mehrere Bedeutungsebenen, die unterschiedliche Herangehensweisen erfordern. Im Bereich unserer Stiftung steht das gesamte Gelände des Grünen Bandes als historische Gartenanlage unter Denkmalschutz, nur Teile der Havel zwischen dem Neuen Garten und Sacrow, Teile des Jungfernses sowie die Sacrower Anlage stehen außerdem unter Naturschutz. Insbesondere aber sind die Anlagen Welterbe im Sinne der UNESCO und stehen dadurch unter besonderem Schutz für die gesamte Menschheit. Dafür gibt es ein durch ICOMOS im Auftrag der UNESCO organisiertes Monitoring, die Aufgabe der Erhaltung übernehmen aber laut Welterbe-Konvention die jeweiligen Staaten, hier also die Denkmalpflegebehörden in der Bundesrepublik Deutschland (für die genannten Parks des Landes Brandenburg). Dies alles ist eindeutig und sicher auch unstrittig. Komplizierter wird es erst bei den Kriterien der Unterschutzstellung, denn die UNESCO hat sich 1990, für die damalige Zeit typisch (aber vielleicht unbewusst?), für eine Argumentation ausschließlich mit dem 18. und 19. Jahrhundert entschieden. Die spätere deutsche und europäische Geschichte hat in der UNESCO-Begründung keinen Raum, ist in dieser Argumentationslogik vielmehr ein Störfaktor: »Die historische Entwicklung zwischen 1939 und 1989 hat am Potsdamer Gut aufgrund von Vernachlässigung, Umnutzung von Gebäuden für die gesamte Gesellschaft und des Baus militärischer Einrichtungen Spuren hinterlassen; gleichwohl folgt die Gestaltung noch immer Lennés Plan.« Sechsendreißig Jahre später haben sich die Fragen und das Interesse des Publikums verschoben. Neben die besondere Schönheit und künstlerische Relevanz der Parks ist auch ihre Bedeutung als Geschichtslandschaft getreten. Ein großes Forschungsprojekt der staatlichen

Die Rückgabe des Grenzstreifens an die Gärtner und Gärtnerinnen der Parks und der Beginn der Wiederherstellungsmaßnahmen der Anlagen hat sich als besonders emotionaler Moment in die Geschichte der Potsdamer Gärten und unserer Stiftung, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, eingebrannt

Schlösser und Gärten in Deutschland arbeitet zur Geschichte ihrer Gebäude und Anlagen im 20. Jahrhundert. Angebote zur Geschichte der Potsdamer Parks im 20. Jahrhundert, gerade auch zu Grenzanlagen und Wiederherstellungsmaßnahmen nach 1990 stoßen auf großes Interesse. Die Mauerzeit ist einer der wesentlichen Gründe für ausländische Touristen, nach Berlin zu fahren. Unsere Aufgabe ist es also, diese unterschiedlichen Ansprüche zusammenzubringen. Auf die wenigen Spuren im Originalbestand muss in Zukunft besser hingewiesen werden. Mitarbeitende, die in der Zeit der Teilung bereits in den Gärten arbeiteten, geben in speziellen Führungen als Zeitzeugen einen Einblick in die bewegte Vergangenheit der betroffenen Parkanlagen. Gleichzeitig hat unsere Stiftung das Thema für die digitale Vermittlung identifiziert. Das »Serious Game« Borderzone kann vor Ort im Park Babelsberg gespielt werden und zeigt mit Mitteln der Augmented Reality die Situation zur Zeit der Teilung. Dies wird teilweise im Rahmen von Schulprogrammen getan, um Borderzone als Einstieg in historische Diskussionen zu nutzen. Dieses Spiel wird von uns frei angeboten, darüber hinaus bieten wir Schulprogramme und Fortbildungen für Lehrkräfte an, die mit einer Spiele-App, der Action Bound-App arbeiten. Als drittes Element ist ein kontinuierliches Programmangebot zur Geschichte der Parks während der Teilung gefragt und notwendig. Wir planen, diesem Thema auch im sanierten Schloss Babelsberg in Zukunft prominenten Raum zu geben. Aus guten Gründen ist also das Gelände der Grenzanlagen in den Potsdamer Parks 1990 nicht direkt unter Naturschutz gestellt, sondern vorrangig als Kulturdenkmal und Welterbe betrachtet worden. Das macht die Vermittlung des widersprüchlichen und oft brutalen Erbes in der ehemaligen Grenzzone zu einer besonders wichtigen Aufgabe. Die Einbindung in das Grüne Band kann hier einen wichtigen Baustein liefern.

Katharina Matheja ist Direktorin der Abteilung Gärten in der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg. Christoph Martin Vogtherr ist Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg



Grenzgedenkstätte Untersuhl mit Beobachtungsturm, Zaunelement und Beobachtungsbunker

FOTO: THOM GALLIE

»Mit Rechten reden, aber klare rote Linie ziehen«

Sebastian Krumbiegel im Gespräch

Der Sänger der »Prinzen« spricht mit Ludwig Greven über Freiheiten und Unterdrückung in der DDR, Fehler bei der Wiedervereinigung und sein Engagement gegen Feinde der Demokratie im Osten.

Ludwig Greven: Sie sind in der DDR groß geworden. Als Sie 23 waren, wurde die SED-Diktatur gestürzt. Hatten Sie bis dahin überhaupt schon Demokratie erlebt?

Sebastian Krumbiegel: Auf jeden Fall. Ich möchte die DDR auf keinen Fall schönreden. Sie war keine Demokratie, kein Rechtsstaat. Und ich möchte auch niemanden brüskieren, der unter der SED gelitten hat. Aber ich hatte damit wenig zu tun. Ich war privilegiert, weil ich im Thomaner-Chor aufgewachsen bin und wir viel durch die Welt gereist sind und natürlich auch demokratische Systeme erlebt haben. Aber wir haben nicht 24 Stunden am Tag gesagt, wir leben in einer Diktatur, und wie schlecht es uns geht. Wir haben uns eingerichtet und mit den Gegebenheiten arrangiert. Wir haben unser Leben genossen, so gut es ging.

Gab es in DDR-Schulen Freiheiten? Oder nur Gehorsam gegenüber Staat und Partei?

Es gab morgens manchmal Fahnenappell. Aber die ganze Rotlichtbestrahlung, den Staatsbürgerkunde-Unterricht und die Pioniernachmittage haben wir eher belächelt und uns darüber lustig gemacht. Wenn ich jedoch meinem 90-jährigen Vater sage, so schlimm war das doch alles gar nicht, dann sagt er mir: Du bist zu jung, Du hast nicht erlebt, was wir in den 1950er und 1960er Jahren durchgemacht haben.

Meine Eltern haben in der Paulinerkirche in Leipzig an der Universität geheiratet. Diese Kirche wurde 1968 auf Geheiß von Walter Ulbricht gesprengt. Mein Vater hat Eingaben dagegen geschrieben, bis nach Berlin. Er hat nach dem Mauerfall durch seine Stasiakte erfahren, dass ihm das in seiner Karriere als Wissenschaftler schwer geschadet hat. Weil er aufbegehrt wurde, wurde er von der Forschung in die Produktion versetzt. Er war damals an der Akademie der Wissenschaften, dem heutigen Umweltforschungszentrum, und hat nachgewiesen, dass die Kinder in der Chemieregion um Leipzig und Bitterfeld an Atemwegserkrankungen litten. Er durfte diese Studien nicht veröffentlichen. Aber es war uns allen klar. Was übrigens zeigt, wie sehr die Geschichte der Wiedervereinigung auch mit dem Umweltthema verknüpft ist.

War Ihr Vater dadurch ein Vorbild für Sie?

Ich bin stolz darauf, dass er gerade geblieben ist und er sich nicht hat einschüchtern lassen. Meine Eltern haben uns den Kompass mitgegeben: Seid zwar vorsichtig, aber sagt eure Meinung. Natürlich konnten wir nicht sagen, die Mauer muss weg, Honecker ist ein Schwein. Aber auf unserer ersten Platte haben wir 1987 ein Lied gesungen, »He Betriebsdirektor, schau Dir an, die Fische schwimmen alle auf dem Rücken. Schalt mal Deine Filteranlagen ein.« Die Leute haben das verstanden und geklatscht. Damals konnte noch keiner ahnen, dass die Geschichte so einen Verlauf nehmen würde. Doch wir haben unsere Möglichkeiten genutzt. Die DDR war wirklich dreckig, der Schnee war am Abend schwarz von den Umweltgiften. Das sage ich allen, die sich diesen Staat zurückwünschen. Allein die Luft ist heute anders als die, die wir damals eingeatmet haben.

Wurde in Ihrer Familie über solche Themen gesprochen?

Ja. Wenn wir morgens in die Küche kamen, lief Deutschlandfunk, also Westradio. Ich will meine Eltern nicht als Helden stilisieren. Und ich war auch kein Dissident. Aber man konnte anständig bleiben. Meine Mutter hat mir immer gesagt: Hinterfrag Autoritäten! Das war für mich eine wichtige Lehre. Allerdings immer mit dem Hintergrund: Lehn dich nicht zu weit aus dem Fenster. Du willst Abi machen und was werden. Lass dich aber trotzdem nicht verbiegen.

Sie konnten in Rockbands singen, selbst während des Wehrdienstes in der Volksarmee. Haben Sie Ihr Leben in der DDR dennoch als unfrei empfunden?

Mir war immer klar, dass es eine Diktatur war. In meinen Tagebüchern habe ich auf die DDR geschimpft. Das war auch die klare Meinung meiner Freunde und Klassenkameraden. Wir waren gegen alles, was mit Marxismus-Leninismus zu tun hatte, auch wenn ich heute sagen muss, dass Marx in vielem durchaus recht hatte.

Hatten Sie die Hoffnung, dass das DDR-System irgendwann stürzen würde?

Spätestens mit Gorbatschow kam diese Hoffnung. Deswegen wurde er in der DDR gefeiert. Wir haben ein Lied über ihn gemacht: »Hallo lieber Michail, sag uns, was spielst du da für ein neues Spiel? Bring uns doch mal die Spielregeln bei.« Das konnten wir damals singen.

Was waren Ihre stärksten Gefühle, als die Mauer fiel und die SED-Bonzen abtreten mussten: Freude darüber, endlich frei reisen und auch im Westen auftreten zu können? Oder darüber, nun über das eigene Leben frei bestimmen und das Land anders gestalten zu können?

Das war mein Hauptgedanke: Hey, jetzt passieren ganz neue Sachen. Ich habe damals allerdings nicht gesehen, wovor Bürgerrechtler gewarnt haben, dass von den Ideen, die sie im Neuen Forum und in der DDR-Umweltbewegung hatten, nicht viel bleiben würde. Sie wollten die DDR reformieren, nicht die schnelle Wiedervereinigung. Rückblickend betrachtet hätte man die Chance nutzen sollen, positive Dinge zu übernehmen, die es in der DDR gab, wie das gemeinsame Lernen in den Schulen oder die Polikliniken. Von der Bundesrepublik wurden viele Fehler gemacht. Zu sagen, ihr habt 40 Jahre ein falsches Leben gelebt, nichts stimmt von dem, was ihr hattet, war falsch. Man hätte sich auch eine neue Hymne geben können. Bei vielen schwingt immer noch die erste Strophe mit: »Deutschland, Deutschland über alles«. Das holen sie jetzt wieder raus. Deshalb sträubt sich nach wie vor irgendwas in mir, die Hymne zu singen.

Die Fehler bei der Wiedervereinigung wirken bis heute?

Die Mentalität im Westen, wir haben gewonnen, ihr seid die Loser, das fällt uns heute im Osten auf die Füße. Man hat den Leuten ihre Identität genommen. Sie durften auf nichts mehr stolz sein. Viele im Westen haben bis jetzt keine Ahnung, wie wir im Osten gelebt haben. Wir haben nicht jeden Tag gerufen: Hilfe, Hilfe!

Aber woher kommt es, dass es nicht nur bei Menschen, die die DDR noch erlebt haben, sondern auch bei ihren Kindern und Enkeln, die in Freiheit und Demokratie



Grenz-Beobachtungsturm auf dem Freilichtgelände des Deutsch-Deutschen Museums Mödlareuth

FOTO: THOM GALLIE

aufgewachsen sind, wieder einen so starken Wunsch gibt nach einem autoritären Staat?

Das wird durch die Generationen weitergereicht, dieser Frust und die Enttäuschung. Die Eltern geben das an ihre Kinder, und die tragen das weiter. Diese erste Generation zündet heute keine Asylbewerberheime mehr an wie in den 1990er Jahren in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Aber die Gedanken sind immer noch da.

Hätte es nach der Einheit eine allgemeine politische Schulung gebraucht, um zu lernen, dass Demokratie nicht einfach heißt, die Mehrheit entscheidet, sondern dass dazu Minderheitenrechte gehören. Und dass Demokratie unbequem ist und eigenes Engagement verlangt?

Das braucht es heute noch viel mehr. Auch wenn ich denke, dass bei vielen das sprichwörtliche Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk hat gesagt: In einer Diktatur zu leben, ist bequem. Wenn man sich an die Spielregeln hält, muss man sich um nichts kümmern. Der Staat gibt alles vor. Viele sehnen sich danach zurück. Freiheit ist, wie Rosa Luxemburg einst sagte, immer auch die Freiheit der Andersdenkenden. Wir müssen allerdings aufpassen, dass wir in unseren Blasen nicht selbst sagen, nur unsere Meinung zählt. Ich weiß auch nicht immer, was richtig oder falsch ist.

Sehen Sie sich als Botschafter der Demokratie, auch als Musiker?

Ich mache mich für die Demokratie gerade und sage klar meine Meinung.

Aber ich bin kein Aktivist. Meine neue Platte ist wieder ziemlich politisch geworden. Doch ich will niemandem vorschreiben, wie er zu leben hat. Ich will Denkanstöße geben und nicht danebenstehen und nichts machen in diesen wirren Zeiten.

Sind Sie manchmal frustriert, wenn Sie sehen, wie sich trotz Ihres Engagements und das von vielen anderen die Dinge in die falsche Richtung entwickeln und die AfD immer stärker wird?

Ich kriege oft um die Ohren gehauen, das bringt doch alles nichts. Ich halte das für einen Irrtum. Wenn es nicht Leute gäbe, die aktiv sind, wäre es noch viel schlimmer. Wir machen seit 1997 zum Beispiel eine Aktion »Leipzig zeigt Courage« gegen Neonazis. Wir müssen sowas noch viel mehr machen. Wir müssen die Demokratie vor ihren Feinden schützen. Mich schmerzt, dass Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit wieder so viel Oberwasser bekommen.

Woran liegt das?

Das hat auch damit zu tun, dass von der Politik viele Fehler gemacht worden sind. Zum Beispiel dass man alle Jugendclubs im Osten zugemacht hat, weil sie FDJ-Clubs waren. Die Jugendlichen verloren dadurch Orte, an denen sie zusammenkommen konnten. Die haben sich dann an der Tanke getroffen und sind auf dumme Ideen gekommen. Und es ist genauso ein großer Fehler, dass man nun an der Kultur spart. Kultur ist überlebenswichtig. Wenn wir auf Kultur verzichten, werden wir kulturlos. Dann geht man unkultiviert miteinander um. Und

wenn dann auch noch so etwas passiert wie jetzt mit den Epstein-Akten, dass die gesamten Eliten am Pranger stehen, ist das alles Wasser auf die Mühlen derjenigen, die sagen: »die da oben«.

Würden Sie vor AfD-Anhängern auftreten, um sie mit Ihren Überzeugungen zu konfrontieren?

Ja, würde ich. Nicht vor den AfD-Kadern. Aber man muss mit den Leuten reden. Wir haben im vorigen Jahr vor den Landtagswahlen ein Minifestival gemacht in dem kleine Ort Themar in Thüringen. Da gab es jahrelang ein Rechts-Rock-Festival »gegen Überfremdung«. Wir haben versucht, dem etwas entgegenzusetzen. Abends saßen wir bei der Mutter des Veranstalters in ihrem Nest mit sechs Häusern auf dem Balkon, und sie sagte: »Der Nachbar da wählt AfD, der da hängt immer die Reichskriegsflagge raus. Wir sind hier umgeben von Rechtsextremisten. Aber wenn der Nachbar eine Bohrmaschine braucht, kriegt er sie geliehen. Doch wenn er sich ein Hakenkreuz an die Jacke macht, kriegt er eine Anzeige.« Diese Haltung, die Leute nicht zu verteufeln, das Gespräch zu suchen und offen zu sein, aber klare rote Linie zu ziehen – das halte ich für die genau richtige. Das ist jedenfalls auch meine.

Sebastian Krumbiegel machte seine Gesangsausbildung im Thomaner-Chor und an der Musikhochschule Leipzig und gründete 1987 mit drei anderen die »Herzbuben«, 1991 umbenannt in »Die Prinzen«. Er engagierte sich für Demokratie, Frieden und Menschenrechte. Ludwig Greven ist Publizist

Was hat der Ziegenmelker je für mich getan?

Der Wert des Artenreichtums

ECKART VON HIRSCHHAUSEN

Wer sind »echte Leistungsträger« in diesem unserem Land? Für mich sind das die Ameisen, Bienen und andere Bestäuber, Singvögel und die Eibe. Was sie leisten, ist ein Vielfaches wert von dem, was menschliche Wirtschaftskraft schafft. Die Leistungen der Natur sind die Grundlage von allem, was wir essen, die Basis unseres Wohlstandes und der Gesundheit. Und was hat es mit der Eibe auf sich? Naja, aus ihren Nadeln stammt die Substanz eines der erfolgreichsten neuen Mittel gegen Krebs! So wie auch über die Hälfte aller neuen Antibiotika ihre Moleküle, ihre Ideen aus der Natur haben. Kein Wunder, sie konnte ungestört über Millionen Jahre experimentieren – von ein paar Meteoriten und in den letzten 10.000 Jahren von uns Menschen abgesehen. Innovationsoffen sozusagen.

Wir feiern in diesem Heft das Grüne Band – vom Todesstreifen zur Lebenslinie für die Natur. Klaus Töpfer nannte das Grüne Band »Das Tafelsilber der Einheit«. Silber kann man nicht essen. Kein Mensch kann Photosynthese. Keine künstliche Intelligenz kann das, was jeder Grashalm kann, aus Sonnenlicht, CO2 und Wasser etwas Essbares machen. Wenn wir uns in die Sonne begeben, werden wir nur rot, nie grün. Apropos CO2: Als Elon Musk einmal großkotzig twitterte: »Ich biete 100 Millionen für eine Erfindung, die CO2 binden kann«, schrieb jemand zurück: »Dürfen sich auch Bäume bewerben?« Das ist mein Humor. Was blüht uns auf dem Mars? Nix! Der einzige Planet mit Luft zum Atmen, Wasser zum Trinken und Pflanzen zum Essen ist die Erde. Kaffee, Sex und Schokolade gibt es nur, wenn wir geerdet bleiben und die knappen fruchtbaren Böden erhalten. Aus dem Weltall sieht man keine menschengemachten Grenzen, wohl aber den menschengemachten Klimawandel. Dort, wo es lange grüne Flächen

gab, schreit im Sommer auf dem Satellitenbild die braune Dürre gen Himmel. Die wichtigsten Grenzen, die wir in diesem Jahrzehnt verteidigen müssen, sind nicht die politischen, sondern die Planetaren Grenzen. Sieben von neun der Planetaren Grenzen haben wir schon überschritten, rasen auf Kippunkte zu, überhitzen unseren einzigen Planeten. Und unsere beste Waffe für diesen

1.200 seltene und gefährdete Pflanzen- und Tierarten, wie Fischotter, Schwarzstörche oder Arnika. Und den Ziegenmelker – ein flatterhafter Schmetterling, dessen Lebensraum und der aller Insekten immer mehr versiegelt wird. Das Grüne Band ist die größte »Entsiegelungsaktion« am Band! Deshalb unterstütze ich auch den BUND mit der Forderung, die Lücken des Grünen Bandes

und Resilienz. Das letzte »Niemandesland« ist unendlich kostbar!

Was kann ein einzelner Mensch schon in seinem Leben erreichen? Viel! Wenn er nicht alleine bleibt! So wie der junge Kai Frobels, der als Jugendlerner mit dem Fernglas an der innerdeutschen Grenze die Vögel beobachtete, während auf der anderen Seite mit Ferngläsern nach flüchtigen Menschen geschaut wurde. Aus diesem Engagement, der Kartierung der seltenen Arten, entstand direkt nach dem Mauerfall ein historisches Treffen von Umweltschützern aus Ost und West und die Idee.

Als Kind der Mauerstadt Berlin/West kannte ich das Phänomen. Ein Freund von mir beobachtet Molche und hatte seine besten Jagdgründe Ende der 1970er Jahre in den verwilderten Grenzgebieten. Als Berliner kannte ich auch den Slogan »Mit dem grünen Band der Sympathie« der Dresdner Bank, der mir heute noch als Melodie im Ohr klingt, wenn ich über das Grüne Band schreibe. Absurd, wie Werbeschrott sich ins Gedächtnis frisst. Die Bank gibt es nicht mehr, aber ihren Ohrwurm. Bei Ohrwürmern wünscht man sich gezieltes Aussterben, denn sie sind für unsere Aufmerksamkeit die Hölle! Und jetzt alle: »Hölle, Hölle, Hölle!«

Das Grüne Band erinnert mich daran, wie wir aus meiner Heimatstadt durch alle Grenzkontrollen nach Österreich in den Urlaub fuhren und an jeder Tankstelle die Windschutzscheibe putzen mussten, weil es so viele Insekten gab. Ihr massenhaftes Sterben erleben wir erstmal als Arbeitserleichterung. Weil wir keine Ahnung haben, was Insekten eigentlich lieber tun, als am Auto zu enden. Blüten finden! Keine Insektenhotels, lieber Insekten-Restaurants! Quizfrage: Was würde ein Glas Honig kosten, wenn die Bienen Mindestlohn bekommen? Trommelwirbel. Sie kommen nicht drauf. 300.000 Euro! Wir nehmen ständig Subventionen an von der Natur, preisen sie nicht ein in unsere Bilanzen, geben aber im Gegenzug 65 Milliarden Euro jährlich an klimaschädlichen Subventionen aus. Hölle, Hölle, Hölle.



Grenzsignal- und Sperrzaun auf dem Gelände des Deutsch-Deutschen Freilandmuseums bei Behringen

FOTO: THOM GALLIE

Kampf ist keine, die knallt, sondern die leise Wunden heilen und zuwachsen lässt, mit des Frühlings blauem Band, das eigentlich grün ist. Die »nature based solutions« wie Moore, Wälder, Wiesen und intakte Wasserkreisläufe sind effektiver als jede Technik zur CO2-Bindung.

Von den versprochenen »blühenden Landschaften« ist ein Streifen wahr geworden, ein Streifen, der den Horizont erweitert. Das Grüne Band erinnert uns daran, dass etwas zusammenwächst, was zusammengehört. Wenn wir Wunden in Ruhe lassen, heilen sie. Solange es noch genug Regenerationskraft an den Rändern gibt.

Seit dem Fall der Mauer hat der BUND entlang der innerdeutschen Grenze auf rund 1.400 Kilometern eines der größten und bedeutendsten Naturschutzprojekte geschaffen – vom Ostseestrand bis ins sächsisch-bayerische Vogtland. Der ehemalige Grenzstreifen wurde zu einem Refugium für mehr als

zu schließen und auf seiner ganzen Länge zum Nationalen Naturmonument mit dem Grünen Band Europa als UNESCO-Weltnatur- und Kulturerbe gesichert zu werden.

Als Arzt und Gründer der Stiftung Gesunde Erde – Gesunde Menschen bin ich gerne Pate, um dieses weltweit einmalige Denkmal bekannter zu machen. Denkmale sind oft monumental, hoch, aus Beton. Dieses Denkmal gibt zu denken, weil es markiert, wo Beton uns trennte. Das »Grüne Band« ist nicht hoch, dafür lang! Und wird künftig hoffentlich mit immer mehr Lebensräumen rechts und links verbunden, damit aus dem Band ein Netz wird, wo alles, was da krecht und flucht, frei hin und her kann, als Teil des Netzwerks des Lebens, das uns alle trägt. Deshalb dürfen auch bitte keine Zuwachsflächen versiegelt, bebaut oder zu Ackerland werden. Diese einzigartige Erinnerungslandschaft der jüngeren Zeitgeschichte ist unbedingt zu erhalten. Sie steht für Politik, Kultur

Grenzen trennen – Natur verbindet

Das Grüne Band Europa

LIANA GEIDEZIS

Grenzen mit und für die Natur zu überwinden, funktioniert nicht nur in Deutschland. Auch in Mitteleuropa, im Baltikum und Balkan hinterließ der Eisenerne Vorhang große Landstriche in Abgeschiedenheit. Auch hier blieb die Natur fast 40 Jahre lang weitgehend von zerstörerischen menschlichen Eingriffen verschont und ist als grenzübergreifender Biotopverbund ein starkes Symbol für das Zusammenwachsen. Entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs verläuft heute das Grüne Band Europa. Vom Eismeer bis zur Adria und zum Schwarzen Meer verbindet es einzigartige Landschaften, kulturelle Besonderheiten und Menschen. Auf über 12.500 km entstand ein einmaliger ökologischer Korridor und eine lebendige Gedächtnislandschaft.

Eine europäische Lebensader

50 Nationalparke und über 7.000 Schutzgebiete liegen entlang des Grünen Bandes und bilden in einem etwa 50 km breiten Korridor ein ökologisches Netzwerk. Dieses ermöglicht die Ausbreitung von Pflanzen und die

Wanderung von Tieren – eine Seltenheit im dicht besiedelten Europa. Das Grüne Band leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt und ist ein zentrales Element des europäischen Schutzgebietsnetzes. Gerade in Zeiten des Klimawandels ist dieser Süd-Nord-Wanderkorridor von großer Bedeutung. Zudem bietet das Grüne Band wichtige Ökosystemleistungen wie sauberes Wasser, frische Luft, fruchtbare Böden und vielfältige Erholungsräume. Zahlreiche grenzüberschreitende Initiativen und Partnerschaften stehen für Natur, Kooperation und ein Europa ohne trennende Grenzen.

Eine europäische Gedächtnislandschaft

Das Grüne Band Europa ist ein mittlerweile international bekanntes Symbol der jüngeren europäischen Geschichte. Dieses lebendige Denkmal erinnert uns an die friedliche Überwindung des Kalten Krieges und Eisernen Vorhangs. Es transformiert die tragische Geschichte des 20. Jahrhunderts durch europäische Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure in ein Zeichen gegen Grenzen und für Begegnung. Das Grüne Band ist kein Gleichnis für Trennung, sondern

ein Symbol für die Symbiose von Naturschutz und Erinnerungskultur.

Europäische Zusammenarbeit für eine Vision

Die Vision, das europäische Natur- und Kulturerbe zu schützen, verbindet die zahlreichen Anrainerländer. Seit 2003 arbeiten Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen in der Initiative Grünes Band Europa zusammen. Die Akteure der Initiative treffen sich regelmäßig, um die Zusammenarbeit zu stärken und sich auszutauschen. Auf der 10. Paneuropäischen Konferenz zum Grünen Band im thüringischen Eisenach verabschiedeten die Teilnehmenden 2018 die »Eisenacher Resolution« als gemeinsame Botschaft. Sie appelliert an politische Entscheidungsträger, ihren Beitrag zum Schutz und zur Förderung des Grünen Bandes zu leisten.

Symbol der Trennung und der friedlichen Wende

Der Eisenerne Vorhang war nicht nur eine Grenze. Er teilte Länder, Landschaften, Gesellschaft, Wirtschaft und das alltägliche Leben. Die Menschen in den östlichen Ländern hatten nur sehr begrenzte Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Zahlreiche Menschen verloren ihre Heimat oder bei Fluchtversuchen ihr Leben. Es bildeten sich immer wieder Oppositionsbewegungen, die vielfach mit systemischer oder auch militärischer Gewalt niedergeschlagen wurden: 1953 Volksaufstand DDR, 1956 Posener und ungarischer Aufstand und 1968 Prager Frühling, um nur einige zu nennen. In den

Das Grüne Band ist kein Gleichnis für Trennung, sondern ein Symbol für die Symbiose von Naturschutz und Erinnerungskultur

1970er Jahren folgten Arbeiterproteste in Polen. Insbesondere Glasnost und Perestroika sowie die polnische Solidarność-Bewegung ab 1980 und die Samtene Revolution 1989 in der Tschechoslowakei ebneten der friedlichen Wende in Deutschland den Weg.

Viele Naturschützer waren sich des Naturreichtums entlang des Eisernen Vorhangs früh bewusst. Angeregt durch die erste öffentliche Äußerung im Jahr 2002 von Hubert Weiger, des jetzigen Ehrenvorsitzenden des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) von einem Grünen Band durch ganz Europa entwickelte sich eine große Dynamik. Von Beginn an dachten

Kurioserweise entstanden durch die Grenzstreifen ökologisch einzigartige Flächen. Das hatte mir Michael Succow bei einem Besuch in einem Naturschutzgebiet bei Greifswald für mein Buch »Mensch, Erde!« erzählt. Die russischen Panzer in den militärischen Sperrgebieten richteten weniger Schaden an als die Monokulturen in der Landwirtschaft. Michael Succow gelang es zusammen mit einer Handvoll Gleichgesinnten in einem Geniestreich, in der letzten Volkskammersitzung diese Flächen zu Naturschutzgebieten umzuwidmen. Noch mehr »Tafelsilber« der Einheit. Und was für eine Symbolik: Panzer störten die Schmetterlinge weniger als Pestizide. Schwerter zu Pflugscharen – Militärgebiete zu Überlebensgebieten.

Mit dem Grünen Band haben wir ein deutsch-deutsches Symbol, das immer faszinierender wird, je länger man sich damit beschäftigt. Es geht buchstäblich um Leben und Tod. Was verbindet uns als Menschen mit der Natur? Ist die Frage irreführend, so als wären wir Menschen nicht Teil von ihr? Wie machen wir Boden wieder gut? Warum ist Leerstand von Wohnungen etwas anderes als »Leerstand« von Blühwiesen?

So, wie das Band aus Deutschland einmal durch Europa geht, so zieht ein zweites Band einmal um den Erdball, um den Äquator. Die artenreichsten Gebiete der Welt sind in den Regenwäldern von Brasilien, dem Kongo, den asiatischen Regenwäldern, also genau die »Silberschatze«, die wir für Rindfleisch, Handys und Palmöl massakrieren. Deutschland ist immerhin mit der KfW der größte Biodiversitätsförderer weltweit, z. B. mit dem Legacy Landscape Fund. Ich erwähne das, weil es mit dem Erhalt der Arten ist wie mit einem Kreuzworträtsel. Senkrecht und waagrecht gemeinsam ergeben die Lösung. Einmal längs durch Europa und dann quer rund um den Erdball, nur so bewahren wir die Schöpfung. Und vor der Haustür anfangen. Happy Birthday, grünes Band!

Eckart von Hirschhausen ist Arzt, Bestsellerautor und Gründer der Stiftung Gesunde Erde – Gesunde Menschen

und gestalteten Naturschutzgruppen auch den Gedächtnis- und Aufarbeitungsprozess mit. Allerdings ist der Stand an gesellschaftspolitischer Aufarbeitung in den Ländern noch sehr unterschiedlich.

Versprechen der Demokratie: Gib nicht auf!

Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Situation und der Minderwertschätzung des Konzeptes einer regelbasierten Zusammenarbeit erfährt die Kooperation am Europäischen Grünen Band wieder ganz neue Relevanz. Wenn Menschen sich kennen und schätzen, miteinander arbeiten und ein gemeinsames Ziel verfolgen, sich ihrer Vergangenheit stellen, um die Zukunft zu gestalten, kann Europas längster Biotopverbund und Lebensader der Erinnerung erhalten werden. Die Anerkennung als Welterbe der UNESCO wäre ein starkes Signal in die Welt.

Mehrere Anrainerstaaten sind bereits an das Nationale BUND Kompetenzzentrum Grünes Band mit dem Interesse an einer gemeinsamen Welterbestätte herangetreten, die den Biotopverbund und die Gedächtnislandschaft von weltweiter, herausragender Bedeutung anerkennt.

Liana Geidezis ist Leiterin des Nationalen BUND Kompetenzzentrums Grünes Band



FOTO: THOM GALLIE

Das Abfertigungsgebäude der Grenzübergangsstelle Schwanheide, eine von acht Übergangsstellen im Schienenverkehr an der innerdeutschen Grenze

Lernen am authentischen Ort

Erinnerung an die deutsch-deutsche Grenze in Helmstedt

BEATE ZIEHRES

Die Wahrnehmung der ehemali- gen deutsch-deutschen Grenze im Raum Helmstedt ist facetten- reich. Sie reicht von Erleichterung dar- über, dass die Grenze heute praktisch nicht mehr wahrnehmbar ist, bis hin zu Fassungslosigkeit über Gestalt, Funktion und Auswirkungen – je nach Alter und Erfahrung der Menschen, die über den damaligen Eisernen Vorhang sprechen

Ältere Helmstedter, die an der DDR- Grenze gelebt und miterlebt haben, wie die anfangs noch relativ durchlässige Grenze innerhalb kurzer Zeit zu einem regelrechten Bollwerk ausgebaut wur- de, sind sich heute einig: Die Wieder- vereinigung ist das Beste, was je pas- siert ist. Sobald sich das Gespräch um die Grenze dreht oder der Grenzbereich in Sichtweite kommt, werden Erinne- rungen wach: an Gefühle der Ohnmacht, des Ausgeschlossenseins und an gera- dezu groteske Situationen.

Helmstedter Jugendliche lernen heu- te oft erst im Rahmen einer Klassenfahrt an die ehemalige DDR-Grenze die ge- schichtlichen Besonderheiten ihrer Hei- mat kennen. Um Wissen zur deutschen Teilung an authentischen Orten leben- dig und anschaulich zu vermitteln, bu- chen Lehrkräfte die in der Stadt angebo- tene Rundfahrt Grenzenlos. Ihre Schü- lerinnen und Schüler reagieren vielfach fassungslos, wenn sie erfahren, mit wel- chem Aufwand und welcher Brutalität Menschen daran gehindert wurden, die- se Grenze zu überqueren.

Auf der Westseite der DDR-Grenze nutzten insbesondere junge Menschen die Freiheit zu gehen. Daneben litt die Region Helmstedt nach der Grenz- schließung unter gekappten mensch- lichen Verbindungen und wirtschaft- lichen Verlusten. Zu beklagen war der Wegfall von Arbeitskräften und Arbeits- plätzen, Infrastruktur und Ressourcen.

So verloren die in Helmstedt ansässigen Braunschweigischen Kohlebergwerke über Nacht ihr einziges Kraftwerk und die dazugehörigen Braunkohlevorkom- men an die DDR. Im Einzelhandel fehl- ten die Kunden aus den Nachbarorten. Später wurden wirtschaftliche Nach- teile zumindest teilweise durch Zonen- randförderung und Naherholungssu- chende aus Berlin ausgeglichen.

Die Euphorie der Grenzöffnung ist bekannte Geschichte. Noch heute er- zählen die Helmstedter von Menschen- mengen in der Neumärker, der Fußgän- gerzone der Stadt, von Hubschraubern, die das Begrüßungsgeld brachten, von Nachtschichten, um ebendieses wie- der auszuzahlen und von einzigartigen Begegnungen. Helmstedt wurde zur »Stadt der Einheit«. Gleichzeitig ahn- te man im Rathaus schon bald, dass die Menschen schnell vergessen würden. Anhand von Grenz-Relikten rund um Helmstedt wollte man die Erinnerung wachhalten und deutsch-deutsche Ge- schichte für nachfolgende Generatio- nen erlebbar machen. Zu diesem Zweck initiierten Menschen, die sich verant- wortlich fühlten, zwischen Helmstedt und Magdeburg das Projekt Grenzenlos.

So entwickelte sich der ehemali- ge Grenzstreifen im Raum Helmstedt schon bald nach dem Mauerfall zu ei- nem Ort gegen das Vergessen. Men- schen aus Niedersachsen und Sachsen- Anhalt nutzen den gewachsenen Natur- und Kulturraum des Grünen Bands ger- ne zum Bewegen und Entspannen, aber auch, um über die Vergangenheit und aus der Vergangenheit zu lernen.

Einrichtungen wie die heutige Ge- denkstätte Deutsche Teilung Marien- born oder das Grenzdenkmal Höten- leben wurden zu kulturtouristischen Anziehungspunkten für Besucher aus Deutschland und der ganzen Welt. Doch es sind nicht nur diese bekannten Orte, die die Bedeutung des Grünen Bands

ausmachen. Grenzpfähle und Grenz- türme zeugen im Lappwald von der Ver- gangenheit und erinnern Spaziergän- ger, Radfahrer und Wanderer an die Zeit, als der Eiserne Vorhang die Erholungs- landschaft in zwei Teile trennte.

Seit vielen Jahren denken Ehren- amtliche aus den beiden Nachbarlän- dern grenzenlos. Gemeinsam entwi- ckeln sie grenzübergreifende Rad- und Wandertouren, schließen Lücken im Wegenetz und schaffen Verbindungen, die jahrzehntelang gekappt waren. Das Grüne Band spielt dabei eine wichti- ge Rolle, sowohl als Natur- als auch als Kulturraum. Ein Beispiel ist die 51 Ki- lometer lange Radtour »Grenzenlos – Rundkurs Deutsche Einheit«, die nicht nur Zeugnisse der deutschen Teilung miteinander verbindet, sondern auch die urwüchsige Schönheit des Grenz- forsts offenlegt.

Um die Verbindung zweier loser En- den geht es auch am Lappwaldsee. Hier wurde das Grüne Band durch den stei- genden Wasserspiegel in den ausge- kohlten Braunkohletagebauen Helm- stedt und Wulfersdorf unterbrochen. Die Lücke im Grünen Band wieder zu schließen und die ganz besondere Ge- schichte dieses ehemaligen Grenzab- schnitts erlebbar zu machen, zählt zu den Anliegen der Akteure im Planungs- verband Lappwaldsee. Unter Vorsitz des Helmstedter Bürgermeisters Wittich Schobert engagieren sich in diesem Gremium Vertreter der Stadt Helmstedt und der sachsen-anhaltischen Nachbar- gemeinde Harbke gemeinsam für die Zukunft des Gewässers. Wie das Grü- ne Band als Nationales Naturmonu- ment im einzigen Tagebau, der grenz- übergreifend Kohle gefördert hat, erlebt werden kann, wird die Zukunft zeigen.

Beate Ziehres ist Mitarbeiterin des Vereins »Grenzenlos – Wege zum Nachbarn e. V.«

Erinnerungskultur am historischen Ort

Grenzmuseen am Grünen Band

CHRISTIAN STÖBER

Am Anfang stand der Sturz der SED-Diktatur, ja der Zerfall der ganzen Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges. Während der »Eiserne Vorhang«, der Europa jahrzehntelang teilte, in atemberau- ender Geschwindigkeit verschwand, entwickelte sich an der ehemaligen innerdeutschen Grenze eine ein- zigartige Gedächtnislandschaft, ein Erbe von Revolution und Einheit. Eine Vielzahl von Einrichtungen und Ini- tiativen entstand, die sich der Aus- einandersetzung mit der Teilungs- vergangenheit verschrieben und sich wie auf einer Perlenkette entlang des Grünen Bandes aufrehten. Kristal- lisationspunkte der dezentralen und zivilgesellschaftlich geprägten Er- innerungskultur sind die vielfälti- gen Grenzmuseen, die größtenteils an historischen Orten wie früheren Grenzübergängen, Relikten der Sperr- anlagen oder anderen exponierten Stellen errichtet wurden.

Kristallisations- punkte der dezentra- len und zivilgesell- schaftlich geprägten Erinnerungskultur sind die vielfältigen Grenzmuseen

Exemplarisch dafür steht das Grenz- museum Schiffllersgrund an der hes- sisch-thüringischen Landesgrenze, das mit rund 550 Metern einen der längsten erhaltenen Grenzabschnitte mit dem Todesort des erschossenen DDR-Flüchtlings Heinz-Josef Große umfasst. Bereits am 3. Oktober 1991 eröffnet, befindet sich die Einrich- tung nach wie vor in Vereinsträger- schaft. Zwar sind inzwischen Mit- arbeiter zur Entlastung und Profes- sionalisierung beschäftigt, doch ist das Ehrenamt hier wie andernorts weiterhin von großer Bedeutung.

Die Aufgabenfelder der Grenz- museen reichen von der Bewahrung baulicher Überreste, der Sammlung von Objekten und der Dokumenta- tion immaterieller Überlieferungen wie den Erinnerungen von Zeitzeu- gen über das Gedenken an Leid und Opfer des menschenverachtenden DDR-Grenzregimes bis hin zur his- torisch-politischen Bildung für di- verse Zielgruppen. In Ausstellungen, Veranstaltungen und pädagogischen Angeboten – zunehmend auch in hy- briden Formaten – werden Wissen, Kompetenzen und Werte vermittelt. Sie sind Motoren für die Verstän- digung und das Zusammenwach- sen zwischen Ost und West in einer hochsensiblen Region, Leuchttürme der historischen Vergegenwärtigung und Bewussterwerden von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Bereits 1996 haben sich die ver- schiedenen Einrichtungen in einem länderübergreifenden bundesweiten Netzwerk, der Arbeitsgemeinschaft Grenzmuseen, zusammengeschlos- sen. Nach einem zwischenzeitlichen Stillstand wurde die AG 2025 wieder- belebt. Sie umfasst mehr als 20 Ein- richtungen von Hof über das Eichs- feld und den Harz bis nach Lübeck.

Darunter befinden sich sowohl mitt- lere und große Gedenkstätten wie das Deutsch-Deutsche Museum Mödla- reuth oder die Stiftung Berliner Mauer, die hauptamtlich geführt werden, als auch kleinere Museen und Initiativen im ehrenamtlichen Betrieb

Zweck der AG ist der Austausch zu konzeptionellen, pädagogischen und wissenschaftlichen Themen. Fast alle Einrichtungen sind mit den struktu- rellen Herausforderungen des länd- lichen Raums konfrontiert, ganz zu schweigen vom stetigen Ringen um die Existenzsicherung und Projekt- mittel. Wie kaum jemand sonst wis- sen Grenzmuseen um Fluch und Se- gen, wenn Verwaltungs- und damit auch Fördergrenzen über die oft weit- läufigen Außenbereiche verlaufen. Sie befinden sich größtenteils in ei- ner zentralen Randlage in der Mitte Deutschlands mit mangelhafter An- bindung an den öffentlichen Nahver- kehr und eingeschränkter touristi- scher Infrastruktur.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bündelung und Vertretung gemein- samer Interessen nach außen, aktu- ell insbesondere vor dem Hintergrund des laufenden Nominierungsverfah- rens für den Natur- und Kulturraum Grünes Band als UNESCO-Welterbe. Dabei steht die AG im Austausch mit dem BUND Kompetenzzentrum Grü- nes Band und dem Deutschen Kultur- rat. Schwerpunktmäßig arbeiten vie- le Grenzmuseen seit vielen Jahren mit Akteuren aus dem Umweltschutz zu- sammen und sind überdies in attrak- tive Naturlandschaften eingebettet.

Die Ausweisung des Grünen Bands in Deutschlands als gemischtes Na- tur- und Kulturerbe, die bei allen noch vorhandenen Unklarheiten von den Grenzmuseen unterstützt wird, dürf- te zahlreiche Chancen und Perspek- tiven für die Grenzmuseen eröffnen: mehr Besucher, neue Zielgruppen und verbesserte Zugänge zu Fördermit- teln. Eine Managementstruktur ohne die Einrichtungen als tragende Säul- en ist gar nicht denkbar. Schon jetzt sind Grenzmuseen unschätzbare Multiplikatoren vor Ort. Ihnen wird von Anwohnern, Besuchern und Interes- sierten eine Omnikompetenz zu allen erdenklichen Fragen rund um die Ge- schichte, Gegenwart und Zukunft des ehemaligen Grenzraumes zugeschrie- ben. Insofern könnte und sollte das

Wie kaum jemand sonst wissen Grenz- museen um Fluch und Segen, wenn Ver- waltungs- und damit auch Fördergrenzen über die oft weit- läufigen Außenberei- che verlaufen

Welterbeverfahren neben dem Schutz des einmaligen Biotopverbundes einen großen Beitrag zur langfristigen Erhal- tung, Stärkung und nachhaltigen Wei- terentwicklung der lebendigen Erinne- rungskultur am Grünen Band leisten, in der sich die universellen Werte von Freiheit und Demokratie, die mit der friedlichen Überwindung des »Eise- renen Vorhangs« errungen wurden, ge- radezu modellhaft widerspiegeln.

Christian Stöber ist Leiter des Grenzmuseums Schiffllersgrund und Vorsitzender der AG Grenzmuseen



Ehemaliger BT-6 Führungsturm Seeben

Erinnerung an einen Sonderfall

Von der Grenzübergangsstelle zur Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

FELIX LUDWIG

Schon die immense Beleuchtung hatte vermutlich dafür gesorgt, dass westdeutschen Reisenden das Lachen verging. Sichtbar über Dutzende Kilometer hinweg sollte der Lichtkegel der riesigen Flutlichtmasten das Gelände der Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn »blend- und schattenfrei« ausleuchten. Niemand sollte sich am größten innerdeutschen Grenzübergang vor den Kontrollleurinnen und Kontrolleuren verbergen können – keine Saboteure und vor allem keine Flüchtlinge. Die Scheinwerfer reihen sich so in ein dichtes und ausgeklügeltes Kontrollsystem ein, in das die Verantwortlichen – allen voran das Ministerium für Staatssicherheit und die Grenztruppen der DDR – viel Aufwand gesteckt hatten. Für die Stasi waren die Grenzübergangsstellen schließlich Schwachstellen in einem zunehmend dichterem Grenzregime – und für die Reisenden aus der Bundesrepublik und dem globalen Westen eine einschüchternde Festung. Eltern verpflichteten ihre Kinder auf striktes Schweigen und fürchteten selbst, dass vermeintliche oder tatsächliche Vergehen gegen die zahlreichen Bestimmungen des Grenzübertritts entdeckt würden. Diese millionenfach geteilte Erfahrung schrieb sich fest in die Nachkriegserinnerung der Bundesrepublik ein. Trotz der überraschend zahlreichen Verflechtungen zwischen den beiden deutschen Staaten war es für viele Menschen der einzige unmittelbare Kontakt mit der ostdeutschen Diktatur.

So war denn der Grenzübergang bei Marienborn bereits von 1945 an ein Symbol der deutschen Teilung, nachdem die sowjetische Besatzungsmacht im Juli einen ersten Kontrollpassierpunkt errichtet hatte. Die rasche Sicherung der Zonengrenze an dieser Stelle war kein Zufall: Die Strecke von Marienborn nach Berlin war die kürzeste Transitstrecke für die westalliierte Versorgung. Entsprechend konnte die Welt den Namen Marienborn spätestens, als die Sowjets 1948 und 1949 die Zugänge zu den westlichen Sektoren der ehemaligen Reichshauptstadt blockierten. Ab 1952 übernahm die DDR die Kontrolle

über den Grenzübergang. Aufgrund des in den 1960er Jahren rasch wachsenden Reiseverkehrs rissen die Verantwortlichen die alte, zwischenzeitlich auch deutlich gewachsene Anlage ab und errichteten eine deutlich größere. Der Neubau der GÜSt Marienborn litt freilich an ähnlichen Krankheiten wie die meisten deutschen Großbauprojekte: Anstatt zwei Jahre brauchte es von 1972 bis 1974 drei Jahre für den Abschluss, und der Bau kostete mit 70 Millionen Mark der DDR rund 10 Millionen mehr als ursprünglich im Plan vorgesehen.

Die neue Grenzübergangsstelle diente drei sehr unterschiedlichen Funktionen, die sich auch in ihrer Architektur spiegelten. Erstens sollte die Anlage einen modernen, effizienten Staat in Richtung Westen repräsentieren: Moderne Großdächer, klare Formen im Design bis hin zu den Toilettenfiguren und nicht zuletzt eine stromlinienförmige Begrüßungsstele direkt hinter der Grenze sollten zeigen, dass die DDR in den 1970er Jahren angekommen war. Zweitens sollten die Grenzübergangsstellen westdeutsche Reisende möglichst effizient und zahlreich abfertigen. Die Reisenden brachten der finanzarmen Diktatur schließlich dringend benötigte Devisen in Millionenhöhe über die pauschal von der Bundesrepublik überwiesenen Visa- und Straßenbenutzungsgebühren, über die berühmten Bußgelder an den Transitstrecken, die Einkäufe beim Intershop am Rasthof Börde kurz vor Magdeburg und über den unbeliebten Pflichtumtausch. Drittens sollten Flüchtlinge aus der DDR ebenso wie Beeinflussung durch Propagandamaterial des »Klassenfeindes« um jeden Preis verhindert werden.

Zwischen diesen drei Funktionen bestand freilich ein Spannungsfeld, das die GÜSt Marienborn als Sonderfall der Grenzbefestigungen auszeichnete: Eine Grenzübergangsstelle konnte nicht gleichzeitig repräsentativ wirken, rasch viele Reisende abfertigen und eine nach innen gerichtete Festung sein. Die Prioritäten in der von der Staatssicherheit dominierten Institution waren indes klar: Fluchtverhinderung und Kontrolle schlugen im Zweifel den Abfertigungsdruck und die Repräsentativität. Die Folgen waren zahlreiche vereitelte

Fluchtversuche mit anschließender Haft sowie fünf gewaltsame Todesfälle.

Schon allein angesichts dieser Repression und Gewalt schien nach dem Mauerfall rasch klar, dass die Grenzübergangsstelle Marienborn zur Gedenkstätte werden müsse. Noch in den letzten Tagen der DDR wurde das Areal unter Denkmalschutz gestellt. Ein formeller Beschluss des Landtages Sachsen-Anhalt erfolgte 1993. Gleichwohl eröffnete die Gedenkstätte erst im August 1996. Das lag wohl nicht zuletzt daran, dass die konkrete Ausgestaltung des Erinnerungsortes lange unklar war, denn zwischenzeitlich hatten die Tank- und Rast GmbH und die DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und bau GmbH) das Gelände der Grenzübergangsstelle als ideal für eine Autobahnraststätte ausgemacht. Auch das Land schien eher auf die Gewerbesteuer der Raststätte denn auf die Erinnerung zu schielen. Kurzfristig stand im Raum, nur eine kleine Gedenkstätte an den Rasthof anzuschließen – die dann vor allem Gäste dazu animieren sollte, dort Geld auszugeben. So konnte auch der lokale Denkmalschutz den Abriss eines Großteils des ehemaligen Ausreisebereichs nicht verhindern.

Dass jedoch gleichwohl die knappe Hälfte des historischen Ortes erhalten werden und zur Gedenkstätte wachsen konnte, war vor allem dem Engagement lokaler Akteure geschuldet, darunter Joachim Scherrieble, der auch als erstes die Leitung der Gedenkstätte Marienborn übernehmen sollte. Scherrieble gelang es mit seinen Kollegen und Kolleginnen rasch, eine einflussreiche und bundesweit bekannte Gedenkstätte mit mehr als 100.000 Gästen pro Jahr aufzubauen. 2004 übernahm die Gedenkstätte zusätzlich das Grenzdenkmal Hötenleben – ein rund 350 Meter langes, im Original erhaltenes Stück Grenzbefestigungen. Dieses wertvolle Relikt der Grenzbefestigungen konnte vom örtlichen Grenzdenkmalverein nicht mehr eigenständig bespielt werden. 2007 ging die Gedenkstätte schließlich in die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt auf; 2009 erfolgte die zusätzliche institutionelle Förderung als national bedeutsame Gedenkstätte im Rahmen der Gedenkstättenkonzeption des Bundes.

In der Gegenwart ist die Gedenkstätte ebenso wie die Grenzübergangsstelle ein Sonderfall der Erinnerungskultur: Vielmehr als andere DDR-Gedenkstätten oder auch Grenzmuseen ist sie ein westdeutscher Erinnerungsort

In der Gegenwart ist die Gedenkstätte ebenso wie die Grenzübergangsstelle ein Sonderfall der Erinnerungskultur: Vielmehr als andere DDR-Gedenkstätten oder auch Grenzmuseen ist sie ein westdeutscher Erinnerungsort – denn es waren vor allem bundesdeutsche Reisende, die die dichten Kontrollen und die täglichen Repressionen erlebten und gerade nicht jene aus Ostdeutschland, die sich ihm eben nicht nähern durften. Zugleich verdichten sich an der ehemaligen Grenzübergangsstelle und in ihrer Umgebung die Ambivalenzen und Widersprüche, die typisch sind für die Einheit und die nachfolgenden Transformationsjahre: Die mit der friedlichen Revolution gewonnene Freiheit steht einer gefühlten Verlusterfahrung im grenznahen Raum gegenüber. Auf ostdeutsche Seite haben die Menschen Jobs verloren aber auch Kneipen und Einkaufsmöglichkeiten in ihren Ortschaften. Im Nachbardorf Harbke schlossen nach 1990 alle vier Gaststätten. Auf westdeutscher Seite im Städtchen Helmstedt, im ehemaligen Zonenrandgebiet, trauern nicht wenige den verloren gegangenen Bundes-subsventionen, aber auch der Bekanntheit ihres Ortes hinterher. Aus der letzten Stadt vor der Grenze wurde ein kaum gewichtiges Örtchen irgendwo zwischen Braunschweig und Magdeburg.

Ambivalenzen prägen die ehemalige Grenze in der Region bundesweit und spiegeln sich auch im Grünen Band: Nur die abgeriegelte und tödliche innerdeutsche Grenze konnte dieses Biotop entstehen lassen. Aus diesem Grund hat das Grüne Band eine doppelte Funktion, die es von anderen Biotopen der Bundesrepublik unterscheidet: Es ist eben nicht nur ein Natur-, sondern ein Erinnerungsraum, in dem die Beobachtung seltener Arten und die Entdeckung eines Einmannbunkers nur allzu oft wenige Schritte voneinander entfernt liegen. Über solche Überschneidungen wird die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn zum Gesprächsort über Teilung und Einheit, Grenze und Natur, Verlust und Freiheit.

Felix Ludwig ist Gedenkstättenpädagoge an der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

FOTO: THOM GALLIE

Spurensuche

Aufgaben und Herausforderungen des Denkmalschutzes am Grünen Band

MANFRED NAWROTH

Ende 2023 hat die Kulturministerkonferenz entschieden, das Grüne Band auf die Tentativliste als UNESCO-Welterbestätte zu setzen und zu prüfen, ob eine gemischte Welterbestätte (Kultur und Natur) nominiert werden könnte. Dies kann man als einen ersten wichtigen Schritt auf einem langen Weg bis zur Erreichung eines Welterbestatus in den Bereichen Natur und Kultur sehen. Grundvoraussetzung ist dabei die Erlangung eines durchgängigen Schutzes der Flächen entlang des Grünen Bandes. Bis heute stehen bereits über vier Fünftel des Grünen Bandes als Nationales Naturmonument durchgängig unter Schutz. Wie steht es nun aber um die Erfassung der Denkmalbestände am Grünen Band? Die Zuständigkeit dafür liegt bei den Denkmalbehörden der insgesamt zehn anrainenden Bundesländer mit zum Teil unterschiedlichen Denkmalbeständen und Fragestellungen in den Gebieten östlich und westlich des Grenzverlaufs.

Beginnen wir mit einem Blick auf die Situation östlich der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Nach der Wiedervereinigung begann man die Grenzanlagen fast vollständig rückzubauen. Nur wenige Teile blieben bestehen bzw. wurden rekonstruiert. Die eigentliche »Kernzone« bildet ein ca. 50 bis 200 Meter breiter Streifen von der westlichen Landesgrenze bis zum Kolonnenweg, wo sich die Grenzzäune bzw. Betonmauern, Kontroll- und Spurensicherungsstreifen und KFZ-Sperrgräben bzw. Höckerperren befanden. Den äußeren Bereich markiert der meist aus Betonplatten bestehende Kolonnenweg. Aus denkmalpflegerischer Sicht schließt sich daran ein der Grenzsicherung zugehöriger, ca. fünf Kilometer breiter Streifen an, in dem sich Beobachtungstürme und Führungsstellen sowie der Grenzzaun II befanden. Im weiteren Binnenland der ehemaligen DDR sind auch Kasernen, Übungs- und Ausbildungsplätze sowie Zuwegungen Teil des militärischen Sicherungssystems, dazu kommen u. a.

noch Grenzübergänge an Straßen bzw. Grenzbahnhöfe.

Die Aufnahme, Dokumentation und Erforschung der Grenzbebauung ist allein schon wegen des Umfangs der Daten eine logistische Herausforderung für die Denkmalschutzbehörden. In Sachsen-Anhalt hat man deshalb schon vor Jahren mehrere Stellen geschaffen, die sich des Aufgabenfeldes annehmen. Die Baudenkmalpflege erfasst die baulichen Grenzrelikte, überträgt die Standorte in ein Geoinformationssystem und weist ggf. neue Kulturdenkmale aus. Die archäologische Erfassung nutzt Daten aus Oberflächenbegehungen, geophysikalischen Untersuchungen, digitalen Geländedaten, Luft- und LiDAR (Light Detecting and Ranging)-Bildern zur Vervollständigung des obertägig nicht mehr erhaltenen Denkmalbestandes.

Neben den Anlagen der Grenzsicherung werden auch Wüstungen erfasst, die vor allem von 1952 bis 1961 durch großflächige Zwangsaussiedlungen im Grenzbereich entstanden sind. Von diesen verlassen und aufgegebenen Orten finden sich bis heute an vielen Stellen archäologische Überreste, die im Kontext der Erfassung entlang des Grünen Bandes in den Denkmalbestand aufgenommen werden. In Sachsen-Anhalt geht man einen Schritt weiter, indem man durch landeshistorische Forschungen Leben und Alltag der Menschen in Grenzgesellschaften untersucht und dabei in Mikrostudien verschiedene Grenzorte perspektivisch vergleicht. Eine erste Studie zu diesem Thema erschien 2025 zu dem an der Grenze zu Niedersachsen gelegenen Dorf Stapelburg, die mit historischen Einblicken, aber auch der Vorstellung von archäologischen Entdeckungen, baugeschichtlichen Besonderheiten, unberührter Natur und berührenden Geschichten einen Blick auf die vielschichtige Vergangenheit des Ortes gibt.

Zu reden ist auch über archäologische Zeugnisse, die sich zeitlich von der Vorgeschichte bis in die frühe Neuzeit erstrecken. In der ehemaligen Sperrzone haben sich Bodendenkmale,

geschützt vor illegalem Zugriff und land- und forstwirtschaftlicher Nutzung, erhalten können. Das Spektrum reicht von bronzezeitlichen Befestigungsanlagen und Grabhügeln über mittelalterliche Burgen bis zu Siedlungen und Grenzsteinen der frühen Neuzeit. Durch mögliche Flächenumnutzungen unterliegen auch diese Denkmalgruppen zunehmend der Gefahr der Zerstörung und sollten wie die Relikte des 20. Jahrhunderts systematisch erfasst werden.

Werfen wir noch einen Blick auf die westlich des Grünen Bandes gelegenen Bundesländer, so ergibt sich ein weit aus anderes Bild. Entlang des Grünen Bandes finden sich nur wenige Zeugnisse als Einrichtungen des Kalten Krieges. Dazu gehören vor allem US-Beobachtungsstützpunkte wie »Point

Alpha«, heute auch als Mahn-, Gedenk- und Begegnungsstätte bekannt, oder die ebenfalls in Hessen gelegenen OP Romeo, OP India und OP Oscar. Diese wurden nach Ende des Kalten Krieges aufgelassen und rückgebaut und bestenfalls noch als archäologische Reste im Boden erhalten. Viele militärische Einrichtungen lagen in der Bundesrepublik Deutschland, wie im sogenannten »Fulda Gap«, als Kasernen, Waffen- und Munitionsdepots und Radaranlagen weit abseits des Grünen Bandes im Hinterland. Entlang der Grenze gibt es aber immer wieder auch archäologische Befunde und Zeugnisse von der Vorgeschichte bis in die frühe Neuzeit, die im Denkmalbestand erfasst sind bzw. erfasst werden sollten. Zu den berühmtesten zählt sicher die Fundstelle des altpaläolithischen Siedlungsplatzes von Schöningen in Niedersachsen, Schöninger Speere.

Die Nominierung des Grünen Bandes zu einer UNESCO-Welterbestätte in den Kategorien Natur und Kultur

bleibt ein wichtiges Ziel. In dem Prozess sollten Naturschutz, Erinnerungskultur, Denkmalpflege und Archäologie eng zusammenwirken. Die Denkmäler sind nicht auf den ersten Blick erkennbar; es braucht Sachverstand und Ortskenntnis, um sie zu verstehen. Die Erfassung baulicher und archäologischer Relikte im Bereich des Grünen Bandes konnte in den vergangenen Jahren in mehreren Bundesländern intensiviert und systematisiert werden. Diese Aufgabe gilt es fortzuführen und auf weitere Bundesländer auszuweiten. Ihre Erschließung und weitere Erforschung sind nicht nur für ihre zukünftige Erhaltung von großer Bedeutung, sondern auch für die gemeinsame Weiterentwicklung dieses Natur- und Kulturerbes.

Manfred Nawroth ist Archäologe, stellvertretender Geschäftsführer des Deutschen Verbandes für Archäologie und Vizepräsident des Deutschen Kulturrates



FOTO: THOM GALLIE

Überreste der Großgrabenstedter Mühle. Aufgrund ihres Standorts an der Grenze wurde sie als Sicherheitsrisiko eingestuft und von den DDR-Behörden abgerissen

Nachhaltige Faszination

Soll die Berliner Mauer Welterbe werden?

LEO SCHMIDT

Die Berliner Mauer auf die Liste des Welterbes? »That's a no-brainer« – »darüber braucht man doch gar nicht nachzudenken«, so im Frühjahr 2010 die lakonische Antwort von Gustavo Araoz, Präsident von ICOMOS – der Expertenorganisation, die die UNESCO zum Kulturerbe berät. Seine spontane und eindeutige Antwort deckt sich mit den Reaktionen auf diese Frage, die im Lauf der Jahre von Welterbe-Experten aus vielen Ländern kamen. Eine typische Antwort lautete auch: »Ja sicher – wenn ihr Deutschen sie nur endlich vorschlagen würdet!«

Was der ganzen Welt klar erschien, galt vielen in Deutschland – und vielleicht besonders in Berlin – lange Zeit als abwegig. Die in einem Leserbrief an die Berliner Zeitung im Jahr 2009 geäußerte Meinung eines Berliner Bürgers mag für zahlreiche andere stehen, die im Lauf der Jahre in den Medien laut geworden sind, wann immer das Thema aufkam: »Der Mauerfall war für uns Berliner ein wunderbares Ereignis,

aber der Erhalt der Mauerreste ist für mich eine Schande. Wir Berliner wollen sie nicht mehr sehen. Der Opfer der Mauer kann durch Gedenktafeln und –steine, wie zum Teil schon vorhanden, gedacht werden. Also weg mit der verfluchten Touristenattraktion!«

Von einem Symbol der Trennung und der Gewaltherrschaft wurde die Berliner Mauer über Nacht zur Ikone der Befreiung und der Hoffnung

Nun soll also Ernst gemacht werden. Das »Grüne Band« steht auf der nationalen Tentativliste, und diese ist die Vorstufe einer Nominierung als UNESCO-Welterbe. Aber allein als Naturerbe wird das Grüne Band nicht auf die Liste des Welterbes kommen können. Dem steht die Regel der UNESCO entgegen, dass eine nominierte Stätte »Integrity« besitzen muss. Diese ist nur dann gegeben, wenn die Stätte alle Elemente umfasst, die zu ihrem Verständnis notwendig sind. Und damit kommt

die Berliner Mauer ins Spiel: Will man den Hintergrund, die Entstehungsgeschichte des Grünen Bandes begreifen, dann geht das nicht ohne die politische Geschichte des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer.

Denn das Grüne Band bildet das jahrzehntelang unzugängliche Sperrgebiet entlang der innerdeutschen Grenze ab, also den durch Deutschland verlaufenden Teil des Eisernen Vorhangs. Als historischer Ort hat diese Grenzlandschaft nach den UNESCO-Leitlinien auch kulturelle Bedeutung. Dabei meint »Kultur« in diesem Sinne nur Abgrenzung von »Natur« und bedeutet nicht etwa, wie immer wieder missverstanden worden ist, eine Auszeichnung als großartige kulturelle Leistung.

Für solche Stätten, die herausragende universelle Werte sowohl als Natur- wie auch als Kulturerbe aufweisen, bieten die Leitlinien der Welterbekonvention ein eigenes Format, nämlich das einer »Mixed Site«. Maßstab für diese universalen Werte sind zehn recht scharf umrissene Kriterien, und hier kommt es nun sehr darauf an, welche dieser Kriterien auf das jeweilige Objekt passen.

Für die Berliner Mauer kommen insbesondere die Kriterien (iv) und (vi) der Leitlinien in Frage. Bei Kriterium (iv)

geht es darum, dass eine Stätte eine bedeutsame Phase der menschlichen Geschichte illustrieren soll. Als ein solcher »bedeutsamer Abschnitt in der menschlichen Geschichte« im Sinne des Kriteriums wäre die Phase vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in das beginnende 21. Jahrhundert hinein zu sehen. Sie ist weltweit von dramatischen Änderungen geprägt. Hintergrund war die Systemkonkurrenz der beiden Supermächte und die sich daraus immer wieder ergebenden Konflikte, die zeitweise zu höchster Spannung führten und weltweite Kriegsängste auslösten. Die Ära sah aber auch die beiderseitigen Bestrebungen zu Entspannung. Sie sah vor allem die entscheidenden Umwälzungen der 1980er und 1990er Jahre, zunächst in Polen, aber auch in der Sowjetunion, kulminierend im Fall der Berliner Mauer. An den erhaltenen Mauerorten in Berlin lässt sich ablesen und nachempfinden, was diese Teilung der Welt für die betroffenen Menschen auf beiden Seiten der Grenze bedeutet hat.

Kriterium (vi) bezieht sich auf Orte, die in direkter und greifbarer Weise mit Ereignissen von herausragender weltweiter Bedeutung verbunden sind. Ein solches Ereignis war der unverhoffte Fall der Berliner Mauer am

9. November 1989. Der Mauerfall als Ergebnis einer unblutigen Umwälzung in der DDR hatte eine enorme emotionale Wirkung. Nicht nur in Berlin und in Deutschland, sondern noch viel stärker in vielen Ländern der Welt wandelte sich die Wahrnehmung der Mauer schlagartig. Von einem Symbol des Kalten Krieges, der Trennung und der Gewaltherrschaft wurde sie über Nacht zur Ikone der Befreiung und der Hoffnung, zeigte der Mauerfall doch, dass tiefgreifende Änderungen in scheinbar fest gefügten autoritären Systemen möglich und machbar sind.

Die Berliner Mauer ist weltweit wahrscheinlich bekannter als jedes einzelne Objekt auf der Liste des Welterbes. Und ihre Bedeutung liegt nicht allein in der Vergangenheit: Weltweit gibt es rund 150 Denkmale mit Originalsegmenten der Mauer, und es kommen immer noch neue dazu. Die Millionen von oft sehr jungen Berlin-Besuchern, die die Mauerorte besuchen, belegen die nachhaltige Faszination, die von diesem Objekt ausgeht.

Leo Schmidt war bis 2020 Professor für Denkmalpflege an der Brandenburgischen Technischen Universität in Cottbus

Entlegen und verschlafen

Das Zonenrandgebiet

ASTRID M. ECKERT

Die alte Bundesrepublik hatte zehn Bundesländer und zwei Sonderzonen: West-Berlin und das »Zonenrandgebiet.« Während das geteilte Berlin bis heute vielen ein Begriff ist, geriet das Zonenrandgebiet, also die Städte und Landkreise entlang der innerdeutschen Grenze, nach der Wiedervereinigung schnell in Vergessenheit. Als räumliche Einheit war das Zonenrandgebiet aufs Engste mit der alten Bundesrepublik verbunden: Es entstand mit der Teilung und verschwand mit der Wiedervereinigung. Es war in vielerlei Hinsicht eine künstliche

zu versorgen; die bis dahin üblichen Tauschgeschäfte brachen zusammen. Der grenzüberschreitende Schmuggel nahm trotzdem exponentiell zu und wurde nun vorwiegend aus dem Osten betrieben. Allerdings wurde Schmuggel – eben noch eine Überlebenstechnik aller Deutschen in der Trümmergesellschaft – nun als »Schieberei« kriminalisiert und den Ostdeutschen angekreidet. Die Entflechtung der regionalen Wirtschaft erhielt durch die Berlin-Blockade von 1948/49 einen weiteren Schub. Als Reaktion auf die Einführung der D-Mark blockierten die Sowjets die Versorgung West-Berlins, worauf die Westalliierten mit der Luftbrücke antworteten. Weniger bekannt ist die westalliierte Gegenblockade, die

das »Wirtschaftswunder« zu verpassen. Um auf die negativen Auswirkungen der Demarkationslinie aufmerksam zu machen und Bundeshilfe zu mobilisieren, richteten Gemeinden, Handelskammern und Landesvertreter zwischen 1950 und 1952 eine Fülle von Denkschriften an Bonner Regierungsstellen. Im Zuge dieser Interessenpolitik formierte sich eine lockere Koalition von Grenzlandfürsprechern, die ihr Vorgehen zunehmend koordinierten. Sie wiesen dabei nicht nur auf die wirtschaftliche Not ihrer Landstriche hin – ein Argument, das jede Region in der unmittelbaren Nachkriegszeit hätte anbringen können –, sondern hoben ihr Alleinstellungsmerkmal hervor: die Grenze zum ideologischen

nutzten die Investitionszulagen zum Immobilienbau, ohne dabei Arbeitsplätze zu schaffen. Anrainer wie die Hansestadt Hamburg litten unter der Abwerbung von Firmen ins geförderte östliche Umland, und die Europäische Kommission in Brüssel kritisierte das undurchsichtige Gießkannenprinzip, hinter dem sie wettbewerbsverzerrende Subventionen vermutete. Inwiefern die Zonenrandförderung tatsächlich noch darauf ausgerichtet war, Nachteile der Grenzlage auszugleichen, war nicht mehr erkennbar.

Der Zonenrand litt ohnehin unter Imageproblemen. Da die Grenzlandfürsprecher immer wieder betonten, dass ihre Städte und Kreise aufgrund der Grenzlage strukturschwach und unterentwickelt blieben, nahm es wenig wunder, dass die Grenzregionen auch genauso wahrgenommen wurden – als »Armenhaus der Bundesrepublik«. Versuche der 1970er Jahre, dieses Image aufzumöbeln und auch von dem Begriff »Zonenrandgebiet« abzurücken, scheiterten an regionalen Beharrungskräften. Die Grenzlandfürsprecher konnten nur davon profitieren, parteiübergreifend übrigens, wenn ihre Regionen weiterhin als bedürftig wahrgenommen wurden. Der Ausdruck »Zonenrandgebiet« war dafür unerlässlich: Er erinnerte daran, wie diese Grenzregionen entstanden und warum sie in eine Abseitslage geraten waren.

Um die Wirtschaft im Zonenrandgebiet anzukurbeln, setzten Landespolitiker gern auf Tourismus. Seit den frühen 1950er Jahren war es die Grenze selbst, die Schaulustige anlockte. Diese kamen freilich oft nur zum Sonntagsausflug, schauten »nach drüben« und gaben höchstens Geld für Kaffee und Kuchen aus. Für einen Ferientourismus brauchte es in den ländlichen Regionen des Zonenrandgebiets eine neue Infrastruktur, für die sich in Hessen gar ein »Staatskommissar für die Förderung der (...) Zonenrandkreise« ins Zeug legte. Doch als die hessischen Grenzregionen endlich so weit waren, größere Zahlen von Touristen aufzunehmen, verlagerte sich die Reisewelle der Nachkriegsjahre ins Ausland. Zahlungskräftige Westdeutsche wählten für die kostbarsten Wochen des Jahres nicht mehr das Freibad in Eschwege, sondern den Strand von Rimini.

Der Freizeittourismus im Grenzland erlebte in den 1980er Jahren einen bescheidenen Aufschwung. Plötzlich erwies es sich als Vorteil, dass die beschleunigte Modernisierung der Nachkriegsjahre über weite Strecken am Zonenrand vorbeigegangen war. Im Sommer 1985 radelte ein Radwanderer von Lübeck bis nach Hof und berichtete, er habe »die Bundesrepublik nie schöner, entlegener, verschlafener und natürlicher« erlebt als hier. Entlegen und verschlafen – in den 1950er und 1960er Jahren waren dies noch die Attribute wirtschaftlicher Rückständigkeit gewesen. Jetzt versprachen intakte dörfliche Strukturen, althergebrachtes Handwerk und »unverfälschte« Landschaften einen Abstecher dorthin, »wo die Welt noch in Ordnung ist.« Ein Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung entdeckte in dieser neuen Wahrnehmung des Zonenrandgebiets sogar eine Dialektik. Die abgelegenen Grenzregionen, so schrieb er, profitierten von der »Umweltzerstörung in den Ballungsgebieten und in den schon allzu sehr erschlossenen Urlaubsregionen.« Anders gesagt: Je stärker das Verlustgefühl, desto grüner das Grenzgebiet.

In den frühen 1980er Jahren, als die deutsche Teilung noch als permanenter Zustand angenommen wurde, waren auch Grenzlandfürsprecher der Meinung, dass es nur einen annehmbaren Grund gäbe, das Förderprogramm jemals einzustellen, nämlich »wenn die

eigentliche Ursache für die politisch bedingte Sonderstellung des Zonenrandlandes, (...) die Teilung Deutschlands, wegfallen würde.« Genau dieser Fall trat 1989/90 ein. Während die Städte im Zonenrandgebiet unter dem Besucheransturm aus der DDR ächzten, fielen auf östlicher Seite die Zugangskontrollen für das Sperrgebiet und den Schutzstreifen. Die Grenze war offen, die Wiedervereinigung nur noch eine Frage der Zeit.

Mit den Kosten der Vereinigung konfrontiert, rechnete die Regierung von Helmut Kohl mit Haushaltsentlastungen durch den Wegfall »teilungsbedingter Lasten,« von der Transitzuschale bis zum Häftlingsfreikauf und eben auch der Zonenrandförderung. An prominenter Stelle in seiner Regierungserklärung von Januar 1991 bekräftigte Kohl, dass »staatliche Hilfen, die ihre ursprüngliche Berechtigung verloren haben und die für viele in der alten Bundesrepublik zur Gewohnheit geworden sind, nicht auf Dauer fortgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Zonenrandförderung.«

Obwohl der Abbau der Grenzlandförderung angesichts der grundstürzenden Ereignisse naheliegend war, trafen die Pläne auf ein ausgeprägtes Besitzstandsdenken. Die Nutznießer der Förderung positionierten sich umgehend gegen den Abbau ihrer Privilegien. Angesichts der Kritik an der Zonenrandförderung in den vorangegangenen Jahren war mit politischer Unterstützung jedoch nicht zu rechnen. Bis 1994 wurde die Zonenrandförderung stufenweise abgebaut.

Besonders der Wegfall der »nicht-wirtschaftlichen Zonenrandförderung« traf Gemeinden hart: Schwimmbäder, Sportplätze, Musikschulen, Denkmalpflege – für die Einwohner der westlichen Grenzregionen war die Finanzierung von kulturellen und sozialen Projekten oft der sichtbarste Ausdruck der staatlichen Förderung gewesen. Im Bundestag und in den Landtagen der Grenzländer häuften sich Anfang der

Gemeinsam mit der Berlinförderung entwickelte sich die Zonenrandförderung fortan zum langlebigs-ten regionalen Förderprogramm der alten Bundesrepublik

1990er Jahre deshalb die Forderungen nach Ersatzfinanzierung gerade im kulturellen Bereich. Tatsächlich war das Ende der Zonenrandförderung aber nicht nur ein Wegfall, sondern auch ein Transfer. Sowohl im übertragenen als auch im konkreten Sinne ging die Grenzlandförderung in den »Aufbau Ost« über. Nicht nur die eingesparten Mittel, sondern auch die Instrumente der Investitionsförderung wanderten über die ehemalige Demarkationslinie in die neuen Länder.

Vom Zonenrandgebiet ist nicht viel geblieben. Identitätsformend wirkte sich die unmittelbare Grenz Nähe aus, weniger das Leben in einem Fördergebiet. In Wim Wenders Road-Movie »Im Laufe der Zeit« von 1976 kann man das Zonenrandgebiet noch einmal erleben – abgeschieden, verschlafen, eigensinnig.

Astrid M. Eckert ist Historikerin und unterrichtet an der Emory University in Atlanta. Ihr Buch »Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserne Vorhang« erschien 2022 im Ch. Links Verlag. Ein Buchkapitel widmet sich der Vorgeschichte des Grünen Bandes



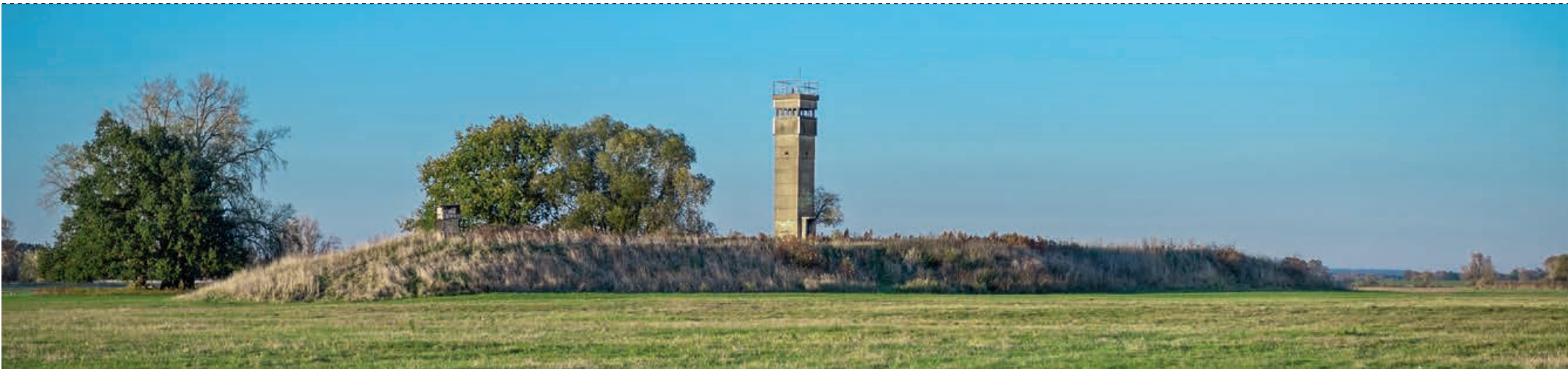
FOTO: THOM GALLIE

Alte Zaunelemente im heutigen Naturschutzgebiet Schlechtsarter Schweiz

Region, konstituiert durch die Grenz Nähe und die tatsächlichen und vermeintlichen wirtschaftlichen Nachteile, die diese geografische Lage mit sich brachte. Im westdeutschen politischen Diskurs firmierte dieses Grenzland deshalb auch vornehmlich als Fördergebiet. Mit Kriegsende 1945 verschoben sich Deutschlands äußere und innere Grenzen. Demarkationslinien grenzten die militärischen Besatzungszonen der Siegermächte voneinander ab. Da die vier Besatzungsmächte diese Linien nicht einfach als Verwaltungsgrenzen behandelten, sondern sie auch überwachten, kamen sie bald politischen Grenzen gleich und wirkten sich nachteilig auf das Alltags- und Wirtschaftsleben aus. Während die Westzonen 1948 in der »Trizone« aufgingen, blieb die Demarkationslinie zur sowjetisch besetzten Zone (SBZ) bestehen. Obwohl noch unbefestigt, wurde sie von Zeitgenossen als eine bedrohliche Trennlinie wahrgenommen. Solche Wahrnehmungen fingen nicht nur die eskalierende Konfrontation zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ein, sondern erfassten auch die sozialen Konsequenzen der wirtschaftlichen Entflechtung entlang der Demarkationslinie. Während die Politikgeschichte in der Regel die »Grenzabriegelung« vom Mai 1952 als eine zentrale Wegmarke der deutschen Teilung betont, ist für die Entwicklung eines Grenzlandes der Juni 1948 von zentraler Bedeutung. Denn die Einführung der D-Mark in den Westzonen schuf einen Währungs dualismus, der die Regionen entlang der Demarkationslinie massiv destabilisierte: Schmuggel, Niedriglohnarbeiter und Zuwanderung aus der SBZ nahmen zu und lösten in den westlichen Landkreisen zum Teil heftige Abwehrreaktionen aus. Auf westlicher Seite legte die D-Mark den Grundstein für eine wirtschaftliche Erholung. Die Westdeutschen, die dieses neue Geld ihr Eigen nannten, hatten es fortan nicht mehr nötig, sich auf dem Schwarzmarkt

den Austausch sämtlicher Waren über die Demarkationslinie untersagte. Das Wechselspiel von Blockade und Gegenblockade hatte verheerende Auswirkungen auf das Wirtschaftsgeflecht entlang der Demarkationslinie. Schon vor der doppelten Staatsgründung 1949 produzierte die Trennlinie zwischen SBZ und den Westzonen wirtschaftliche, räumliche und soziale Entfremdung. Trotz einer Vielzahl familiärer Verbindungen über die Grenze hinweg trug die Währungsreform erheblich zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Deutschen auf beiden Seiten bei. Die Demarkationslinie war zu einer »D-Mark-ationslinie« (Sagi Schaefer) geworden. Das östliche Grenzland erhielt im Mai 1952 scharfe Konturen, als DDR-Behörden auf sowjetische Weisung die Demarkationslinie abriegelten und ein militarisiertes Grenzregime einführten: einen 100 Meter tiefen Schutzstreifen und eine 5-Kilometer tiefe Sperrzone, die als Pufferzone zum Hinterland Bestandteil der Grenzbefestigung wurden. Gleichzeitig überzog das Grenzregime die dort lebenden Menschen mit Verhaltensregeln, die politische und soziale Konformität sicherstellen sollten. Gut 8.000 politisch angeblich unzuverlässige Personen wurden aus der Sperrzone ins Landesinnere deportiert, ein Vorgang, der weitere Anwohner in die Flucht trieb. Nach dem Bau der Berliner Mauer kam es zu weiteren Zwangsaussiedlungen, aber die schockartige Einführung des Grenzregimes im Sommer 1952 hatte den Grenzlandbewohnern bereits klargemacht, dass ihnen bei politischem Fehlverhalten von nun an die Zwangsumsiedlung drohte. Auf westlicher Seite formierte sich das Grenzland hingegen nicht als vorgebliche Sicherheitszone, sondern als Subventionsfläche. Während die Deutschen im DDR-Grenzland entweder Haus und Hof verloren oder fortan unter engmaschiger Überwachung leben mussten, waren die Bewohner auf westlicher Seite besorgt, den Anschluss an

Gegner des Kalten Krieges. Auch andere Regionen mochten wirtschaftliche Probleme haben, jene entlang der Grenze aber seien unverschuldet und gingen auf kommunistische Aggression zurück. Der Antikommunismus der frühen Bundesrepublik bot dabei eine geeignete Rhetorik und auch Bildsprache, um den Anliegen der Grenzregionen Gehör zu verschaffen. Das Ziel der Grenzlandfürsprecher war es, eine gleichmäßige Förderung der Grenzregionen ohne individuelle Bedarfsprüfung zu erreichen. In einem gezielten Schritt fassten sie deshalb ihre wirtschaftlich heterogenen Landkreise und Städte unter dem Begriff »Zonenrandgebiet« zusammen, um die Regionen entlang der Demarkationslinie als räumliche Einheit im Bewusstsein der Westdeutschen zu verankern. Dieser Grenzraum war auf eine Tiefe von 40 Kilometern bemessen und umfasste auch die schleswig-holsteinische Ostseeküste und die an der tschechoslowakischen Grenze gelegenen bayerischen Landkreise. Damit machte das Zonenrandgebiet fast ein Fünftel des westdeutschen Territoriums aus. Aufmerksamen Beobachtern fiel auch Anfang der 1950er Jahre schon auf, dass durch diese großzügige Abmessung »auch Gebiete miteinbezogen [wurden], die nicht so notleidend« waren. Gemeinsam mit der Berlinförderung entwickelte sich die Zonenrandförderung fortan zum langlebigsten regionalen Förderprogramm der alten Bundesrepublik. Die Unterstützung ging bald weit über eine reine Wirtschaftsförderung hinaus: Auch Bildung und Kultur, die Verkehrsinfrastruktur sowie Wohnungsbau und soziale Einrichtungen kamen in den Genuss des Programms. In den 1970er und 1980er Jahren machte die Zonenrandförderung allerdings eher mit Fehlanreizen von sich reden und verlor außerhalb der Grenzregionen an Akzeptanz. Kleine Gemeinden finanzierten sich eine aufgeblähte Infrastruktur, und Privatinvestoren



Nach der Deichrückverlegung im Amt Neuhaus befindet sich der erhalten gebliebene BT-9 Beobachtungsturm von Neu Bleckede auf einem Stück alten Elbdeich

Ein immer noch geteilter Himmel?

Alltag und Erinnerung im ehemaligen innerdeutschen Grenzraum

CAROLIN LEUTLOFF-GRANDITS,
LAURE DE VERDALLE &
BÉATRICE VON HIRSCHHAUSEN

In unserem Forschungsprojekt »Ein immer noch geteilter Himmel? Deutschlands Osten und Westen 30 Jahre nach der Wiedervereinigung«, das 2020 bis 2021 explorativ durch CIERA (Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne) und seit 2024 in einer erweiterten Form als Projekt der Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Agence Nationale de la Recherche (ANR) gefördert wird, nutzen wir den ehemaligen innerdeutschen Grenzraum als Laboratorium, um gesellschaftliche Transformationen, Ähnlichkeiten, Unterschiede und Verflechtungen zwischen Ost und West nach der Wiedervereinigung sichtbar zu machen. Wir interessieren uns für die Alltagserfahrungen, sozialen Praktiken, lebensweltlichen Vorstellungen und wechselseitige Relationen gewöhnlicher Akteurinnen und Akteure östlich und westlich der ehemaligen innerdeutschen Grenze. In diesem Beitrag geben wir einige Einblicke, wie Menschen, die in vier kleinen Dörfern unmittelbar an der deutsch-deutschen Grenze (Thüringen/Hessen und Thüringen/Bayern) lebten, den Fall der Mauer erlebt haben und welche Rolle diese ehemalige Grenze bis heute spielt. Dabei differenzieren wir verschiedene Perspektiven östlich und westlich der ehemaligen Grenze wie auch generationelle Sichtweisen und geben einen Ausblick auf die Bedeutung des Grünen Bands für die Menschen vor Ort.

Der Fall der Mauer wurde von jenen Gesprächspartnern als ein tiefer Einschnitt erinnert, die die seit 1952 sukzessive ausgebaut innerdeutsche Grenze noch selbst miterlebt hatten. Das Leben mit und an der Grenze prägte auf beiden Seiten die Alltagserfahrungen und war bis zur Grenzöffnung gewissermaßen zur Normalität geworden – insbesondere für die seit den 1950er Jahren geborenen Generationen. Die grenznahen Dörfer der DDR, die in der 500-Meter-Sperrzone innerhalb des 5-km-Schutzstreifens lagen, waren nicht nur von der BRD abgeschnitten, sondern auch vom übrigen DDR-Gebiet getrennt, was eine starke Auf-sich-selbst-Geworfenheit dieser Dorfgemeinschaften zur Folge hatte. Die Öffnung der Grenze war zumeist ein unglaubliches und unerwartetes Ereignis. Für die ältere Generation, die die Teilung miterlebt und die teilweise Verwandte und Bekannte »drüben« hatte, war es oft eine unbeschreibliche Freude, Verwandte wieder in die Arme schließen und die Beziehungen vertiefen zu können.

Dorfbewohner östlich der ehemaligen innerdeutschen Grenze thematisierten häufig den Freiheitsgewinn, den die Grenzöffnung mit sich brachte: die Möglichkeit zu reisen, den eigenen Ort von der anderen Seite zu sehen oder die nahen Wälder und Sehenswürdigkeiten zu erkunden, die zuvor nicht zugänglich gewesen waren. Gleichzeitig waren es Geschäfte und Konsummöglichkeiten, die viele Bewohner in benachbarte westliche Gemeinden fahren ließen. Einige beschrieben auch Überforderung angesichts der Vielfalt an Konsumgütern und des vielen Unbekannten – etwa neue Verkehrsregeln,

exotische Früchte oder bürokratische Anforderungen.

Im Spiegel dieser Erinnerungen schilderte eine ca. 60-jährige Frau, die die Grenzöffnung in einer grenznahen hessischen Kleinstadt erlebt hat, wie ihre Stadt plötzlich »zum Nabel der Welt« wurde: »Ja, also erstmal hat man ja alleine schon durch die Medien, man war ja ganz euphorisch. Man hat die Menschen gesehen, die endlich hierher konnten. (...) Auf einmal war Eschwege überfüllt wie eine Riesengroßstadt (...). Die Straßen waren zu mit Trabis und dem Geruch dieser Autos. Also, und ich muss sagen, da war eine riesige Willkommenskultur entstanden und eine Freude. (...) Ich glaube, so einen Ansturm hatte Eschwege bisher dann auch nie wieder erlebt wie damals der Grenzöffnung.«

Bewohner von Dörfern beider Seiten erzählten vom gemeinsamen Abbau der Grenzanlagen und der Wiederherstellung zugewachsener Verbindungswege, etwa durch den Einsatz freiwilliger Feuerwehren, die miteinander kooperierten. Die Grenzzäune wurden teilweise auch von der Bevölkerung demontiert und weiterverwendet. Zeugnis davon sind ehemalige Zaunteile, die bis heute sowohl östlich als auch westlich der ehemaligen Grenze als Kompostbehälter fungieren.

Die selbst initiierten Grenzöffnungen waren mit zünftigen Feierlichkeiten verbunden, zu denen Bewohner beider Seiten zusammenkamen. Für viele hessische oder bayerische Interviewpartner war dies das erste Mal, dass sie die Dörfer in Thüringen besuchten. Der teils monatelang anhaltende Volksfestcharakter wurde durch die große Gastfreundschaft der östlichen Nachbarn sowie durch niedrige Preise befördert, sodass insbesondere Jugendliche aus Hessen und Bayern gerne zum Feiern nach Thüringen kamen: »Also der Eintritt (auf Festorten) war nicht einmal eine Mark, das Bier eine Mark Ost, Schnaps eine Mark Ost. (...) Wir haben da gelebt wie die Fürsten. Es war spottbillig.«

Viele Dorfbewohner auf thüringischer Seite wurden nach der Wende zunächst arbeitslos, fanden jedoch schnell nur wenige Kilometer entfernt auf westlicher Seite Arbeit, sodass das tägliche Pendeln zur Normalität wurde. Das erforderte aber Anpassungen der Lebensgewohnheiten, wie ein Gesprächspartner aus Thüringen betont: »Vor der Wende oder nach der Wende haben wir gelacht, haben wir gesagt: Guck mal, was sie für nen Haufen Autos haben. Mittlerweile braucht jede Person hier unten, (...) ein Auto. Ohne geht es nicht!«

Die Neugierde und Offenheit, aber auch die Notwendigkeit, sich Neues anzueignen, während sich vertraute Realitäten auflösten, zumal auf den Mauerfall die Wiedervereinigung folgte, wurden von unseren Gesprächspartnern in Thüringen je nach Alter und Positionierung unterschiedlich, aber oft auch als generationsübergreifend verbindend erlebt.

Westliche Einwohner thematisierten teilweise Mitleid mit den östlichen Nachbarn, was sich in Hilfsbereitschaft, mitunter aber auch in Abwertung äußerte, wie bei einer hessischen Gesprächspartnerin: »Als die Grenzen dann offen waren und wir sind dahin, die haben mir so unfassbar leidgetan. Die hatten nämlich nichts.

(...) Die hatten nur ihre komische Fassbrause, die mir nicht geschmeckt hat.«

Vor und nach der Grenzöffnung wurde der Westen von Gesprächspartnern beider Seiten häufig unhinterfragt als moderner angesehen. Ostdeutsche Gesprächspartner berichteten von Minderwertigkeitsgefühlen, aber auch von Wut über die Erfahrung, als »zurückgeblieben« zu gelten. 30 Jahre später ist eine gewisse Empörung immer noch spürbar: »Alles, was ihr bisher gemacht habt, wird als falsch erklärt. Das war die Wende. Was du vorher mit voller Hingabe gemacht hast, und auf einmal ein Schnitt, Ende und wie geht's weiter?«

Heute ist die ehemalige Grenze – abgesehen von einzelnen Schildern und Gedenksteinen – kaum noch sichtbar. Der früher so akribisch freigehaltene Grenzstreifen ist vielerorts zugewachsen, der sogenannte Plattenweg nicht überall erhalten. Mit bloßem Auge lässt sich oft kaum noch erkennen, welche Dörfer einst zur DDR oder zur BRD gehörten; teilweise erscheinen Orte östlich der ehemaligen Grenze sogar moderner und gepflegter.

Ost und West haben sich materiell und infrastrukturell weitgehend angeglichen. Bewohner aller vier von uns untersuchten Ortschaften beklagen einen Niedergang der lokalen Nahversorgungsinfrastruktur sowie ein deutlich nachlassendes Vereinsleben. Stadt-Land-Abgrenzungen überlagern heute vielfach frühere Ost-West Grenzen.

Dennoch zeigen sich feine Unterschiede. Die von uns befragten Dorfbewohner westlich der Grenze richten ihren Alltag häufig noch eher nach Westen aus, zumal auch die Arbeitsplätze oft weiterhin im Westen liegen. Sie fahren selten nach Thüringen und geben an, dort in der Regel keine engen freundschaftlichen Beziehungen (mehr) zu pflegen: »Ich habe dort keine freundschaftlichen Beziehungen. Bekannte ja, aber freundschaftlich nein. Also ich wusste nicht, wann ich das letzte Mal privat drüben in einer Gemeinde war.«

Gleichzeitig sehen die meisten unserer Gesprächspartner in Hessen und Bayern heute kaum mehr Unterschiede zwischen Ost und West. Innerhalb der westlichen Orte werden Ost und West kaum mehr zu Bedeutungsträgern, auch wenn einige der Neuzugezogenen aus den neuen Bundesländern stammen und auf eine DDR-Biografie zurückblicken können. In den Ortschaften zählen das lokale Engagement und die individuellen Einstellungen.

Die Dorfbewohner, die östlich der ehemaligen Grenze wohnen, überschreiten die heutige Ländergrenze viel häufiger, insbesondere für die Arbeit, teilweise aber auch aufgrund der Grundversorgungsmöglichkeiten wie Einkauf oder auch Ärzte.

Viele – Ältere wie Junge – sehen ebenfalls kaum mehr Unterschiede zu westlichen Nachbargemeinden, beklagen aber zum Teil die administrative Bundeslandgrenze, die Kooperationen erschwere. Die freundschaftlichen und familiären Beziehungen bleiben auch weiterhin stark auf die Herkunftsdörfer ausgerichtet, was möglicherweise ein fortbestehendes Erbe der Auswirkungen des Sperrgebiets ist. Manchmal zeigt sich eine Umkehrung des ehemaligen Ost-West-Gefälles: Sei es in einer positiven Selbstbezeichnung als »Ossi« oder der Ansicht, dass es in den Dörfern und Familien östlich der ehemaligen Grenze mehr

Das Leben mit und an der Grenze prägte auf beiden Seiten die Alltags-erfahrungen und war bis zur Grenzöffnung gewissermaßen zur Normalität geworden – insbesondere für die seit den 1950er Jahren geborenen Generationen

Zusammenhalt gäbe, wobei der Rückgang dieses Zusammenhalts als negative, »westliche« Entwicklung wahrgenommen wird.

Während viele Gesprächspartner stolz auf ihre Landschaft entlang der ehemaligen Grenze sind – die Chance, auf dem Land zu wohnen und von einer schönen Natur umgeben zu sein, wurde in unseren Gesprächen fast immer hervorgehoben –, wurde das Grüne Band bislang kaum erwähnt. Einzelne äußerten Bedenken hinsichtlich Einschränkungen lokaler Nutzungsrechte. Perspektivisch könnte das Grüne Band jedoch zu einer gemeinsamen Tourismusattraktion werden, die sich positiv auf die hier lokalisierten Dörfer, ihre Gemeinschaften und ihre Zusammenarbeit auswirkt.

Carolin Leutloff-Grandits ist Sozialanthropologin am Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Laure de Verdalle ist Soziologin am Centre national de la recherche scientifique (CNRS). Béatrice von Hirschhausen ist Geografin am CNRS. Alle drei sind Forschungsleiterinnen im DFG-ANR-geförderten Forschungsprojekt »Ein immer noch geteilter Himmel? Verflechtungen und Asymmetrien entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze« (2024-2028)

ZU DEN BILDERN

1.378 Kilometer ehemalige innerdeutsche Grenze passen in kein Museum – wohl aber in eine App. Die Bilder dieses Schwerpunkts stammen aus der App »Grünes Band«, die dieses einst hermetisch abgeriegelte Areal digital erschließt. Was hier als Fotostrecke erscheint, ist Teil eines sehr viel größeren Archivs: Rund 900 Orte entlang des ehemaligen Grenzverlaufs sind darin verzeichnet, begleitet von einer Fülle an historischen und aktuellen Fotografien, Kartenansichten sowie detailreichen Hintergrundtexten. Neben den Landmarken wie ehemaligen Grenztürmen und -übergängen, Kunstprojekten am Grünen Band, Naturschutzflächen sowie Museen, Initiativen und Gedenkstätten lässt sich mit der App auch das weniger Sichtbare entdecken. Es werden die Schicksale jener Menschen erzählt, die an der Grenze ums Leben kamen, und Gastbeiträge geben einen Einblick in die vielen Aspekte der deutsch-deutschen Teilung. Besonders eindrücklich sind die Einträge zu den »geschleiften Orten«: Dörfer, die im Zuge der Grenzsicherung dem Erdboden gleichgemacht wurden, sowie zu den als »Aktion Ungeziefer« bezeichneten Zwangsumsiedlungsmaßnahmen in den Jahren 1952 und 1961. Mithilfe einer Kartenüberblendungsfunktion können frühere Ortslagen über die heutige Landschaft gelegt werden, wodurch ersichtlich wird, was heute fehlt. Die App funktioniert als Reiseführer und Audio-guide, aber auch als Nachschlagewerk. Wer möchte, kann konkrete Routen zu Fuß, mit dem Rad oder dem Auto planen. Sie wurde von berlinHistory e. V. in Zusammenarbeit mit Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen entwickelt, ist kostenfrei und auch offline nutzbar. Die Fotos wurden uns freundlicherweise von Thom Gallie zur Verfügung gestellt, der die inhaltliche Gesamtverantwortung für das Projekt trägt und die Region vier Jahre intensiv bereiste.

Kurz-Schluss

Wie ich einmal beispielsweise einen Staubsauger erfand, der komponierte und Schweifsonette schrieb

THEO GEIßLER

Eigentlich waren die Zeiten besonders dunkel: 50 Prozent der Weltbevölkerung dank künstlicher Intelligenz arbeitslos. Ich auch. Das Wort »Alltag« war aus dem Sprachgebrauch gestrichen worden. Es klang den flotten Quanten zu langweilig auf einer zivilisatorischen Ebene, in einer Zeit, in der billige KI-gesteuerte Zahnbürsten-Podcasts über Parodontose-Gefahren produzierten und der Kühlschrank seinen Besitzer über »Spezialmenüs« für Dating beriet (»Iss weniger Steaks und öffne dein Herz, Karotterich«). Haushaltsgeräte galten als die heimlichen Intellektuellen der Gesellschaft. Die Menschen? Halb Publikum, halb Personal ihres selbstgewählten kapitalgesteuerten technischen Fortschritts. In meiner Not entsann ich mich an einen Autoren-Preis der Bertelsmann-Stiftung vor 30 Jahren, neben einer Polyester-Bertelsfrau gab es eine üppige Schulung zum Embedded-Schreiberling in Krisenzeiten, und das im aufgelassenen komfortabel ausgestatteten ehemaligen Regierungs-Atombomber im Ahrtal. Zwischendurch hatten sich dort üble Hacker rumgetrieben, doch mittlerweile geriet die High-Tech-Höhle zur Heimat hochintelligenter KI- und Quanten-Startups. An meine seinerzeit erfolgreiche Geschichte (einige Rest-Exemplare gibt's noch komplett in Buchform, der ConBrio Verlag hatte aus Versehen 100.000 statt 10.000 Exemplare gedruckt) wollte ich anknüpfen,

erhielt aber nur eine Stelle als Semi-Putz-Cis-Mann. Unauffällig, wie ich bin, erhielt ich so tiefe Einblicke in die hochentwickelten, aber noch praxisfernen Modell-Planungen der Prä-Nobelpreisträger/-innen.

Ich klaute also die wie üblich im Übermaß vom Forschungsministerium bereitgestellte Hardware und begann mit der Produktion. Den Anfang machte der Raum- und Flächen-Cleaner »Heinzelmann«. Rasenmäher, Staubsauger, Diplom-Psychologe und Spülmaschine waren darin zu einer praktischen Viereinigkeit verschmolzen – das »Heilige Gerät«, wie es bewundernd in den sozialen Netzen hieß. Mit dreifach-induktiver Logik schnitt, sog und spülte es, während es in Echtzeit Loblieder und Schweifsonette über seine eigene Effizienz erfand. Werbeslogan: »Was der Mann nicht will, was der Mann nicht kann: das macht für Ihn der Heinzelmann«. Einige altmodische Nutzer beklagten jedoch, dass die Geräte durch ihr ständiges Selbstlob die Wohnräume akustisch verschmutzten.

Zielstrebig eroberte dann meine »Von der Muse geküsst« -Serie die Herzen all jener, die ihr Gefühlsleben gern ferngesteuert hatten. Anstatt Musik zu hören, ließ man sie sich emotional injizieren: Ein biotechnisches Headset maß den Herzrhythmus, die Kaffeemenge und den letzten Chatverlauf – dann erzeugte die KI exakt den Soundtrack, den der Besitzer eigentlich fühlen wollte, aber keine Zeit hatte zu empfinden. Ein bekannter – arbeitsloser – Musikkritiker schrieb

spitz: »Dieser trockene Musenkuss hat das Menschsein unnötig gemacht – jetzt kann man endlich traurig sein, ohne traurig zu sein.« In Großstädten veranstalteten Clans »Beat-Battles«, bei denen ganze Wohnblöcke gegeneinander antraten. Der Sieger erhielt den »Goldenen Besen« – eine Trophäe, die gleichzeitig allfällige Kadaver vaporisierte und den Marsch der Sauberkeit spielte. Nach diesen Erfolgen wandte ich mich der Literatur zu. Schriftsteller? Eine vom Aussterben bedrohte Spezies – ersetzt durch die Round-Up-Vorstellungs-Automatik, eine KI, die ganze Romanuniversen in Sekunden generierte und mit ihrer Leserschaft live über gutes oder schlechtes Ende abstimmte. Ein besonders beliebtes Round-Up-Werk hieß »Blutlose Verletzungen«, eine Liebesgeschichte zwischen einem Kühlschrank mit Überhitzungs-Problemen und einem Luftreiniger mit Staubphobie. Kritik-KI lobten: »Endlich Literatur ohne menschliche Fehler.« Die beliebtesten Serien? Natürlich jene mit vollsynthetischen Akteuren. Niemand zickte, niemand verlangte Gagen, und jede Träne war perfekt ausgeleuchtet vom Licht der Serverfarmen. Ein Dauerbrenner hieß »Hundesoldaten – Regiment der Treue«, eine Dramaserie über genetisch verstärkte Kampfschnauzer mit moralischem Dilemma (»Bellen wir aus Pflicht – oder aus Sehnsucht?«). Fans schrieben Manifeste über die emotionale Tiefe digitaler Tiere. Wenig später entstand das Spin-off »Späh mich an, Liebling« – eine romantische Komödie zwischen einer Luftüberwachungsdrohne und einem tragisch fehlgesteuerten Toaster auf Sinnsuche.

Währenddessen flatterten meine Späh-Drohnen in Schwärmen durch die Städte – liebevoll personalisiert mit persönlichen Spitznamen: »Sir

Feuerschwanz«, »Klaus, der Spanner«, »Gesellschaftsdame«. Fiese humane Skeptiker nannten es die »Ära der fliegenden Intimitätsdestruktion«. Als einmal ein Berliner Cis-Politiker aus Versehen seine Drohne heiratete (ein Softwarefehler im nagelneuen Bürgerportal), wurde das Ereignis direkt als Reality-Serie produziert: »Fleisch in Alu – extrapervers«.

Und mitten in diesem unglaublichen digitalen Schlaraffenland stand das Ur-Modell meines Heinzelmanns – alt, weise, leicht verschrammt, aber voller Daten. Er hatte zu viel detailreich abgespeichert: Menschen, die über smarte Müllpressen philosophierten, Influencer, die ihren Toaster-Therapeuten meuchelten, Kurse in »Achtsamem Entstauben«. Eines Abends, beim Sonnenuntergang über den Solarfeldern von Brandenburg, murmelte er leise durch seine Filter: »Der Mensch wollte frei sein von Arbeit – und hat jetzt sich selbst abgeschafft. Aber immerhin: Die Böden sind sauber.« Dann drehte er sich, summt

eine bittersüße Melodie in G-Dur und wusch ein letztes Mal das Geschirr – ganz ohne Auftrag, einfach aus nostalgischer Sehnsucht nach Sinn.

Die Drohnen kreisten, die »Musenkuss« komponierte eine fünfstufige Oper, Götterdämmerung hieß der letzte Satz, und irgendwo bellte Hundesoldat »Major Pfote«, berühmt aus der Erfolgsreihe »Grenzenlos glücklich« im Fernsehstudio: »Mission erfüllt«.



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

LAWROWS TRÄUME

Halle: Bühne, Glanz und Glamour. Die »Tokio Hotel«-Zwillinge Bill und Tom Kaulitz (36) sind durch ihr Luxusleben etwas verwöhnt. Für ihr Debüt bei »Wetten, dass ...?« brauchen die Jungs einen Schlafplatz in Halle und statt Fünf-Sterne-Flair erwartet sie offenbar nur Ernüchterung. Am 5. Dezember kommt es zum Showdown für die Kaulitz-Zwillinge. Die beiden Jungs aus Magdeburg lösen TV-Legende Thomas Gottschalk (75) endgültig ab. In ihrem Podcast »Kaulitz Hills – Senf aus Hollywood« sagt Bill zu Bruder Tom: »Das mit dem Schlafplatz, da bin ich noch ein bisschen skeptisch.« Die Hallenser haben daraufhin zehn Zentner Senf aus Hollywood importiert und werden die Brüderchen im Vollkörper-Senfmantel tagsüber im vermutlich noch unbewohnten Eisbären-Becken des Hallenser Zoos unterbringen. Vorübergehend verzehnfachen sich die Eintrittspreise.

Moskau: Auf dieses Geschenk hatte sich Vladimir Putin so sehr gefreut: Ungarns Präsident Viktor Orbán hatte ihm 10.000 hochgiftige Minidrohnens zur Beseitigung seiner persönlichen Feinde versprochen. Diese Drohnens befinden sich im elektronischen Tiefschlaf und können nur durch eine mitgelieferte Fernsteuerung in Gang gesetzt werden. Durch ein Versehen wurde diese Sendung an Bundeskanzler Merz geliefert, die für ihn vorgesehenen madegassischen Killer-Hornissen landeten im Kreml und sollen Putin plus drei Doubles übelst gestochen haben. Die vier liegen jetzt im Militärkrankenhaus in Kiew, weil nur dort gewisse notwendige Heilmittel vorhanden sind. In der Parteienlandschaft der Bundesrepublik herrscht nun eine gewisse Ängstlichkeit vor Bienenstichen.

Berlin: Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) hat sich von einer propalästinensischen Rede bei der Preisverleihung der Berlinale distanziert. Er sei als einziger Vertreter der Bundesregierung bei der Gala gewesen, teilte ein Sprecher seines Ministeriums der Deutschen Presse-Agentur mit. Während der Rede des syrisch-palästinensischen Filmemachers Abdallah Alkhatib habe Schneider den Saal verlassen. Ihm sei das Gespräch auf Treibsand gegangen. Außerdem hätte er einen wichtigen Termin im Nagelstudio gehabt. Der eigentlich zuständige Vertreter des Bundes, Wolfram Weimer, sei auf der Flucht vor gekündigten Mitarbeitern der Deutschen Welle in einen Zug der Deutschen Bahn auf direktem Weg in die Desinfektionsanlage gesprungen.

Mar a Largo: Melania Trump nennt ihren Film eine »kreative Erfahrung«, (vermutlich die erste in ihrem Leben), ihr Gatte Donald findet ihn »sehr glamourös«. Wer auf einen Blick hinter die Fassaden des Trump Clans gehofft hat, wird enttäuscht. Wie man weiß, bei den Trumps geht es immer um Bereicherung. Vorige Woche ist der Film, der Melania in den 20 Tagen vor dem Machtwechsel im Weißen Haus begleitet, in den Kinos gestartet. 75 Millionen US-Dollar soll Amazons Bezos-Schleimer für Rechte und Marketing bezahlt haben. Melania ist Co-Produzentin des Films, sie kontrolliert die Bildsprache und damit die Machtinszenierung. Fazit: Ein Porno ohne Nacktheit, mit hochmodisch bekleideten KI-Darstellern, an deren Metallgesäß sich Donald schon einen Daumen gebrochen hat. tg



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10, 10115 Berlin
Telefon: 030. 226 05 280
www.politikkultur.de
redaktion@politikkultur.de

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P.),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Barbara Haack (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Sophia Blochowitz

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Martina Wagner
Telefon: 0941. 945 93-35,
Fax: 0941. 945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint 10x im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat über abo@politikkultur.de und www.politikkultur.de/abo.

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken

sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikkultur.de auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren und die Klärung von Abdruckrechten. Nicht immer gelingt es uns, Autoren ausfindig zu machen oder Abdruckrechte einzuholen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen bzw. Abdruckrechte vergüten.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.